

25X1

Page Denied

25 YEAR RE-REVIEW

Bericht über die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone in

M a i 1 9 5 5

Seite:

<u>Einleitung</u>	I
<u>I. Die politische Entwicklung</u>	1
1. Die Entwicklung in der SED	1
a) Aufrüstung und außenpolitische Entwicklung fördern die Zersetzung der Kader	1
b) Zentrale Agitatorenkonferenz der SED	2
c) Kreisdelegiertenkonferenzen mit "ideologischen Schwächen"	4
d) SEüberungsaktionen in Gera und Greiz	5
e) Passivität in den Grundorganisationen	6
2. Massenstimmung und Widerstand	7
a) Einschätzung der Massenstimmung	7
b) Auszüge aus Berichten	9
c) Widerstand der Jugend gegen die militärische Ausbildung	21
3. Verschärfter Kampf gegen die SPD	26
a) Erklärungen Ulbrichts über die SPD	26
b) Ausführungen über die SPD	28
c) Pressekampagne gegen die SPD	29
4. Fortsetzung der totalen Militarisierung	31
a) Verstärkte Werbung für die KVP	32
b) Ausbau der Kampfgruppen	33
c) Militärische Ausbildung in der GST	33
5. Die Veranstaltungen zum 1. Mai	34
6. Kampagnen zum "Tag der Befreiung" am 8. Mai	36
a) Delegationen aus allen Ländern des Sowjetblocks	36
b) Die Veranstaltungen	37
7. Die Erklärungen von Perwuchin und Shukow	37
8. Grotwohl und Ulbricht über die Wiedervereinigung und Westberlin	43
9. Verleihung des "Vaterländischen Verdienstordens"	48
10. Infiltrationsversuche in Westdeutschland und West- berlin	48

Zu 10

a) Delegationen und Kinderferienlager	48
b) "Komitee für deutsche Genossenschaftssolidarität"	49
c) Kommunistische Aktionen in Westberlin	50
d) Propaganda für Übersiedlung und Rückwanderung in die DDR	50
11. Straßenbenutzungsgebühren und Reiseverkehr	50
12. Die Warschauer Konferenz und die deutsche Frage	51
a) Der Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand	52
b) Beschluß über ein vereintes Oberkommando und Ausklammerung der DDR	56
c) Erklärung der DDR-Delegation	57
d) Ausführungen Bulganins zur deutschen Frage	57
e) Erklärung der polnischen und CSR-Delegationen	60
f) Grotewohl über die Entwicklung in Westdeutschland und in der DDR	60
g) Propagandakampagnen mit dem Warschauer Vertrag	62
h) Erklärungen vor der Volkskammer	62
13. Propaganda mit der Sowjetdeklaration über die Abrüstung und mit der Sowjetnote vom 26. 5.	64
14. Pressekonferenz über "Agentenzentralen"	67
15. FDGB stärker unter Kontrolle des Parteiapparates	68
16. Veranstaltungen zum Schillerjahr	69
17. FDJ in den Dienst der Militarisierung gestellt	70
a) Neues Statut der FDJ	70
b) Manifest des V. Parlaments der FDJ	71
c) Verlaufs des V. Parlaments der FDJ	73
d) Neuer Vorsitzender der FDJ	75
e) Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen im Zeichen der Zersetzung	76
18. Neue Maßnahmen zur Politisierung der Schule	77

II. Wirtschaft

1. Fortdauer der Wirtschafts- und Versorgungskrise	82
a) Ungenügende Versorgung der Industrie	82
b) Investitionsrückstände durch Materialmangel	83
c) Finanzielle Sanktionen bei Planrückständen und Verlusten	84
d) Folgen der Zwangsexporte	86
e) Sammelkarte für Altstoffsammlung	87
f) Anhalten der Krise in der Lebensmittelversorgung	87

Zu II

2. Propagandazahlen im Wirtschaftsplan für 1955	88
a) Verschärfter Kurs gegen privaten Sektor	88
b) Angaben über die angebliche Planerfüllung 1954	88
c) Die Planziele für 1955	91
3. Staatshaushaltsplan für 1955	95
4. Schaffung von Fischereifahrzeug- und Gerätostationen	102
5. Mangel an Saatgut für den Maisanbau	102
6. Hohe Ausfälle von Landmaschinen und katastrophaler Ersatzteilmangel	103
7. Einführung eines Sparkaufbriefes	104
8. Konferenz der sowjetzonalen Konsumgenossenschaften	105
9. Hohe Verluste im Apparat des staatlichen Groß- und Einzelhandels	105
10. Zündhölzer kontingentiert	106
11. Zentrale Reparaturbrigaden in der Schwerindustrie	106
12. Neue Maßnahmen gegen die private Industrie	106
<u>III. Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone</u>	108

Anhang

Statistiken zur Flüchtlingsbewegung	111
-------------------------------------	-----

- I -

Einleitung

Im Mai hat besonders die aussenpolitische Entwicklung die inneren politischen Schwierigkeiten des SED-Regimes weiter erhöht. Es ist bezeichnend für die Situation in Mitteldeutschland, dass alle Massnahmen, die vom Regime zur Festigung seiner Position ergriffen wurden, sich gegen ihre Urheber auswirkten und neue Schwierigkeiten herbeiführten.

Die Beschlüsse der Warschauer Konferenz haben den Pankower Machthabern nicht nur keinen politischen Gewinn gebracht, sondern einerseits ihr Ansehen weiter erschüttert und ausserdem die Empörung der Bevölkerung über die kommunistische Militarisierung gesteigert. Die Ausklammerung des SED-Regimes aus dem "Vereinten Kommando der Streitkräfte" der Warschauer Vertragsstaaten wurde in der Sowjetzone allgemein als ein Zeichen dafür gewertet, dass die sowjetische Politik nicht unbedingt auf die Erhaltung der SED-Diktatur ausgerichtet ist. Diese Auffassung war besonders auch unter den Kadern des Regimes zu verzeichnen und wirkte stark zersetzend.

Als Rückzüge - und damit als hoffnungsvolle Anzeichen - wurden von der mitteldeutschen Bevölkerung auch das sowjetische Verhalten gegenüber Österreich und Jugoslawien betrachtet.

Neue Hoffnungen erweckte neben diesen Ereignissen besonders die Ankündigung der neuen Viererkonferenz.

Während so eine optimistische Stimmung der Bevölkerung erzeugt wurde, hielt andererseits die Erbitterung der Bevölkerung über die forcierten Militarisierungsmassnahmen, die Versorgungsschwierigkeiten und die gesamte Wirtschaftspolitik des SED-Regimes unvermindert an. Es herrschte also weiter die 17. Juni-Stimmung, die seit einiger Zeit aus allen Orten der Sowjetzone berichtet wird. Die erregte Massenstimmung gegen die SED fand im Berichtsmonat erneut ihren Ausdruck in drastischen Äusserungen der Gegnerschaft gegenüber den Massnahmen der Machthaber und in Widerstandsaktionen. Besonders Beachtung verdienen die passive Resistenz und die Sitzstreiks im Mansfelder Kupfererzbergbau, mit denen die dortige Arbeiterschaft auf die Erhöhung der Arbeitsnormen antwortete.

Der Widerstand der Jugend gegen die Einberufung zum Militärdienst in der KVP und gegen die militärische Ausbildung in der GST, hielt ebenfalls un-

- II -

vermindert an und musste auf der zentralen Funktionärskonferenz der FDJ in Erfurt ("5. Parlament der FDJ") eingestanden werden.

Ein neues Moment war im Berichtsmonat der völlige Verzicht der SED auf weitere Versuche, eine Übereinstimmung mit der Führung der SPD und des DGB im Kampf gegen die Pariser Verträge und die Adenauer-Regierung vorzutäuschen. Alle Äusserungen von kommunistischer Seite über die SPD enthielten wieder die früher übliche taktische Differenzierung zwischen "verräterischen rechten Führern" und den "kampfwilligen Mitgliedern", sowie massierte Diffamierungen der Führer und der Politik der Sozialdemokratie.

Der Widerstand der Arbeiterschaft insbesondere gegen die Militarisierung in der Sowjetzone, hat die SED gezwungen, die prinzipielle Einstellung des Kommunismus gegen die Sozialdemokratie wieder in den Vordergrund zu stellen und sich mit den sozialdemokratischen Argumenten in der mitteldeutschen Arbeiterschaft auseinanderzusetzen.

I. Die politische Entwicklung

1. Die Entwicklung in der SED

Im Mai hatte das SED/ZK der Partei-Organisation die Aufgabe gestellt, in den eigenen Reihen und unter der Bevölkerung den "pazifistischen Auffassungen" entgegenzutreten und einen Stimmungsumschwung zugunsten des kommunistischen Militarismus herbeizuführen. An zweiter Stelle stand die Aufgabe, die Kader der Partei und die Betriebsbelegschaften für die Durchführung der wirtschaftspolitischen Direktiven zu mobilisieren. Die Kader der Partei standen jedoch auch im Berichtsmonat weiter unter dem Druck der unvermindert erregten Massenstimmung gegen das Regime. Sie blieben weitgehend gelähmt und politisch zersetzt.

a) Aufrüstung und aussenpolitische Entwicklung fördern die Zersetzung der Kader

Die innerparteiliche Situation im Berichtsmonat bestätigte in vollem Umfange die schon im Vormonat getroffene Feststellung, dass die Neubesetzung der Parteileitungen in den Grundorganisationen und Kreisen, die in den ersten Monaten dieses Jahres durchgeführt wurde und mit politischen Säuberungsaktionen und ideologischen Kampagnen verbunden war, in keiner Weise zu einer inneren Festigung der Kader geführt hat. Mit den grösseren Anforderungen an die Funktionäre und Mitglieder, die sich aus der forcierten Militarisierung und aus den politischen Auswirkungen der Versorgungskrise ergaben, nahmen im Gegenteil die politische Zersetzung und die Passivität trotz der neuen Leitungen erheblich zu.

Im Berichtsmonat wirkten sich erneut verschiedene politische Kampagnen, von denen sich das ZK eine Festigung der Kader versprach, gegen die SED aus. Die Herausstellung der Kampfgruppen am 1. Mai, die Kampagne zum "Tag der Befreiung" am 8. Mai mit der betonten Propagierung der neuen sowjetzonalen Aufrüstungsmassnahmen, die Warschauer Konferenz des Sowjetblocks, das "I V . Parlament der FDJ" mit der generellen Verpflichtung zum Militärdienst, die Kampagnen des ZK zur Unterzeichnung des Staatsvertrages in Österreich und zum sowjetischen Staatsbesuch in Jugoslawien, das alles brachte die Kader in neue Schwierigkeiten gegenüber der Bevölkerung und löste unter den Parteimitgliedern selbst noch mehr Misstrauen, Pessimismus und Widerspruch gegenüber der

- 2 -

Parteilührung aus. Die Ereignisse in Österreich und Jugoslawien wurden allgemein unter den Parteimitgliedern nicht als "sowjetische Erfolge" sondern als Rückzug angesehen.

Das kam im Berichtsmonat in allen internen Parteiveranstaltungen deutlich zum Ausdruck. Es gab, wie das SED-Zentralorgan wiederholt schrieb, in Leitungssitzungen, Mitgliederversammlungen und Konferenzen entweder "harte Auseinandersetzungen" oder man ging der konkreten Aufgabenstellung nach den ZK-Direktiven sowie dem geforderten "Kampf gegen falsche Auffassungen" aus dem Wege.

Die massive Kritik, die das ZK auf seiner 23. Tagung im April geübt hatte, und der im Mai erfolgte Masseneinsatz von ZK-Instrukteuren in den Bezirken, Kreisen und Grossbetrieben, brachten keine Wendung.

b) Zentrale Agitatoren-Konferenz der SED im Zeichen der Defensive

Am 23. und 24. Mai tagte in Ostberlin die "1. Agitatorenkonferenz" der SED. Daran nahmen einige hunderte Sekretäre, Redakteure und andere Funktionäre aus dem Partei- und Staatsapparat teil. Das Politbüro vertraten ULBRICHT und der Kaderchef SCHIRDEWAN. Der im Vormonat neu ernannte ZK-Sekretär und Vorsitzende der ZK-Agitationskommission, NORDEN, referierte über Inhalt und Methoden der Agitation.

Der Verlauf dieser Konferenz war bezeichnend für die Situation in der SED. Soweit der Inhalt der Agitation behandelt wurde, beschäftigten sich NORDEN und ULBRICHT mit den ganz elementaren Fragen der kommunistischen Agitation, wie sie seit Jahr und Tag in der SED-Presse, in Schriften und Reden vorgetragen wurden. Aus der "Argumentation" ging hervor, dass die kommunistischen Behauptungen selbst unter den Parteimitgliedern wenig Glauben finden. Vor allem bemühten sich ULBRICHT und NORDEN, die militärischen Massnahmen auf kommunistischer Seite (Aufrüstung in der Sowjetzone, Warschauer Vertrag) als Massnahmen zur Sicherung des Friedens darzustellen und den Westen der Kriegsvorbereitung zu bezichtigen. Weiter behaupteten sie, der Sowjetblock sei dem Westen militärisch überlegen. (NORDEN: "Also steht Adenauer mit seiner Aggressionspolitik auf verlorenem Posten").

Einen grossen Raum nahm die Argumentation zu der Frage ein "Warum Streitkräfte in der DDR?" Dazu sagte NORDEN u.a.:

- 3 -

"Keine bewaffneten Streitkräfte aufstellen hiesse, den westdeutschen Monopolisten die Einladung zu einem neuen Aggressionskrieg zu überreichen.

Adenauer berät mit Blank und dem Grossbankier Pferd-menges, wie man in die DDR einbrechen kann.

Nie wieder wird das Land zwischen Elbe und Oder ein Jagdgrund für Börsenschieber und Preiswucherer werden.

Wir bewaffnen uns, damit niemals Ratten mit Menschengesicht bei uns eindringen und den Arbeitsertrag unserer Werktätigen auffressen.

Die bewaffneten Streitkräfte der DDR werden das erste deutsche Volksheer sein. Der Staat des Volkes, von dem Generationen deutscher Sozialisten träumten und für den sie stritten, ist in Gestalt der DDR Wirklichkeit geworden.

Wer die bewaffneten Streitkräfte der DDR ablehnt, ist weder Demokrat noch Sozialist."

An zweiter Stelle stand auf der Agitatorenkonferenz die Wirtschaftspolitik des SED-Regimes. In diesem Zusammenhang behauptete der ZK-Sekretär NORDEN:

"Sogar der Gegner schlägt vor Erstaunen über die Leistungen unserer Arbeiterklasse die Hände über dem Kopf zusammen.

Möglich, dass die oberen Zehntausend und ihr Anhang in Westdeutschland besser leben als der Durchschnittsbürger in der DDR. Aber auf die Millionen Werktätigen Westdeutschlands, die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung, trifft das nicht zu, ihre Lebenshaltung erreicht nicht die der Werktätigen der DDR."

ÜLBRICHT übte auf der Agitatorenkonferenz heftige Kritik an den Funktionären, weil sie "kämpferischen Auseinandersetzungen mit ideologischen Unklarheiten und feindlichen Auffassungen" aus dem Wege gehen und "vor feindlichen Argumenten zurückweichen". Er bezeichnete es als die dringendste Aufgabe, in den Partei "Klarheit" über die Rolle von Streitkräften der DDR zu schaffen, "pazifistische Einflüsse zu bekämpfen", unter der Bevölkerung für die KVP, die Kampfgruppen und die GST zu werben und "das Gespräch über die grosse Bedeutung der Warschauer Konferenz in jedes Haus zu tragen".

- 4 -

In den VE-Betrieben und den MTS sollen "Agitatorenkollektive" gebildet werden. Ihnen sollen leitende Funktionäre aus dem Partei- und Staatsapparat, aus den Betriebsleitungen und Massenorganisationen sowie Meister und Aktivisten angehören. Das ZK möchte erreichen, dass auch die Fachkräfte in leitenden Stellungen, z.B. Meister, Ingenieure, Buchhalter, Betriebsleiter das Vorgesetztenverhältnis politisch für die SED auswerten und gleichzeitig als Agitatoren tätig sind. Bisher hat sich dieser Personenkreis möglichst um jede agitatorische Tätigkeit gedrückt. Neben den sonstigen Parolen der SED sollen diese Agitatorenkollektive in den Betrieben auch die Kampagne "Weg von den Staatszuschüssen" und für das "Sparsamkeitsregime" unterstützen.

Über den Zweck der Agitatorenkonferenz schrieb das SED-Zentralorgan vom 22. Mai:

"Die Feinde des Volkes lassen uns alle Hindernisse in den Weg, um uns jeden Erfolg zu verwehren.

Von der Konferenz der Agitatoren soll der Impuls ausgehen, die ganze Parteimitgliedschaft zur kämpferischen Diskussion zu erziehen, die dem Feind keinen Fussbreit Boden lässt, seine Einflusskanäle verstopft und die Träger seiner Schmutzideologie kaltstellt."

c) Kreisdelegiertenkonferenzen mit "ideologischen Schwächen"

Am Verlauf der Kreisdelegiertenkonferenzen der SED, die bis Anfang Mai stattgefunden hatten, übte das ZK im Zentralorgan vom 6. Mai eine öffentliche Kritik. Unter dem Zwischentitel "Ideologisches Zurückbleiben überwinden" wurde ausgeführt:

"Entsprechend den Forderungen des 23. Plenums muss aber auch auf ideologischem Gebiet jede Konferenz zur Stärkung der Kampfkraft der Parteimitglieder führen. In dieser Hinsicht gibt es auf den bisherigen Kreisdelegiertenkonferenzen ein gewisses Zurückbleiben.

Auf vielen Kreisdelegiertenkonferenzen wurden die ideologischen Probleme hauptsächlich vom organisatorischen Standpunkt behandelt. So ging man z.B. bei der Aufgabe, unsere Errungenschaften vor den Anschlägen der Imperialisten zu schützen, nicht immer davon aus, dass das Wichtigste die ideologische Erziehung der Werktätigen, insbesondere die Auseinandersetzung mit pazifistischen Auffassungen ist."

- 5 -

In einem anderen Abschnitt dieses Artikels hiess es unter dem Zwischentitel "Vor feindlichen Auffassungen nicht zurückweichen":

"Bei der prinzipiellen Darlegung der wichtigsten Fragen der internationalen Lage und der nationalen Politik unserer Partei dürfen die Kreisleitungen nicht versäumen, sich mit den konkreten Erscheinungsformen feindlicher Auffassungen und Schwankungen auseinanderzusetzen.

In Bitterfeld war z.B. der Kreisleitung bekannt, dass viele Arbeiter des VEB Filmfabrik Wolfen noch mit der alten Konzern-Ideologie behaftet sind und noch keine genügende Klarheit über ihre Stellung und Verantwortung in unserer Arbeiter- und Bauern-Macht haben. Trotzdem setzte sich die Kreisdelegierten-konferenz mit dieser wichtigen Frage nur ungenügend auseinander. Das ist ein ernster Fehler."

d) Säuberungsaktion in Gera und Greiz

Über eine Säuberungsaktion in den Kreisleitungen Greiz und Gera, die bereits im April stattgefunden hat, berichtete das Funktionärs-organ "Neuer Weg" u.a.:

"In der Bezirkshauptstadt Gera wurde die Anleitung der Grundorganisationen vernachlässigt. Die politische Erziehungsarbeit in der Partei und unter den Werktätigen war mangelhaft organisiert, parteifeindliche, antisowjetische Äusserungen und Handlungen wurden nur schwach bekämpft, einige feindliche Elemente konnten längere Zeit ungestraft ihr Handwerk treiben.

In vielen Fällen wurde die innerparteiliche Demokratie verletzt und die Kritik von Genossen und Werktätigen missachtet. In den Büros, besonders der Stadtleitung, entwickelte sich eine trübe Atmosphäre des Misstrauens. Alle leitenden Funktionäre arbeiteten zwar unermüdlich und mit grossem Eifer, da dies aber losgelöst voneinander geschah und es keine kollektive Führung gab, erstickten sie in vielem Kleinkram und verloren den Blick für die Hauptaufgaben.

In einem zweimonatigen Einsatz einer Brigade des Zentralkomitees in Verbindung mit der Bezirksleitung wurden alle diese Schwächen aufgedeckt und an Ort und Stelle Veränderungen herbeigeführt. In den Büros und den Leitungen kam es zu offenen, für manchen leitenden Funktionär zwar schmerzhaften, aber heilsamen Auseinandersetzungen."

- 6 -

e) Passivität in den Grundorganisationen

Nach wiederholten Anweisungen des ZK, insbesondere nach den Direktiven der 23. ZK-Tagung, sollen alle "ideologischen Unklarheiten und parteifeindlichen Ansichten" von Parteimitgliedern und auch von anderen Personen im Bereich einer Grundorganisation in jedem Fall vor der Mitgliederversammlung der Grundorganisation mit Nennung der Namen behandelt werden. Diese Anweisung wird kaum befolgt.

Als Beispiel dafür, wie auch die Parteigruppen in den Grossbetrieben solchen sogenannten "kämpferischen Auseinandersetzungen" aus dem Wege gehen, führte das SED-Zentralorgan vom 22. Mai die Parteigruppe einer Werkabteilung im Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden an. Über das Verhalten der Parteigruppe wurde ausgeführt:

"So gibt es zu ideologisch-politischen Fragen lediglich Unterredungen - von Mann zu Mann - aber keine kämpferischen Auseinandersetzungen in den Gruppenversammlungen.

Das Auftreten der Genossen in den politischen Fragen ist daher nicht einheitlich. An der Wandtafel führt die Gruppe, gemeinsam mit Parteilosen, unerbittlich den Kampf gegen Bummelanten. Genosse Meisgeier aber z.B. ist gegen diesen öffentlich geführten Kampf. Aber seine falsche Meinung verbreitet er öffentlich. Mit ihm wäre es notwendig, in der Parteigruppe ernstlich zu reden. Auch wegen anderen Fragen. Z.B. warum er und der Genosse Müller noch nicht zum Eintritt in die Kampfgruppe zu bewegen sind.

Aber man 'unterhielt' sich mit den Genossen lediglich wieder von 'Mann zu Mann' und verzichtet bisher auf die Erziehung durch die Mitgliederversammlung der Parteigruppe.

Die Inkonsequenz der Parteigruppe lässt manche Leute frech werden. Es gibt dort einen gewissen Neugebauer. Ein 'hundertprozentiger Nazi' sei er, erklärt er frech! Eine Friedensbotschaft, die ihm vorgelegt wurde, bezeichnete er als 'einen Dreck'. Und dieses Individuum wird in der Abteilung geduldet. In der Parteigruppe wurde lediglich 'darüber gesprochen'."

Aus einem Betrieb in Sachsen mit 1 600 Mann Belegschaft erhielt das Ostbüro folgenden Bericht über die Situation in der SED-Parteiorganisation nach der Neubesetzung der Leitung:

- 7 -

"Von den etwa 400 registrierten Parteimitgliedern sind vielleicht 30 aktiv.

Die Stimmung innerhalb der SED ist schlecht. Ein grosser Teil der Mitglieder würde austreten, wenn sie damit nicht ihre Existenz und ihre Familien gefährden würden. Statt des Austrittes gehen sie in die Passivität und nehmen an den Veranstaltungen nicht teil. Aus diesem Grunde ist auch das Parteilehrjahr sehr schlecht besucht, obgleich die Teilnahme immer als Pflicht hingestellt wird. Parteilehrgänge und Parteiveranstaltungen werden nur soweit besucht, wie es unbedingt notwendig ist. Freiwillig möchte keiner Funktionär werden. In allen Untergruppen kommt es immer zu erregten Auseinandersetzungen, wenn es darum geht, einen Funktionär zu finden.

Bei der Bildung von Kampfgruppen trat die passive Haltung der SED-Mitglieder ganz besonders in Erscheinung. Trotz der Drohungen des ersten Sekretärs auf einer Delegiertenversammlung, 'dass jeder Genosse in die Kampfgruppe eintreten muss, und wer sich weigert, den werden wir zuzwingen wissen' waren am Sonnabend vor Ostern nur 23 Mann zum Exerzierdienst anwesend. Nach Ostern erfolgte eine neue Kampagne für den Eintritt in die Kampfgruppe. Hierbei musste sich jeder in eine Liste eintragen und die Gründe angeben, weshalb er der Kampfgruppe fernbleibt. Auch hiernach konnten erst ca. 50 Mann zum Dienst bewogen werden. Bis zum 1. Mai sollte eine Kampfgruppe von 200 Mann aufgestellt werden.

Besonderer Widerstand wird der Kampfgruppe seitens der aus der SPD übernommenen Mitglieder entgegengebracht, ferner von der Nachwuchsausbildung, wo die Ausbilder ebenfalls den Eintritt ablehnten. Die meisten lehnen den Eintritt ab, weil sie der Ansicht sind, dass dies der Punkt ist, wo man nicht mehr mitmachen kann."

Diese beiden Beispiele sind typisch für die Situation in fast allen Betriebsparteiorganisationen (BPO) der SED.

2. Massenstimmung und Widerstand

a) Einschätzung der Massenstimmung

Wie im Vormonath hielt im Mai die allgemeine Empörung und Erregung über die Aufrüstungsmassnahmen und die Wirtschaftspolitik der SED-Diktatur unvermindert an.

- 8 -

Es kam auch im Berichtsmonat massenweise zu Äusserungen der Entrüstung und des Protestes.

Die aussenpolitischen Ereignisse erweckten neue Hoffnungen in der mitteldeutschen Bevölkerung auf ein Nachgeben der sowjetischen Besatzungsmacht in der deutschen Frage. Dazu trug besonders die Ankündigung einer neuen Viererkonferenz und die Unterzeichnung des Staatsvertrages für Österreich bei. Die neue sowjetische Politik gegenüber Österreich wurde unter der Bevölkerung allgemein als ein sowjetischer Rückzug betrachtet. Auch der sowjetische Besuch in Jugoslawien und die Schwenkung der SED-Presse in dieser Frage wurden als eine kommunistische Kapitulation vor Realitäten gewertet, die sich stärker erwiesen als die Propaganda und die Druckmittel der Moskauer Parteiführung.

Die Berichterstattung über die Warschauer Konferenz hatte für das SED-Regime ebenfalls nur negative Auswirkungen. Die Ausklammerung des SED-Staates aus dem gemeinsamen Oberkommando fand stärkste Beachtung und wurde als ein Symptom dafür gedeutet, dass die sowjetische Deutschlandpolitik elastischer geworden ist.

Der Konflikt zwischen dem SED-Regime und der Bevölkerung wegen der kommunistischen Militarisierung hat sich im Mai weiter verschärft. Die Heranziehung der Frauen und Mädchen zu den Kampfgruppen, der GST und zur KVP hat den allgemeinen Widerstand noch gesteigert. Besonders die am stärksten betroffenen Jugendlichen, darunter auch die Studentenschaft, gerieten noch mehr gegen das kommunistische Regime in Bewegung. Ein Zeichen der verschärften Auseinandersetzung zwischen der grossen Masse der Jugendlichen und dem SED-Regime ist offensichtlich auch das starke Ansteigen der Zahl jugendlicher Flüchtlinge, die aus allen Teilen der Sowjetzone im Mai in den freien Teil Deutschlands kamen mit der Begründung, die Flucht sei ihre letzte Möglichkeit gewesen, der Einziehung in die KVP zu entgehen.

Der Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik der SED-Diktatur nahm ebenfalls allgemein zu. Die Kampagne "Weg von den Staatszuschüssen" blieb ohne Erfolg. Die bedeutendste Widerstandsaktion auf diesem Gebiet war die allgemeine Auflehnung der Belegschaften im Mansfeld-

- 9 -

der Kupfererzbergbau, gegen die ab 1. April eingeführten höheren Arbeitsnormen. Es gab im Mai kaum noch eine Brigade, die sich an die neuen Normen hielt und auf allen Schächten war ein Absinken auf den Leistungsstand vor der Normerhöhung zu verzeichnen.

b) Auszüge aus Berichten

Folgende Auszüge aus Stimmungsberichten geben einen Querschnitt durch die Einstellung der Bevölkerung zu verschiedenen Parolen und Massnahmen der Pankower Machthaber:

Mansfelder Kupfererzbergbau

Die Verwaltung des Mansfelder Kombinats hat im April den grössten Teil der Arbeitsnormen-Sachbearbeiter entlassen die für die Normen unter Tage verantwortlich waren. Das geschah mit der Begründung, sie wären ihrer Aufgabe nicht gewachsen gewesen und hätten der Normenschiebung Verschub geleistet. Die neuen höheren Normen sollten von den Steigern festgesetzt werden. Um es mit den Kumpels nicht zu verderben, haben sich viele Steiger geweigert, die von der SED verlangten höheren Arbeitsnormen festzusetzen. Da die alten Normen von der Verwaltung für ungültig erklärt wurden, entstand für viele Brigaden ein normenloser Zustand. Ende April führten auf den Schächten "Fortschritt" und "Ernst-Thälmann" 20 Brigaden einen bereits mehrere Tage andauernden Sitzstreik durch. Sie fuhrten zwar ein, arbeiteten aber nicht, weil sie erst die Zusicherung haben wollten, dass der Lohn nur nach solchen Normen berechnet wird, die sie mit den Arbeitsnormen-Sachbearbeitern vereinbaren wollen.

In beiden Schächten fuhr die Betriebsleitung ein und versuchte die Arbeiter zu überreden, diese beharrten jedoch auf ihrer Forderung, erst Normen mit den TAN-Sachbearbeitern zu vereinbaren.

Buntmetallwalzwerk Hettstedt

An der Mauer des Walzwerkes wurde in der Nacht zum Karfreitag folgende Parole gemalt: "Schwarzes Brot und dünnes Bier, Walter Ulbricht wir danken dir!".

- 10 -

Aus verschiedenen Städten

Wie aus mehreren Städten fast übereinstimmend berichtet wurde, ist die Bevölkerung erbittert über die "Laschheit und Nachgiebigkeit" der Bundesregierung in Fragen der kürzlich erhöhten Autobahnggebühren. Die Bevölkerung dieser Städte würde es begrüßen, ja sie fordern es direkt, dass die westlichen Interzonenhandelslieferungen sofort eingestellt werden. Die Bevölkerung wäre sogar bereit, ihr evtl. dadurch entstehende Nachteile in Kauf zu nehmen. Allgemein wurde erklärt: Nicht die westlichen Unterhändler müssten um Verhandlungen über eine Senkung der Gebühren nachsuchen, sondern die östlichen Vertreter. Und dies könne nur erreicht werden, wenn der Westen entsprechende Gegenmassnahmen unverzüglich ergreift.

Weiter wird berichtet, dass umfangreiche Geldabhebungen vorgenommen werden. Viele Sparkonten und Bankeinlagen sind in den letzten Tagen und Wochen aufgelöst und stark reduziert worden. Einlagen werden kaum noch vorgenommen. Die Ursache hierfür sind im Umlauf befindliche Gerüchte über einen Währungsschnitt in der Zone.

Leipzig

In Kreisen der Kumpel von Espenhain und Gröbbern (Braunkohlenbergbau südlich von Leipzig) wird offen geäussert, dass im Sommer eine Änderung in den Verhältnissen der Zone kommen müsse, da es wirtschaftlich nicht so weitergehe. Aus den Berichten der Arbeiter geht hervor, dass der passive Widerstand in den Betrieben heute schon so gross ist, dass praktisch nur noch die notwendigsten Arbeiten verrichtet werden.

Durch irgendwelche CDU-Kanäle wird das Gerücht in der Zone verbreitet, dass im Kaiser-Ministerium bereits alles bis ins Einzelne für die Wiedervereinigung vorbereitet sei. Es ist notwendig, dass die SPD künftig noch aktiver in der Zone wird, als dies schon der Fall ist. Es ist auch notwendig, dass OLLENHAUER in einer Serie von Reden immer wieder die Bevölkerung der Zone im Sinne der SPD-Politik anspricht, vor allem aber die Arbeiterschaft.

Die in Moskau zwischen der österreichischen und der sowjetischen Regierung vereinbarten Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages haben unter der Bevölkerung Leipzigs keine Reaktion :

- 11 -

im Sinne einer Hoffnung auf Entspannung und Lösung der Deutschlandfrage ausgelöst. Im Gegenteil: In der Bevölkerung glaubt niemand daran, dass die Russen zu echten Konzessionen bereit sind, noch viel weniger bzgl. einer allgemeinen Regelung Deutschlands im Sinne einer Wiederherstellung der Einheit in Freiheit.

Kaliwerk bei Aschersleben

Die Stimmung der Arbeiterschaft gegenüber dem Regime hat sich in letzter Zeit merklich verschlechtert. Die BGL-Wahlen mussten dreimal durchgeführt werden, weil bei den ersten beiden Wahlgängen die Arbeiter durch Nichtteilnahme sabotierten, so dass die vorgeschriebenen 50 % der Teilnehmer nicht zusammenkamen. Auch der dritte Wahlgang wurde von den Arbeitern sabotiert, aber die SED hatte alle Funktionäre eingesetzt und liess die Arbeiter zur Abstimmung holen, besonders die schichtfreien Arbeiter. Einige Arbeiter wurden direkt aus den Betten geholt.

Die Entwicklung in Österreich hat der Bevölkerung neue grosse Hoffnung auf eine Lösung der Deutschlandfrage gegeben. Weite Kreise der Arbeiterschaft befürworten den militärischen Beitrag der Bundesrepublik zur Nato.

In der Umgebung von Aschersleben wurden in den letzten Monaten zahlreiche SPD-Flugblätter aufgefunden. Sie werden meist auf den Feldern aufgelöst und von den Bauern, die zum grössten Teil auch in der Kaliindustrie arbeiten, mit in die Schächte gebracht, wo sie dann von Hand zu Hand gehen. Vor allem das von der SPD über "NULBRICHT" - so nennen es die Arbeiter - herausgegebene Flugblatt war in sehr grossen Mengen vorhanden.

Auffällig ist, dass diese Flugblätter vor allem in dem Gebiet südlich von Aschersleben gefunden werden. Weiter in dem Raum Schackstädt - Eilsleben - Nehringen. Hier befindet sich ein Höhenzug, auf dem immer wieder SPD-Flugblätter gefunden werden.

Im Betrieb tauchte eines Tages ein Kumpel auf, der von seinem Wohnort einen ganzen Rucksack voll SPD-Flugblätter mit in den Betrieb brachte. Sie wurden hier verteilt. Als der BPO-Sekretär davon erfuhr, liess er sämtliche, noch auffindbaren Flugblätter beschlagnahmen. Dem Mann selbst ist nichts passiert.

- 12 -

Ende April sollte eine Fussballmannschaft nach Braunschweig fahren. Die BPO (Betriebsparteiorganisation) der SED verweigerte den beiden Vorsitzenden und einem Spieler die Mitfahrt mit der Begründung, sie seien ideologisch nicht genug gefestigt. An ihrer Stelle sollten drei linientreue SED-Funktionäre die Fahrt leiten. Darauf lehnten alle anderen Spieler die Teilnahme ab und die bereits ausgegebenen Fahrkarten wurden von der Vopo eingezogen.

Allgemeiner Bericht aus dem Kalibergbau

Die Haltung und die Stimmung der Belegschaft gegenüber dem Regime hat sich seit dem Jahre 1951, d.h. mit der laufenden Verschlechterung der Lebenshaltung zu Hause und der Materialversorgung in den Betrieben ständig verschlechtert. Selbst viele SED-Mitglieder, die im Jahre 1951 noch durchaus linientreu und der Partei blind ergeben waren, sehen heute die Entwicklung in der DDR mit sehr gemischten Gefühlen an. Ausschlaggebend für die politische Einstellung ist auf die Dauer und letzten Endes immer die materielle Basis. Ein Funktionär kann noch so linientreu eingestellt sein, aber wenn er zu Hause ständig von den Klagen seiner Frau über schlechte bzw. fehlende Textilien überschüttet wird und seine Mahlzeiten immer spärlicher werden, wird er doch zumindest nachdenklich und macht sich über die weitere Entwicklung eigene Gedanken, die von denen der Parteilinie wesentlich abweichen.

Dazu kommt eine wirksame Propaganda des Ostbüros der SPD. Etwa 60 % der Belegschaften der Kaliwerke sind Halbproletarier, d.h.

sie besitzen zu Hause Ackerflächen von 1 - 5 ha, die sie nach der Arbeitszeit bearbeiten. In den Sommermonaten fanden sich in den Wiesen und Kornfeldern - vor allem in der Nähe der Demarkationslinie an der Werra - grosse Mengen von Flugblättern des Ostbüros. Diese Flugblätter wurden z.T. mit nach unter Tage genommen, wanderten entweder heimlich von Hand zu Hand oder ganz offen auf den beladenen Förderwagen durch die gesamte Grube. Die heimliche Freude über das, was in diesen Flugzetteln gegen die Regierung und die Partei gesagt wurde, war allgemein. Auf die Ablieferung dieser Flugzettel wurden von der Partei und dem SSD Geldprämien ausgesetzt. Alle Kontrollstellen waren wochenlang damit beschäftigt, die Verteiler dieser Flugblätter ausfindig zu machen.

- 13 -

Einige Belegschaftsmitglieder, bei denen Flugzettel gefunden wurden, wurden verhaftet.

Der Erfolg der Propaganda des Ostbüros wirkte sich allgemein in einen immer stärker werdenden passiven Widerstand der Belegschaft aus.

Gleichzeitig wird selbst von den einfachsten Arbeitern die Lage und Entwicklung in der Bundesrepublik sehr wachsam verfolgt. Besonders in der Nähe der Demarkationslinie, in der die meisten Kaliwerke liegen, bestehen enge verwandtschaftliche Beziehungen zu der Bevölkerung jenseits der Linie. Fast jeder Kumpel war schon einmal selbst in Westdeutschland oder weiss von seinen Angehörigen, wie es dort aussieht. So sind z.B. die von der Partei veranstalteten Sammlungen für die Streikenden in Westdeutschland allgemein abgelehnt worden mit dem offenen Hinweis, dass die Arbeitslosen in Westdeutschland in vielen Fällen noch besser leben als die Arbeitenden in der DDR. Über den Unterschied im Lebensstandard besteht kein Zweifel.

Thema Nr. 1 war in den letzten Monaten allgemein die Remilitarisierung in der Ostzone und in der Bundesrepublik sowie der Abschluss der Pariser Verträge. Die meisten Kaliwerke waren von 1945 - 1952 SAG-Betriebe, d.h. sie wurden von Russen geleitet. Die ständigen Übergriffe der Besatzungsmacht - die meisten Belegschaftsmitglieder sind in den Jahren 1945 - 47 ihre Fahrräder, mit denen sie zur Arbeit fahren mussten, auf offener Strasse losgeworden - taten ein übriges dazu, den Russen und seine Politik aus eigener Anschauung zur Genüge kennenzulernen. Die Arbeiter sind allgemein der Meinung, dass die Russen nur Macht respektieren.

Es ist bei einem guten Kontakt mit der Belegschaft und vor allem bei einer persönlicher Fühlungnahme mit den alten Kumpels, die vorwiegend der SPD angehörten, nicht zu verkennen, dass über die offizielle Stellungnahme der SPD-Führung zu den Pariser Verträgen missverständliche Auffassungen vorhanden sind.

Babelsberg

Am 8. Mai, den "Tag der Befreiung" kamen über Babelsberg zahlreiche Exemplare der "Freien Jungen Welt" aus der Luft herunter. Vor allem fielen viele Zeitungen auf das Parkgelände in Babelsberg, wo sich die Festwiese befand. Die Bevölkerung versuchte, so viel wie möglich Zeitungen aufzugeben.

- 14 -

Man konnte beobachten, wie ein Teil dieser Zeitungen abgegeben wurde bei der Vopo, die sofort auf dem Platz erschienen war. In den meisten Fällen jedoch behielten sich die betreffenden Personen eine Zeitung, die sie schnell versteckten. Die Abgabe der übrigen eingesammelten Exemplare bei der Vopo war für sie nur eine Tarnung. Die Vopo veranstaltete eine regelrechte Jagd auf die Zeitungen. Auch Kampfgruppenmitglieder, die sich auf der Festwiese befanden, wurden auf Anweisung der Vopo für das Einsammeln der Zeitungen mit eingesetzt.

Maschinenfabrik und Eisengiesserei Dessau

Die Stimmung im Betrieb ist ähnlich wie vor dem 17. Juni, nur mit dem Unterschied, dass heute kein Mensch mehr eine Änderung erhofft, wenn es heute zu einem Ausbruch der Volkswut kommen sollte, dann ist das ein Verzweiflungsschrei ohne Hoffnung auf Besserung. Die gespannte Lage ist vor allem auf die schlechte Ernährungslage zurückzuführen. Hinzu kommt der politische Druck, besonders auf die Jugendlichen und auf die Eltern, deren Kindern in die KVP gepresst werden sollen.

Nur wenige glauben noch an eine Wiedervereinigung. Man hat sich darauf eingerichtet, dass es noch Jahrzehnte dauern würde, bis sich in der Zone etwas ändert. Das bedeutet jedoch nicht, dass man der politischen Konzeption Adenauers zuneigt. Im Gegenteil; in den letzten Monaten hat sich bei vielen früheren Anhängern der Stärke - Politik die Anschauung durchgesetzt, dass letztendes sie selbst die Dummen dabei seien.

Die sogenannte "sozialistische" Arbeitsdisziplin steht auf dem Papier. In der Wirklichkeit kommt sie kaum zur Anwendung, da die Arbeiter darauf bedacht sind, regelmässig Geld zu verdienen und nicht, weil es der Plan verlangt, Stossarbeit zu verlangen. Immer öfter könne man in den letzten Wochen die Aufforderung hören: Arbeite bloss nicht so eifrig, willst wohl eine Prämie haben! Oder aber: Du willst wohl, dass wir ab 15. schon ohne Arbeit und Material sind?

Weder die kürzlich eingeführte 10-Minuten-Bewegung (der Arbeiter soll 10 Minuten vor Beginn der eigentlichen Arbeit an seinen Platz sein und alles schon ordnen, damit er ohne Zeitverlust loslegen kann) noch die 100-DM-Bewegung (Materialeinsparung) konnten mit Erfolg angewendet werden. Die Arbeiter sind schon wettbewerbsmüde.

- 15 -

Von den ca. 750 FDJ-Mitgliedern im Betrieb wurden bisher trotz täglicher Bemühungen seitens des KVP-Werbe-Komitees nur 7 geworben. Allerdings ist die Zahl der jungen SED-Mitglieder, die mit einem Parteauftrag in die KVP entsandt werden erheblich höher.

Ein junger SED-Mann, der 23-jährige L. warf sein Parteibuch auf den Tisch und verlangte seinen Ausschluss aus der SED, da er nicht daran denke, zur KVP zu gehen. L. wurde nicht verhaftet, sondern arbeitet zurzeit noch im Betrieb.

Aus einem Magdeburger Grossbe trieb

In früheren Jahren, etwa bis zum 17.6.53, als die Konzeption der EVG stark diskutiert wurde, war die Sympathie für die SPD unter der Arbeiterschaft stark gesunken und die Konzeption der bürgerlichen Parteien Westdeutschlands war durchaus herrschend.

Nach dem 17. Juni und gerade auch in der letzten Zeit hat sich das Blatt hier entscheidend gewendet. Sowohl das Verhalten der westlichen Regierungen am 17. Juni wie insbesondere die jetzige unverantwortlich zögernde Haltung gegenüber den doch durchaus diskutablen Vorschlägen und dem Vorfühlen der Russen lassen mehr und mehr die Meinung aufkommen, dass es der jetzigen Bonner Regierung ernstlich überhaupt nicht auf die Wiedervereinigung ankommt, sondern eine Politik getrieben wird, in der das Gerode vom Primat der deutschen Wiedervereinigung benutzt wird, um ganz andere politische dunkle Machenschaften zu betreiben. So nimmt in letzter Zeit die Sympathie für die SPD stark zu und mehr und mehr wird diese Partei zum alleinigen Garanten einer deutschen Wiedervereinigungspolitik.

In einfacherer Form drücken die Arbeiter das etwa so aus:

Der Spatz in der Hand ist immer noch besser als die Taube auf dem Dach. Man meint hiermit, dass vom Westen her alles geschehen muss, um den Verkehr der Besatzungszonen untereinander zu erleichtern, jegliche Form des Zusammenstrebens zu fördern und alles zu vermeiden, was dem System Anlass gibt, Massnahmen der Spaltung und des Terrors zu treffen. In etwa kommt das auf die Vorschläge hinaus, wie sie neulich vom Parteivorstand der SPD publiziert wurden.

Die Aufrüstung Westdeutschlands wird in der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiterschaft mit sehr gemischten Gefühlen beurteilt. Gewiss gibt es einzelne Leute, die der Meinung sind, dass durch die Aufrüstung die Verhandlungspositionen Westdeutschlands und der westlichen

- 16 -

Welt verbessert werden und die jetzigen Vorschläge der Russen überhaupt erst die Folge dieser drohenden Verschiebung im militärischen Kräftepotential sind.

Demgegenüber steht aber das Argument, dass, solange Deutschland gespalten ist, eine getrennte Aufrüstung auf jeden Fall ein politischer Fehler ist und die politische Konsequenz ist nicht für die Aufrüstung im Westen, sondern gegen die Aufrüstung im Osten zu sein.

Bericht aus Sachsen und Thüringen

Die Arbeiter diskutieren untereinander, wie sie sich beim nächsten grossen Streikverhalten wollen. Es ist Einigkeit darüber, keine Demonstrationen zu machen, sondern sich in das "Privatleben" zurückzuziehen. Mit anderen Worten, sie wollen zu Hause bleiben und die weitere Entwicklung abwarten.

In der Zeit zwischen 20. 4. und Anfang Mai hat es überall Eisenbahnerkonflikte gegeben, die durch die Umlegung der Schichten auf 12-Stunden-Schichten hervorgerufen wurden. In Dresden-Hauptbahnhof und Dresden-Neustadt war das ganze Bahngelände von Russen besetzt. Auch in Bautzen haben Russen und Vopos alle Bahnanlagen besetzt gehalten. Die Bewegung begann nach den vorliegenden Berichten in Senftenberg, wo die Kohlenzüge 3 - 4 Tage blockiert wurden. Auf den Strecken fahren mit Russen und Vopos besetzte Draisinen.

An den Oberschulen wurde zum 1. Mai von der SED eine lebhaft propagierte für bewaffnete Demonstrationen der Schüler durchgeführt. Alle Oberschulen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen lehnten diese Aufforderung ab. Durch SED-Lehrer wurden im Anschluss an den 1.5. die Schüler vernommen, um die Rädelsführer festzustellen. Ein Schüler wurde dreimal 4 Stunden vernommen. Im Augenblick wird eine intensive GST-Werbung für Schiesszirkel durchgeführt, aber auch hier stossen die Werber auf die Ablehnung der Schüler.

Ostberlin

Die Bevölkerung ist einerseits empört über die augenblickliche Lage in der Zone. Diese Empörung hat, ähnlich wie vor dem 17. Juni, einen neuen Höhepunkt erreicht. Sie ist einerseits durch die katastrophale Ernährungslage, auf der anderen Seite aber auch durch die Verstärkung des Terrorregimes und durch die zunehmende Zahl der Verhaftungen

bedingt. Diese Stimmung, man kann sagen, die Grundstimmung der Sowjetzonenbevölkerung, wird jedoch von den Hoffnungen auf die neue Viererkonferenz überlagert. Diese Hoffnungen sind wahrscheinlich der einzige Grund, dass es bisher noch nicht zu Aufständen gegen das Regime gekommen ist.

Wenn auch die Bevölkerung jetzt ihre ganze Hoffnung auf die neue Viererkonferenz setzt und dies vor allem tut, nachdem im Falle Österreich eine Regelung zwischen Ost und West gefunden worden ist, so sieht sie doch zum grossen Teil noch nicht ein, dass die SPD mit ihrer bisher verfolgten Politik das Zustandekommen dieser Viererkonferenz stets erstrebt hat. In der Bevölkerung ist die Kritik an der aussenpolitischen Haltung der SPD noch nicht verstummt. Die Bevölkerung wendet sich gegen die Forderung der SPD, die Verwirklichung der Pariser Verträge bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, an dem zu erkennen ist, ob es eine Lösung der Deutschlandfrage mit den Sowjets gibt oder nicht.

Der grösste Teil der Zonenbevölkerung sieht in der Österreichregelung einen Erfolg der Politik der Stärke, wie sie von den Amerikanern und von Adenauer propagiert wird. Auch das Zustandekommen von Viererverhandlungen wird als Erfolg dieser Politik der Stärke angesehen.

Weiter ist allgemeine Schadenfreude darüber zu beobachten, dass die Sowjetzonenregierung in Warschau gewissermassen abgehängt worden ist. In dieser Beziehung äussert man sich ziemlich offen und verweist vor allem auf die Lüge GROTEWOHLs in der "Volkskammer", der behauptet hatte, dass die Zone noch nicht über Streitkräfte verfüge und daher an den gemeinsamen militärischen Organisationen des Ostblocks noch nicht teilnehmen könne.

Man hört jetzt mehr die Forderung, in der Bevölkerung, wie die Wiener Regierung, so solle auch die Bonner Regierung direkte Verhandlungen mit den Sowjets aufnehmen. Der Westen müsse jetzt die Sowjets beim Wort nehmen. In diesem Zusammenhang wird in der Bevölkerung die von Amerikanern vorgebrachte Forderung nach einer Befreiung der Satellitenstaaten als ausgesprochenes Störmanöver angesehen. Mit diesen Forderungen - so erklären die Zonenbewohner - müssten erfolgreiche Verhandlungen über Deutschland von vornherein unnöglich werden.

Die Auflage der "Berliner Zeitung" ist seit Herbst 1954 um 100 000 Exemplare, d.h. von täglich 500 000 auf 400 000 Exemplare, zurückgegangen. In Kreisen der Redaktion wird dies auf die inner strenger werdende Politisierung der Zeitung zurückgeführt.

- 18 -

Die Warschauer Konferenz und die Lösung der Österreichfrage haben auf die untere SED-Funktionärgarnitur verwirrend gewirkt. Man ist hier zum grossen Teil wie vor den Kopf geschlagen. Inner wieder hört man in Gesprächen zwei Punkte, die den Funktionären Kopfschmerzen machen: Erst haben die Sowjets gesagt, bei Ratifizierung der Pariser Verträge seien Verhandlungen über Deutschland nicht mehr möglich und jetzt hätten , im Gegensatz zu diesen Erklärungen, die Russen es mehr als eilig, so schnell wie möglich zu einer Viererkonferenz zu kommen. Die Ausschaltung der Sowjetzone aus dem militärischen Oberkommando in Warschau hat schockartig gewirkt, so dass selbst die SED-Funktionäre über die Erklärungen GROTEWOHLs zu dieser Frage nur lachen. Indirekt deuten Funktionäre in Unterhaltungen an, dass sie es für möglich halten, die Sowjets könnten die DDR aufgeben. In dieser Beziehung hat auch die Haltung der Sowjets in Österreich gewirkt.

Aus einem Betrieb in Ostberlin

In einem Bericht über den VEB Elektrokohle in Ostberlin schrieb das SED-Zentralorgan vom 12. Mai u.a.:

"Um den Widerstand der Kollegen gegen die Todespakte von Paris zu lähmen, trug der Klassengegner die Auffassung in den Betrieb, dass die Werktätigen gegen die Pariser Kriegsverträge nichts machen könnten. Um diese schädliche Auffassung, die bei einem Teil der Kollegen zunächst Zustimmung fand, zu widerlegen, wurde ein Flugblatt ausgegeben:

Kollege Laubig aus dem Zentrallabor des Betriebes war einer von denen, die Adenauers Kriegspolitik noch nicht durchschaut haben. Seine Meinung: 'Lasst doch Adenauer kommen, Hauptsache, ich habe Arbeit.'

In einem Flugblatt 'Nun erst recht für Frieden und Einheit' setzte sich die Parteileitung mit der Auffassung des Kollegen Laubig auseinander."

Mineralölwerk bei Halle

Die Stimmung ist allgemein etwas gedrückt. Im Januar 1955 wurden in der Schmierölfabrik ein Meister und am Tage darauf in der Verwaltung ein Pförtner verhaftet. Ende Februar wurde dann erneut eine Verhaftung , und zwar ein Mitarbeiter der Materialversorgung, durchgeführt. Sämtliche Verhaftungen wurden vom SSD vorgenommen. Nach den Verhaftungen setzte seitens der SED eine heftige Propaganda ein, daß

- 19 -

es sich hierbei um westliche Agenten handele.

In den Versammlungen wird besonders gegen die mangelnde Wachsamkeit zu Felde gezogen. Man versucht hierbei eine grössere Aktivität der Belegschaft zu erreichen, da man mit Verdächtigungen schnell bei der Hand ist.

Ein Diskussionschwerpunkt war der Versuch der Normenerhöhung in der Fassverladung. Zu der Erhöhung ist es aber nicht gekommen.

Westliche Flugblätter sind vor etwa 8 Wochen erstmalig aus der Luft heruntergekommen. Es erfolgte jedoch sofort ein Einsatz von Angehörigen der Polizei und Feuerwehr, die diese Flugblätter einsammelten.

Ausserdem sind bei den Manövern der Besatzungstreitkräfte Flugblätter in russischer Sprache und bebildert gefunden worden.

Der Rias kann infolge starker Störungen kaum noch gehört werden. Auch der NWDR ist schwer zu bekommen. Der beste Empfang liegt zurzeit beim Hessischen Rundfunk. Westsender werden nach wie vor gern gehört und die Nachrichten weitererzählt.

Vetschau

Die Unterhaltung und die politischen Diskussionen der Menschen drehen sich vorrangig nicht um die grossen politischen Tagesfragen, sondern um die kleinen drückenden Sorgen des Alltags in der Zone. Mangelnde Versorgung durch den Konsum, schlechte Belieferung der Lebensmittelkarten, überhöhte Preise in der HO, schlechte Qualität der Industriewaren und mangelndes Sortiment bei den Lebensmitteln sind hauptsächlich die Gesprächsthemen. Die politischen Fragen der deutschen Gegenwart finden meist ihre Erlösung in dem einzigen Aufschrei: "Wenn es doch endlich bloss anders wird." Worunter man natürlich nichts anderes als die Beendigung der Russenherrschaft und die Vertreibung der SED-Kamarilla versteht. Gerade in letzter Zeit macht sich in zunehmendem Masse Verbitterung, aber auch Anzeichen der Hoffnungslosigkeit und Erschöpfung bemerkbar.

Vor etwa 10 Tagen trafen die letzten Flugblätter der SPD ein. Gleichzeitig wurden Flugblätter der NTS gefunden. Die Flugblätter fielen in Vetschau und in der weiteren Umgebung. Allem Anschein nach

- 20 -

handelt es sich um eine Ballon-aktion. Die Flugblätter werden gelesen und ihr Erscheinen von der Bevölkerung dankbar begrüßt. Die Reaktion über das Auftauchen der Flugblätter darf auch nicht überschätzt werden. Die Bevölkerung sagt: Wir wünschen denen im Westen, dass sie auch einmal ein halbes Jahr den Russen kennenlernen."

Industriewerk Ludwigsfelde

Der bisherige Haupttechnologe SCHOTT, der allerdings seit einigen Wochen zum Projekt Sonnenstein abkommandiert war, ist nach Westberlin geflüchtet. In den letzten 10 Tagen sind weitere Fluchtfälle aus dem Werk zu verzeichnen. Der abteilungsleiter Konstruktion, PURSCHEK, wh. Luckenwalde, ist ebenfalls nach dem Westen geflüchtet. Weiter der Technologe BERGMANN, der sich nach Hamburg abgesetzt hat, von wo aus er aus dem Urlaub nicht mehr zurückkehrte. Der abteilungsleiter für Technologie, HOFFMANN, hat sich nach dem Saargebiet abgesetzt.

Die zunehmende Flucht massgebender Mitarbeiter hat im ganzen Werk Verwirrung angerichtet.

Der Zentralrat der FDJ hat in das IWL den Spitzenfunktionär WEIDLICH geschickt mit der Aufgabe, im Werk die bisher völlig ergebnislose KVP-Werbung zu organisieren. Bisher wurden vorwiegend Parteigenossen angesprochen. Sie wurden, so weit sie im Alter von 18 - 22 Jahren waren in kleinen Gruppen in einem Kraftwagen in Begleitung des BPO-Sekretärs nach Zossen zur Kreisleitung gebracht, wo sie von Funktionären unter Druck gesetzt wurden, in die KVP einzutreten. Die Werbeergebnisse waren bisher minimal.

Kreis Cottbus

Im Kreis Cottbus sind seit etwa 3 Tagen wieder viele Verhaftungen festzustellen. Die Begründung allgemein: Boykotthetze. Die geringste Äußerung gegenüber dem SED-Regime wird jetzt wieder zum Anlass für Festnahmen genommen. In Saspow wurde z.B. ein Gärtner des Ortes verhaftet. Die Bevölkerung auf den Dörfern ist allgemein sehr stark eingeschüchtert.

Im Gegensatz zum 1. Mai war die Beteiligung an der Kundgebung am 8. Mai ("Tag der Befreiung") sehr schwach. Etwa 90 % aller Belegschaftsmitglieder gingen einfach nicht zum Stellplatz, obwohl auch diesmal - wie am 1. Mai - gemeinsames Stellen und gemeinsamer Abmarsch vorgeschrieben waren.

- 21 -

Bernau

Die Bevölkerung ist in einem Verzweiflungszustand, der dem um den 17. Juni 53 gleichkommt. Die Ernährungslage ist schlechter als vor Jahren, insbesondere ist das Brot kaum geniessbar. Die Landwirte und Gärtnereien sowie die Gartenbesitzer erhalten keine Sämereien und können keine Frühjahrsbestellungen vornehmen. Der derzeitige Zustand wird allgemein als unerträglich bezeichnet und man ist der Überzeugung, dass die Misswirtschaft ihren Höhepunkt erreicht hat und in Kürze eine gewaltsame Änderung eintreten muss.

c) Widerstand der Jugend gegen die militärische AusbildungHumboldt-Universität

Vom Montag bis zum Sonnabend (9. bis 14.5.) war in der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität eine Kommission tätig, um Studenten zum Übertritt in die Militärärztliche Akademie Greifswald zu überreden. Aus jedem Seminar wurden zwei bis drei Studenten vorgeladen.

Aber auch in diesen Tagen haben die Studenten ihren Widerstand noch immer nicht aufgegeben. Es gibt Seminare, in denen kein FDJ-ler zu bewegen war, nach Greifswald zu gehen. Nur die SED-Mitglieder, die es in jedem Seminar gibt, mussten ihre Verpflichtungen, die sie kürzlich abgaben, verwirklichen.

Die Studenten aus dem 3. Studienjahr, die am Freitag vor die Kommission geladen worden waren, erschienen wie auf Verabredung nicht, so dass die Kommission unverrichteter Sache wieder abschieben musste. Auf der am 19.4.55 im Auditorium Maximum der Ostberliner Universität durchgeführten SED-Fakultätsdelegiertenversammlung wurde Besorgnis über die Tatsache geäußert, dass in der letzten Zeit die Zahl der republikflüchtigen ABF-(Arbeiter- und Bauern-Fakultät) Studenten bedenkliche Formen angenommen habe. Die SED-Mitglieder wurden aufgefordert, noch wachsamer als bisher zu sein, da hinter jeden Flüchtling ein Agent zu suchen sei.

In der Diskussion wurde noch auf einen weiteren Unstand aufmerksam gemacht, mit dem man sich stärker beschäftigen müsse, das sei die "Exmatrikulationsgesuch -Epidemie". Viele Studenten würden um Exmatrikulation nachsuchen, weil sie mit den politischen Anforderungen nicht mehr Schritt halten könnten. Es gäbe kaum noch eine Klasse, die nicht davon berührt worden sei. Einige unzuverlässige Elemente hätten ganze Klassen angesteckt, begonnen habe es bei den Auseinandersetzungen um die Stipendien. Da es gesetzlich unzugänglich sei,

- 22 -

bei Exmatrikulationen ohne stichhaltigen Grund die Studiengebühren und die verausgabten Stipendien zurückzuzahlen, würden die Studenten jetzt Atteste und immer wieder Atteste anbringen, um ihren Abgang zu begründen.

Auf einer Sitzung von Funktionären der Med. Fak. wurde bestätigt, dass die Diskussionen über die Mitarbeit in der GST noch immer nicht - trotz grosser Bemühungen - in die Tiefe gedrungen seien.

Die Mehrheit der Studenten lehnt strikt die Teilnahme an GST-Schiesskursen ab. Von dem Eintritt in die KVP oder dem Studium an der neuen Greifswalder Militäarakademie ist gar nicht zu reden.

Die Funktionäre gaben zu, dass unter den Studenten die Anschauung weit verbreitet sei, ein Gewehr in die Hand zu nehmen, sei für einen Mediziner mit dem Ethos eines Arztes nicht vereinbar. Man vermutet, dass dieses Argument nur die "pazifistische Einstellung" und die absolut negative Einstellung zur DDR verbergen soll. Wiederholt haben sich Mediziner bereit erklärt, im Deutschen Roten Kreuz mitzuarbeiten. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, das Mitarbeiten im DRK sei kein Ersatz für die GST.

Universität Greifswald

In Greifswald hielt nach dem Aufstand der Medizinstudenten die Empörung noch immer an. Die Studenten, die man nach dreimaligen Verhören bei der VP wieder freiließ, setzten ihre Protestaktionen fort. Sie belagerten u.a. das Haus des Rektors ihrer Fakultät, der sie - wie sie erklärten - an die KVP verraten habe. Der zu Hilfe geholt Staatssekretär HÄRING, redete auf die Studenten ein, aber er predigte tauben Ohren und leeren Wänden, die Studenten verliessen unter Protest die Universitätsräume. Wo immer die Studenten ihrem Rektor begegneten, riefen sie ihm "Pfui!" zu. Er konnte sich nicht auf der Strasse sehen lassen, er wurde beim Verlassen seiner Wohnung und der Universität von Studenten verfolgt und mit Pfuirufen bedacht. Vor seiner Wohnung standen ständig Studenten, die ihm mit ihrem Pfui so verfolgten, dass er seit Ende April "mit unbekannten Ziel verreist ist".

Die KVP-Einheiten, die wegen des Aufstandes von Rostock, Stralsund und Eggesin als Verstärkungstruppen nach Greifswald beordert waren,

- 23 -

sind jetzt mit ihren Maschinenpistolen wieder abgezogen. Stattdessen versuchen die SED-Funktionäre nunmehr die Bewohner Greifswalds, vor allem diejenigen, die an Studenten vermietet haben, auszuhorchen. Und zwar versuchen sie zu erfahren: Ob die Studenten noch weitere Massnahmen gegen die Universität im Schilde führen, inwieweit sie an den Vorkommnissen beteiligt waren und ob die Studenten die Absicht hätten, in den Westen zu gehen und ihr Studium dort fortsetzen wollen.

Medizinische Fachschule Halle

Die 300 Jugendlichen wehren sich energisch gegen die politische Schulung, die von der SED als "gesellschaftswissenschaftlicher" Unterricht bezeichnet wird. Für die Schwestern-Schülerinnen waren wöchentlich acht Stunden politischer Unterricht angesetzt. Durch zähen Widerstand haben sie erreicht, dass wöchentlich nur noch zwei Stunden GEWI (Gesellschaftswissenschaft) gelesen wird. Auch diese zwei Stunden versuchen sie durch allerlei Störungsmanöver zu umgehen. Sie streiten z.B. so lange herum bis der Dozent den Raum verlässt. Dem Dozenten stellten sie wiederholt die Frage, wie sie "Stalins Geschichten" in der Krankenpflege verwenden sollten, sie seien der Ansicht, dass sie dafür am Krankenbett keine Verwendung hätten.

Die Aufforderung, am Schiessunterricht der GST teilnehmen zu müssen, haben die Schwesternschülerinnen einmütig abgelehnt mit der Erklärung, sie hätten sich die Pflege der Menschen zum Ziel gesetzt und wollten nicht schießen. Auch den Eintritt in das von der SED als politische Organisation aufgezugene "Deutsche Rote Kreuz" lehnten die Schülerinnen ab.

Ingenieurschule Erfurt

Ende April erschien eine Webekommission und forderte zum Eintritt in die KVP auf. An die Studenten wurden folgende Fragen gerichtet: Wer lässt Euch studieren? Seid ihr dem Staat dankbar dafür, seid ihr bereit, eure Dankbarkeit durch den Dienst in der KVP zu beweisen? Auf die letzte Frage antworteten die Studenten ohne Ausnahme, sie möchten zunächst ihr Studium beenden. Nach diesem Misserfolg erklärte die Kommission, man habe nur die politische Reife prüfen wollen, die Studenten sollten aber so lange in ihren Klassen bleiben, bis die

- 24 -

Kommission auch mit den Schülern in den anderen Klassen gesprochen habe damit diese "dem Besuch der Kommission nicht durch Indiskretion voreingenommen" gegenüberstünden. Die Studenten befolgten diese Aufforderung nicht und über die ganze Schule breitete sich eine so grosse Unruhe aus, dass die Werbekommission ihre Tätigkeit abbrach.

Aus einer Unterhaltung mit einem Fachschüler

Der Fachschüler aus der Sowjetzone wurde von seinem Betrieb auf die Fachschule delegiert und ist von dem Bestreben erfüllt, Ingenieur zu werden. Er ist sehr unzufrieden damit, dass er gezwungen wird, Gewi-Vorlesungen zu hören, die nichts weiter sind als kommunistische Schulung. Er ist besonders ungehalten darüber, dass die politische Prüfung als entscheidend angesehen wird. Vor allem fürchtet er sich vor der Einberufung in die KVP und kommt sich, wie er sagt, verraten und verkauft vor. Die Einrichtung von Fachschulen auch für Nicht-abiturienten bezeichnet er als eine gute Sache, fügte aber hinzu, dass alle Fachschüler dafür bitter bezahlen müssen. Man verlange, dass jeder Gedanke dem SED-Staat diene, es gäbe keinen Kontakt mit der Aussenwelt. Das Abhören westlicher Sender und das Lesen westlicher Zeitungen und Zeitschriften sei verboten. Der Schiessunterricht und die unzähligen Versammlungen gehörten ebenfalls zu dem Preis, der vom Regime von den Schülern verlangt werde.

Ein besonderes Erlebnis war ein Besuch seiner Klasse in Ostberlin. Alle Schüler waren erstaunt darüber, dass in Ostberlin die Versorgung in jeder Hinsicht viel besser ist als am Ort der Fachschule (eine Kleinstadt im Süden der Sowjetzone). In den in Ostberlin besuchten Betrieben wären viel weniger Transparente in den Werkhallen gewesen. Tiefen Eindruck machte es auf die Jugendlichen aus der Zone, dass einige Arbeiter wie zufällig ausspuckten wenn einer mit einem "Maikäfer" (SED-Abzeichen) vorbeikam. Der Facharbeiter sagte wörtlich: "Ich kann verstehen, dass diese Arbeiter einen 17. Juni gemacht haben."

Chemnitz

Den Widerstand der Jugend gegen den Militärdienst bestätigte das SED-Organ "Volksstimme" vom 20. Mai in einem Bericht über den VEB Wirkmaschinenbau u.a. mit folgenden Sätzen:

"Wir analysierten in der Parteileitung die Arbeiter der FDJ-Betriebsgruppe. Dabei wurde bekannt, dass die Jugendorganisation

- 25 -

vor allem ideologische Hilfe braucht.

Wir begingen bisher den Fehler, der wahrscheinlich auch in anderen Betrieben auftritt. Nach Versetzung unserer jungen Freunde aus der Lehrwerkstatt in die Werkstatt rutschte ein erheblicher Teil durch negative Einflüsse rückständiger und ohne Zweifel auch feindlicher Kräfte ab. Diese Gefahr unterschätzten wir. Bei der Werbung für die KVP trat sie aber in den Argumenten der Jugendlichen eindeutig auf.

Einige Freunde lehnten den Eintritt in die KVP ab weil sie sich fachlich qualifizieren wollen.

Es wird unserem jungen Kollegen Günter Hoinig wenig nützen, wenn er sich vornimmt kein Gewehr anzufassen.

Der Kollege Günter Fleckeisen will ein freier Mensch sein. Freiwillig gehe er nie zur KVP."

Die gleiche Zeitung kritisierte in der Ausgabe vom 17. Mai auch die "ungenügende politische Arbeit in den Schulen" und schrieb:

"Wie sieht es mit dem Bewusstsein der Lehrer aus. Zu unserer Berichtswahlversammlung haben wir uns sehr hart über die Arbeit der Schulparteiorganisation auseinandergesetzt. Dabei stellten sich sogar Methoden der Feindarbeit heraus.

Im September 1954 nahm eine junge Genossin an der Schule ihre Arbeit auf. Man versuchte, sie vom positiven Kern der Parteiorganisation zu isolieren. In privat geführten Aussprachen wurde sie aufmerksam gemacht, sich vor dem Hausmeister, Genossen Hofmann, in Acht zu nehmen."

Rathenow

Ende April wurden im VEB Gespann- und Fahrzeugbau in Rathenow 65 Jugendliche entlassen, die man auf diese Weise zum Eintritt in die KVP zwingen wollte. Darunter waren viele FDJ- und SED-Mitglieder. Es kam zu einer Meuterei und zu schweren Auseinandersetzungen auf einer Betriebsversammlung. Die 65 Jugendlichen mussten daraufhin wieder eingestellt werden.

- 26 -

3. Verschärfter Kampf gegen die SPD

Im Berichtsmonat hat die SED ihre Agitation und Propaganda gegen die SPD und den DGB erheblich verschärft. Die Taktik der Vortäuschung einer Übereinstimmung der SPD und des DGB mit der SED in der Stellung zu den Pariser Verträgen, zur Adenauer-Regierung und zu den Fragen der Wiedervereinigung kam nicht mehr zur Anwendung. Gegen die Führung der SPD und des DGB wurde in zunehmender Masse die Beschuldigung erhoben, dass sie die westdeutsche Arbeiterschaft täusche und in der Praxis die Politik Adenauers unterstütze.

Die neue Linie der massiven Verleumdung der Sozialdemokratie wurde in einem grundlegenden Artikel von ULBRICHT im SED-Zentralorgan von 7.5. unter dem Titel "Zehn Jahre Kampf um ein einiges friedliebendes demokratisches Deutschland" und im Leitartikel der theoretischen ZK-Zeitschrift "Einheit", Ausgabe Mai unter dem Titel "Zum Tag der Befreiung" dargelegt.

a) Erklärungen Ulbrichts über die SPD

Der von ULBRICHT im SED-Zentralorgan vom 7. Mai veröffentlichte Artikel "Zum Tag der Befreiung", der sich hauptsächlich mit der SPD beschäftigt, wurde in der gesamten SED-Pressen abgedruckt und auf Anweisung des ZK in den Grundeinheiten der Partei als Schulungsmaterial behandelt.

In diesem Artikel behauptet ULBRICHT, die deutschen Sozialdemokraten hätten bereits unter der Hitler-Diktatur eine antibolschewistische Position bezogen und damit den Kampf gegen das Hitler-Regime behindert. Als eine Ursache für die Aktionsunfähigkeit der antifaschistischen Widerstandsbewegung nannte ULBRICHT die "Verluste der Arbeiterklasse infolge des Putsches der Gördeler-Gruppe." Dann führte er weiter aus:

"Es kommt hinzu, dass die rechten sozialdemokratischen Führer aufgrund der Direktiven aus dem Ausland eine Abwartepolitik betrieben bzw. auf ihrer alten antibolschewistischen Position verharrten. Auf der Beratung der Sozialdemokraten im Juli 1943 in den USA wurde z.B. erklärt, das Wichtigste sei, zu verhindern, dass der Bolschewismus den Krieg gewinnen könne."

- 27 -

Über die Entwicklung nach Kriegsende führte ULBRICHT aus, die KPD sei 1945 die einzige Partei mit einem klaren Programm gewesen, das den Interessen des werktätigen deutschen Volkes entsprochen habe, und sie hätten die Einigung der Arbeiterklasse angestrebt. Während er die Gruppe GROTEWOHL wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Kommunisten lobte, schrieb ULBRICHT über die anderen sozialdemokratischen Führer:

"Die rechten sozialdemokratischen Führer, wie Schumacher, Suhr, Klingelhöfer, Dr. Brill und andere, traten leider gegen die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und gegen die Schaffung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf. Statt mit vereinten Kräften den Kampf zur Vernichtung des Faschismus zu führen, nahmen sie die alte Losung aller Reaktionäre auf, den Antikommunismus. Und Herr Tarnow, einer der Gewerkschaftsführer, die zur Teilnahme am Naziaufmarsch am 1. Mai 1933 aufgerufen hatten, ersuchte die britischen und amerikanischen Behörden um Hilfe bei der 'Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften'.

Die rechten sozialdemokratischen Führer kämpften gegen die einzige Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die als Zentralausschuss der SPD in Berlin ihren Sitz hatte. Schumacher riss in Hannover die Führung der sozialdemokratischen Organisation an sich und organisierte den Kampf gegen die Einheitsbestrebungen der sozialdemokratischen Organisationen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone.

Die separate sozialdemokratische Führung, die Dr. Schumacher in der englischen Zone gebildet hatte, besass kein eigenes Programm sondern hoffte auf Hilfe durch die Vereinten Nationen und auf die Bereitschaft der Vertreter der Bourgeoisie, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten.

Statt dessen (gemeint ist: Aktionseinheit mit der KPD) begannen die rechten sozialdemokratischen Führer den Kampf gegen die Kommunistische Partei und die Hetze gegen die Sowjetunion. Statt eine demokratische Entwicklung in Westdeutschland zu erkämpfen, begannen die rechtssozialistischen Führer eine Propaganda gegen die Oder-Neisse-Friedensgrenze. So wie Hitler nach dem ersten Weltkrieg begonnen hatte, durch die Entfaltung der Revanchepropaganda den zweiten Weltkrieg vorzubereiten, so begannen

- 28 -

die reaktionären chauvinistischen Kräfte in Westdeutschland, unterstützt von den rechten sozialdemokratischen Führern, wiederum mit der Revanchepropaganda.

Diese Lähmung der Arbeiterklasse in Westdeutschland durch die rechten sozialdemokratischen Führer ermöglichte den Regierungen der USA und Grossbritannien die Durchführung ihrer Politik der Zerstückelung Deutschlands."

Der sozialdemokratischen Politik stellte ULBRICHT die Politik der SED gegenüber. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satz:

"Die Arbeiter- und Bauernmacht der DDR, das ist auch der Staat der westdeutschen Arbeiter und werktätigen Bauern."

b) Ausführungen über die SPD in der theoretischen ZK-Zeitschrift "Einheit"

In Mai-Heft der ZK-Zeitschrift "Einheit" wurde über die SPD u.a. geschrieben:

"Gegen diese sich anbahnende Einheit der Arbeiterklasse trat die Führung der von den imperialistischen Westmächten geförderten separaten SPD auf. Sie verhinderte nicht nur die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern hintertrieb auch die Durchführung des demokratischen Willens des Volkes, wie er z.B. 1946 in Hessen im Volksentscheid zur Enteignung der wichtigsten Industrien und 1948 in Nordrhein-Westfalen im Gesetz zur Verstaatlichung der Schwerindustrie und zur Enteignung der reaktionären Grossindustriellen zum Ausdruck kam. Mit einer wüsten Hetze gegen die Sowjetunion, die SED versuchten sie, einen Keil zwischen die Arbeiter Ost- und Westdeutschland zu treiben.

Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer nahmen aktiv teil an der Spaltungs- und Kriegspolitik der amerikanischen und deutschen Imperialisten. Statt entsprechend dem Kampfwillen der Arbeiter wirksame Aktionen für eine friedliche, demokratische Entwicklung zu organisieren, spalteten sie die Kampfkraft der Arbeiter auf und lenkten ihren Willen in falsche Bahnen. Dabei waren sie ebenso wie die Imperialisten gezwungen, sich der Lüge, der Heuchelei und der Umkehrung von Begriffen zu bedienen. Denn ihre wirklichen Absichten wären von den Massen zurückgewiesen worden. So erklärten sie z.B., der Sozialismus sei die Forderung des Tages. Sie verhinderten jedoch den Kampf um den Sozialismus, indem sie erklärten, der Kapitalismus sei ja bereits zusammengebrochen.

Die Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der sowjetischen Besatzungszone, wo sie konsequent Schritt für Schritt die Voraussetzung schufen, um den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu beginnen, waren ihnen nicht 'sozialistisch' genug. Mit solchen Mitteln und immer stärkeren Hetzen gegen die Arbeiterklasse im Osten Deutschlands, gegen das Potsdamer Abkommen, gegen die Sowjetunion verhinderten sie die Durchführung der Forderungen der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Damit haben die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer vor der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen Nation eine grosse Schuld auf sich geladen.

Durch den Verrat der SPD- und Gewerkschaftsführer an der Einheit der deutschen Arbeiterklasse und den Interessen der Nation war es den Westmächten möglich, zielbewusst und systematisch Schritt für Schritt die Spaltung Deutschlands zu betreiben und Westdeutschland in eine Militärbasis zu verwandeln.

Es ist notwendig, dass die Mehrheit der organisierten Arbeiter Westdeutschlands erkennt, dass der Bonner Staat der Imperialisten und Kriegstreiber nicht ihr Staat ist. Eine Zusammenarbeit mit einem solchen Staat, wie sie die SPD- und DGB-Führer betreiben, bedeutet Mitverantwortung und Mitschuld an seiner verbrecherischen Politik, bedeutet Verrat an den Forderungen der Arbeiterklasse und an den Lebensinteressen der Nation. Mit solchen Führern kann die Arbeiterklasse nichts gemein haben."

c) Pressekampagne gegen die SPD

In der Linie der beiden zitierten richtungsweisenden Artikel wurde von der SED-Presse im Mai eine scharfe Hetze gegen die SPD getrieben. Im Leitartikel des SED-Zentralorganes vom 4. Mai "Der Verrat und seine Lehren" wurde u.a. ausgeführt:

"Die Führer der westdeutschen Sozialdemokratie haben den Verdunkelungsmanövern Vorschub geleistet. Sie haben nach internationalen Verhandlungen über die Wiedervereinigung gerufen und gleichzeitig mit der Bonner Regierung über den Modus der Remilitarisierung verhandelt, was sich selbstverständlich niemals miteinander vertrug. In den entscheidenden Tagen, als die Bonner Regierung unter dem Eindruck der wahren Stimmung im Lande durch innere Auseinandersetzungen geschwächt und zum Sturze reif war, haben die Führer der SPD die kraftvoll und mächtig einsetzende ausserparlamentarische Volksbewegung gegen die Pariser Verträge abgebremst und damit für Adenauer das Signal auf 'Fahrt frei' gestellt."

- 30 -

Am 28. Mai wurde im SED-Zentralorgan im Leitartikel "Die Karten auf den Tisch" u.a. erklärt:

"Dieselbe SPD-Führung, die damals die Einheit der Arbeiterklasse und damit die Demokratisierung ganz Deutschlands verhinderte, betreibt heute in Wahrheit ihren offiziellen Übergang ins Lager der deutschen Imperialisten. Seit Wochen reden präminente SPD-Führer, im krassen Widerspruch zu der Masse der SPD-Mitglieder, der offenen Zusammenarbeit mit den Bonner Militaristen das Wort. Auch in der Bundestagssitzung kam das ganz deutlich zum Ausdruck. Der Antrag der SPD-Fraktion forderte nicht etwa die Annullierung der Pariser Verträge, sondern ihre 'zeitweilige Aussetzung'. Die Fronten beginnen sich also auch in Westdeutschland immer klarer abzuzeichnen."

Zur Rundfunkrede des Parteivorsitzenden OLLENHAUER in Bayrischen Rundfunk schrieb das "Neue Deutschland" vom 6. Mai, seine Vorschläge seien im wesentlichen den Vorschlägen und Erklärungen der Sowjetregierung entnommen, die er in der Praxis "in trauter Übereinstimmung mit Adenauer immer abgelehnt" habe. In diesem Artikel, der die Überschrift trug: "Ollenhauers Politik der doppelten Buchführung" hiess es weiter:

"Entgegen seinen im Rundfunk geäußerten Erkenntnissen setzt Ollenhauer aber in der Tagespraxis unentwegt die Politik der doppelten Buchführung fort. Genau wie Adenauer schiebt er, unfähig zu eigener Initiative, alle Verantwortung zur Lösung der Deutschlandfrage den Westmächten zu, obwohl ihm bekannt ist, dass die Westmächte die Wiedervereinigung längst abgeschrieben haben. In Worten tritt er gegen die Pariser Verträge auf. In der Tat aber versichert er Adenauer immer wieder seine Bereitwilligkeit, an der Remilitarisierung mitzuarbeiten."

Im SED-Zentralorgan vom 27. Mai erschien ein Artikel "Wie die SPD-Führung ihren Verrat von 1914 vorbereitet hatte". Er begann mit folgendem Satz:

"Während sich sozialdemokratische Führer in Verdächtigungen über die Verteidigungsmassnahmen der DDR ergen, die dem Schutz der Errungenschaften der Arbeiterklasse dienen, bereiten sie immer offenkundiger ihren Übergang ins Lager des westdeutschen Militarismus durch 'sachliche Mitarbeit' an der Aufstellung der westdeutschen militaristischen Söldnerarmee vor."

- 31 -

In zwei weiteren Artikel "Was kann die SPD für die Wiedervereinigung tun?" (4. Mai) und "Was tut die SPD für die Wiedervereinigung?" (12. Mai) behauptete das SED-Zentralorgan, das "Arbeitsprogramm der sozialdemokratischen Wiedervereinigungspolitik" und das sozialdemokratische "Programm zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung" hätten lediglich den Zweck, vom Kampf gegen die Pariser Verträge und für die Wiedervereinigung abzulenken. Im erstgenannten Artikel hiess es:

"Wer Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen und parlamentarischen Körperschaften der DDR ablehnt, der hintertreibt die Normalisierung der Beziehungen und die Wiedervereinigung."

Im zweiten Artikel wurde u.a. ausgeführt:

"Es ist schwer zu erkennen, was sich der SPD-Vorstand von solchen Vorschlägen an die Adresse der Adenauer-Regierung verspricht, ohne gleichzeitig den Weg des Kampfes um ihre Durchsetzung zu beschreiten."

In SED-Zentralorgan vom 11. Mai wurden zustimmend mehrere Abschnitte aus einem Diskussionsbeitrag im "Vorwärts" vom 6. Mai (von Joachim TÜRK, Wolfenbüttel) abgedruckt und dieser Beitrag als Symptom einer "Neuorientierung" einer "schnell wachsenden grossen Zahl von Funktionären der SPD" gewertet, während über die SPD-Führung geschrieben wurde:

"Inn erhalb der oberen Führungsschicht der SPD orientiert sich eine starke Gruppe immer mehr auf solche offenen Kapitulanten wie Carlo Schmid, Kaisen, Erler, Suhr, Brandt und Genossen mit dem Ziel, der Kriegspolitik der Imperialisten in Westdeutschland eine gewisse Massenbasis zu verschaffen."

In verschiedenen Artikeln wurde geschrieben, die SPD beabsichtige zusammen mit den Unternehmern der "Zunahme kommunistischer Betriebsräte" entgegenzuwirken, damit unterstütze die SPD die "amerikanische Politik" der Unternehmer und Adenauer. Andere Stellungnahmen der SED-Pressen richteten sich gegen die Führung der Berliner SPD und gegen den Bundesvorstand des DGB.

4. Fortsetzung der totalen Militarisierung

Im Berichtsmonat stand das tägliche Leben in der Sowjetzone weiter im Zeichen der totalen Militarisierung. Davon wurde in erster Linie die Jugend betroffen und zwar die Jugendlichen in der Industrie

und Landwirtschaft, sowie die Jugend auf den Hochschulen und Universitäten. Die älteren Jahrgänge in den Betrieben, Männer sowohl wie auch Frauen, wurden hauptsächlich durch die Werbung für die Kampfgruppen und deren militärische Ausbildungskurse belästigt.

a) Verstärkte Werbung für die KVP

Die Werbung für die KVP nahm im Mai weitgehend die Form einer zwangsweisen Rekrutierung an. In allen Betrieben sowie an allen Hochschulen und Universitäten erhielten die Mitglieder der SED im Alter von 18 bis 22 Jahren die Aufforderung, in die KVP einzutreten. Wer der Aufforderung nicht Folge leistete, wurde von den Parteileitungen ständig unter Druck gesetzt. In manchen Fällen wurden die Namen in den SED-Zeitungen genannt, und wo Vorladungen ins Parteisekretariat und Aufforderungen in Mitgliederversammlungen und Funktionärssitzungen nicht zum Erfolg führten, begannen die Parteileitungen damit, den betreffenden jungen Mitgliedern Parteiaufträge zu erteilen und sie so zum Eintritt in die KVP zu zwingen.

Soweit der Funktionärsapparat des Regimes dazu ausreichte, erging auch an die anderen nicht in der SED organisierten Jugendlichen die Aufforderung zum Eintritt in die KVP. Hier wurde als Druckmittel in erster Linie die Entlassung aus dem Betrieb angewandt. Ein Teil der entlassenen Jugendlichen entschloss sich zur Flucht nach Westberlin und Westdeutschland. Aus verschiedenen Betrieben wurde berichtet, dass auch Jugendliche im Alter von 23 bis 25 Jahren, vor allem Parteimitglieder, zum Eintritt in die KVP aufgefordert wurden.

Die Aufforderung zum Eintritt in die KVP erging auch an linientreue Funktionäre in den Betrieben, Organisationen und Hochschulen, sowie an Aktivisten und andere Personen, die irgendwelche Auszeichnungen vom SED-Regime erhalten haben. Dabei wurde auf die fachliche Stellung keine Rücksicht genommen, es waren darunter leitende Ingenieure, hauptamtliche Funktionäre. Von ihnen wurde verlangt, sie sollten ein "gutes Beispiel" geben.

Von der Werbung für die KVP wurden trotz des sehr grossen Kräftemangels auf dem Lande auch die MTS, VEG, LPG und die Bauern betroffen. Obwohl z.B. die MTS schon bisher nicht genügend Traktoristen hatten, erhielten viele junge Traktoristen die Aufforderung zum Militärdienst. Die MTS-Leitungen wurden beauftragt, die Ausbildung

- 33 -

von Mädchen zu Traktoristinnen zu organisieren.

Die gesamte Rekrutierung für die KVP wurde stark gehemmt durch den allgemeinen Widerstand, der ihr von allen Betroffenen und auch der sonstigen Bevölkerung entgegengesetzt wurde.

b) Ausbau der Kampfgruppen

Zu Beginn des Berichtsmonats wurden die Kampfgruppen der SED im Rahmen der Maiveranstaltungen demonstrativ herausgestellt. Sie marschierten uniformiert an der Spitze der Umzüge. In vielen Orten waren sie bewaffnet aufmarschiert, entweder mit Gewehren oder auch Maschinenpistolen. In den Kampfgruppen waren Männer und Frauen vertreten. Die SED hatte diese Aufmärsche ausdrücklich als Auftakt für eine allgemeine Verstärkung der Kampfgruppen bezeichnet. In den Veranstaltungen zum "Tag der Befreiung" am 8. Mai wurden die Kampfgruppen ebenfalls besonders herausgestellt. Während des ganzen Monats waren die SED-Leitungen bemüht, die Kampfgruppen aufzufüllen und den Ausbildungsbetrieb in Gang zu bringen. Zur Ausbildung gehörten Geländemärsche, Exerzieren und Schiessen.

Die Ausrüstung mit Schusswaffen war völlig uneinheitlich. Einige Kampfgruppen in Schwerpunktbetrieben erhielten Maschinenpistolen, andere hatten dagegen nur Gewehre, Pistolen oder Kleinkalibergewehre.

An SED-Mitglieder wurden in vielen Fällen Parteiaufträge zum Eintritt in die Kampfgruppen erteilt. In grösserem Umfange wurden aber auch Nichtmitglieder zum Dienst in den Kampfgruppen aufgefordert. Diese Massnahmen brachten eine beträchtliche Unruhe in die Betriebe und der Widerstand war sehr heftig. In keinem Betrieb wurde die Sollstärke der Kampfgruppen erreicht und selbst in den Schwerpunktbetrieben hatten die Kampfgruppen am Ende des Berichtsmonates nur einen Bruchteil der geplanten Stärke erlangt.

c) Militärische Ausbildung in der GST

Gleichzeitig neben der Rekrutierung für die KVP und der Auffüllung der Kampfgruppen betrieb die SED die Erfassung der Jugendlichen zu militärischen Ausbildungskursen in der Gesellschaft für Sport und Technik (GST). In vielen Orten wurden im Mai für die Einheiten der GST Uniformen eingeführt. Uniformierte Einheiten der GST waren auch bei den Aufmärschen am 1. und 8. Mai beteiligt.

- 34 -

Bei der Werbung für die GST wurde ebenfalls mit starken politischen Druckmitteln gearbeitet. Hauptgewicht legte die SED auf die Erfassung aller Jugendlichen, die nicht unmittelbar zum Dienst in der KVP aufgefordert wurden. Der Widerstand gegen die Ausbildung in der GST war jedoch unter den Jugendlichen nicht geringer als gegen den Eintritt in die KVP.

Zur militärischen Ausbildung in der GST wurden auch die Mädchen aufgefordert. Die Ausbildung im Schiessen wird von jedem Jugendlichen gefordert. Daneben wurde aber noch die Teilnahme an anderen Lehrgängen verlangt, wie Fallschirmsprung, Navigation und Nachrichtenwesen.

5. Die Veranstaltungen zum 1. Mai

Unter der zentralen Parole "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung" standen die Veranstaltungen zum 1. Mai in der Sowjetzone. (Über den Aufruf des SED/ZK zum 1. Mai und die '82 vom ZK bekanntgegebenen Parolen war schon im Monatsbericht für April berichtet worden).

Am Vorabend des 1. Mai wurden im Rahmen von Feierstunden in VE-Betrieben und Verwaltungen verschiedene Auszeichnungen verliehen. Siebzehn Werkleiter, Aktivisten und andere Funktionäre erhielten den Orden "Banner der Arbeit". Andere Aktivisten erhielten die Medaille "Für ausgezeichnete Leistungen" und verschiedene Brigaden wurden mit dem Titel "Brigade der ausgezeichneten Qualität" ausgezeichnet.

Am 1. Mai fanden die üblichen Zwangsaufmärsche statt. Die Teilnahme wurde von den Leitungen der Organisationen und von betrieblichen Organen kontrolliert.

Auf Anordnung des ZK marschierten die Kampfgruppen in Uniform an der Spitze der Belegschaftszüge. Die Leitungen der SED waren auch darum bemüht, die GST durch uniformierte und **gewaffnete Gruppen besonders stark** in Erscheinung treten zu lassen. Die Veranstaltungen sollten nach dem Willen des Regimes betont im Zeichen der sowjetischen Militarisierung stehen und das war auch tatsächlich der Fall. In den grossen Städten waren auch die KVP und die sogenannte "Hilfspolizei" (in Zivil mit roter Armbinde) mit starken Formationen beteiligt.

- 35 -

Die Hauptveranstaltungen bestanden in den Städten in einem Vorbeimarsch vor den leitenden Funktionären auf den Tribünen. Dabei wurden vorwiegend von den Kapellen Militärmärsche gespielt und zwischendurch über Lautsprecher Zahlen von Eintritt in die KVP und die GST bekanntgegeben.

In Leipzig waren neben den Kampfgruppen, die an der Spitze der Belegschaften marschierten, am Aufmarsch drei Hundertschaften der KVP, acht Hundertschaften der "Hilfspolizei" und 15 Hundertschaften der GST beteiligt. Die letzteren trugen zum grössten Teil Kleinkalibergewehre, einige Hundertschaften bestanden aus Motorradstaffeln, Hundeführerstaffeln und technischen Gruppen. Auch in allen anderen Orten hatten die Aufmärsche ein militaristisches Gepräge.

Am Abend des 1. Mai fanden Volksfeste und andere unterhaltende Veranstaltungen statt. Sie standen jedoch mehr oder weniger im Zeichen der Versorgungskrise. Das Angebot an Speisen und Getränken war geringer und schlechter als im Vorjahr.

Die SED behauptet, an den Mai-Veranstaltungen in der Sowjetzone hätten 264 "Delegationen" aus Westdeutschland teilgenommen. Besonders erwähnt wurden Delegationen aus den Hüttenwerken Thyssen und Phönix (Duisburg-Hamborn), die in StalinStadt beim Aufmarsch der Belegschaft des Eisenhüttenkombinats J.W. Stalin herausgestellt wurden.

Aus der UdSSR war zum 1. Mai eine Abordnung der sowjetischen "Gewerkschaften" erschienen.

Die Beteiligung an den Aufmärschen war allgemein ebenso stark wie in den Vorjahren, doch konnte sie niemals weniger ein Gradmesser für die Einstellung der Bevölkerung sein wie am diesjährigen 1. Mai, der in erster Linie eine Propagandaveranstaltung für die sowjetzonale Aufrüstung war. Denn gegen diese Aufrüstung wurde allgemein heftiger Widerstand geleistet. Der Umfang der Beteiligung entsprach genau dem Ausmass der ausgeübten Kontrolle. Von der Beteiligung war z.B. die Lohnzahlung für diesen Tag abhängig.

In der gesamten SED-Presse erschien zum 1. Mai ein Artikel von GROTEWOHL. Darin wurde behauptet, die DDR sei nach der Annahme der Pariser Verträge vom Westen her militärisch bedroht, wil die Imperialisten die Absicht hätten, den sozialistischen Aufbau zu zerstören.

- 36 -

U.a. wurde dazu gesagt:

"... dass die DDR ein untrennbarer Bestandteil des grossen Lagers des Friedens, das unter der Führung der Sowjetunion unbesiegbar geworden ist, ist. Die Werktätigen der DDR sind bereit - und dafür demonstrieren sie am 1. Mai - zum grossen friedlichen Aufbauwerk, sie sind aber auch bereit, zu den Waffen zu greifen, um jeden Anschlag der Militaristen auf ihr Werk und ihre Errungenschaften mit einer vernichtenden Abfuhr zu begegnen.

Wir rufen die Jugend auf, sich im Gebrauch der Waffen zu üben.

Wir rufen die Arbeiter der volkseigenen Betriebe auf, sich auf den bewaffneten Schutz ihrer Betriebe vorzubereiten."

Auf diese Linie waren auch alle sonstigen Veröffentlichungen zum 1. Mai, die Sichtwerbung und die mitgeführten Transparente in erster Linie ausgerichtet.

6. Kampagne zum "Tag der Befreiung" am 8. Mai

Der diesjährige "Tag der Befreiung" am 8. Mai wurde in grösserem Stil begangen als in den Vorjahren. Er stand völlig in Zeichen der angestrebten totalen Militarisierung in der Sowjetzone und der von der SED stark propagierten militärischen Einheit mit dem Sowjetblock.

a) Delegationen aus allen Ländern des Sowjetblocks

Aus allen Ländern des Sowjetblocks waren Regierungsdelegationen erschienen, denen vorwiegend Militärs und Minister der Schwerindustrie angehörten. Die Delegation der Sowjetregierung stand unter der Leitung von M.G. PERWUCHIN, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR. Der Delegation gehörten weiter u.a. Marschall SHUKOW, Minister für Verteidigung der UdSSR, und N.M. PEGOW, Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets, an.

Zur Regierungsdelegation der kommunistischen Regierung Chinas gehörten der Minister für Landesverteidigung, Peng The-huai (Früher Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen im Korea-Krieg) und der stellvertretende Minister für Schwerindustrie. Bei der Delegation der kommunistischen Regierung in Polen befand sich der Stellvertreter

- 37 -

des Ministers für Verteidigung.

b) Die Veranstaltungen

Am Vorabend des 8. Mai fand in Ostberlin ein Fackelzug der FDJ statt. Am gleichen Abend veranstaltete die Sowjetzonenregierung in der ostberliner Staatsoper einen Staatsakt. In Präsidium dieser Veranstaltung hatten PERWUCHIN, SHUKOW und PEG THE-Huai Platz genommen. Als erster Redner sprach GROTEWOHL.

Eine weitere Ansprache hielt PERWUCHIN. Nach ihm hielt Peng The-huai eine kurze Rede. Dann folgen Begrüssungen durch die Vertreter der anderen Delegationen aus dem Sowjetblock.

Am 8. Mai fand in Ostberlin auf dem Marx-Engels-Platz (Lustgarten) ein Aufmarsch der Kampfgruppen, Betriebe und Organisationen statt. Dort hielten PERWUCHIN, ULBRICHT und die Delegationsleiter aus Warschau und Prag kurze Ansprachen. Solche Aufmärsche wurden auch in allen anderen Städten der Sowjetzone durchgeführt. Ausserdem fanden Kranzniederlegungen an den sowjetischen Ehrenmalen statt.

In Ostberlin hatte am Vorabend ausserdem eine Festsetzung des kommunistischen Magistrats stattgefunden, in der ULBRICHT und MARON Ansprachen hielten. Anwesend war auch der 1945 vom sowjetischen Kommandanten als erster Nachkriegsbürgermeister von Berlin eingesetzte Prof. Dr. WERNER. Der gegenwärtige ostberliner Oberbürgermeister Friedrich EBERT überreichte an 36 Personen Ehrenbürgerurkunden. Es handelte sich hauptsächlich um kommunistische Funktionäre, die in der ersten kommunistischen Stadtverwaltung eine Rolle gespielt hatten. Darunter befinden sich u.a. ULBRICHT, MARON, Arthur PIECK, WINZER, JENDRETZKY, GESCHKE, SCHLIMME und OELOPP.

7) Die Erklärungen von PERWUCHIN und SHUKOW in Ostberlin

Der sowjetische Delegationsführer PERWUCHIN erklärte im Rahmen des Staatsaktes am 7. Mai in Ostberlin u.a.:

- 38 -

"DDR und Westdeutschland"

Nach Beendigung des Krieges bildeten sich im Nachkriegsdeutschland klar zwei einander entgegengesetzte politische Linien heraus.

Die Sowjetunion trat und tritt konsequent für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands ein.

Die Politik der Westmächte dagegen ist auf die Wiederherstellung des deutschen Militarismus und auf die Einbeziehung Deutschlands in militärische Gruppierungen der Westmächte, d.h. auf die Spaltung des Landes, gerichtet.

Diese zwei Linien bestimmen das unterschiedliche Herangehen an die Lösung der Deutschlandfrage.

Die Lösung der Deutschlandfrage wurde durch Verschulden der imperialistischen Kreise der Westmächte verzögert, die offen gegen die Schaffung eines einheitlichen, wahrhaft demokratischen, friedliebenden Deutschlands auftreten.

Die Sowjetunion ist und bleibt ihren internationalen Verpflichtungen treu, und sie hat im Hinblick auf die ureigensten Interessen des deutschen Volkes dazu beigetragen, demokratische Umgestaltungen im östlichen Teil Deutschlands zu vollziehen. Die Gründung der DDR leitete eine neue Epoche in der Geschichte Deutschlands, in dem grossen Kampf für die Freiheit und die wahrhaft demokratischen Rechte des deutschen Volkes ein.

Die DDR verkörpert die demokratischen Ideale, von denen die grossen Männer Deutschlands träumten.

Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands nahm in der DDR das deutsche Volk die Macht in seine Hände und stellte an das Steuer des Staates seine Vertreter - Arbeiter, Bauern, die fortschrittliche Intelligenz."

In seinen weiteren Ausführungen behauptete PERWUCHIN, die Wirtschaftspolitik in der Sowjetzone diene ausschliesslich den Interessen der Werktätigen, dort würde der Sozialismus aufgebaut,

- 39 -

dieser Aufbau vollziehe sich jedoch unter den Bedingungen der Spaltung und sei deshalb mit Disproportionen und Schwierigkeiten verbunden. Wörtlich sagte er dazu:

Wirtschaftslage in der DDR

"Man darf jedoch nicht vergessen, dass sich die Volkswirtschaft der DDR unter den Bedingungen der Spaltung Deutschlands und der Verletzung seit alters bestehender ökonomischer Beziehungen zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil des Landes entwickelt, wobei sie den Widerstand der inneren und äusseren Feinde der neuen Staatsordnung zu überwinden hat.

Hieraus ergeben sich bestimmte Disproportionen in der Volkswirtschaft und bestimmte Schwierigkeiten in der ökonomischen Entwicklung des Landes. Die Regierung der DDR richtet die Bemühungen der Werktätigen auf die rascheste Beseitigung dieser Disproportionen und auf die Sicherung eines stetigen Aufstiegs der Wirtschaft ihres Staates."

Weiter behauptete PERWUCHIN, dass Vertrauen und die Unterstützung der Volksmassen mache das SED-Regime unerschütterlich. Er sagte u.a.:

Perspektiven des SED-Regimes

"Die Macht der Arbeiter und Bauern in den Ländern der Volkdemokratie ist fest und unerschütterlich. In der DDR wie auch in anderen demokratischen Ländern wird diese Macht von allen fortschrittlichen Kräften des Landes unterstützt. Die Werktätigen Deutschlands sehen mit aller Klarheit, dass die Regierung der DDR die Bemühungen des Volkes auf den steten Aufschwung der Volkswirtschaft und auf die Entwicklung der nationalen Kultur im Interesse des Volkes richtet. Deshalb bestehen keine Zweifel daran, dass die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und alle Werktätigen der DDR alles tun werden, um ihren Staat ständig zu festigen."

Zur Frage der Wiedervereinigung machte PERWUCHIN u.a. folgende Ausführungen:

Fragen der Wiedervereinigung

"Die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage wird von den militaristischen Kreisen Westdeutschlands verhindert, die zu beweisen versuchen, dass die Militarisierung

- 40 -

Westdeutschlands und sein Eintritt in aggressive militärische Gruppierungen die Wiedervereinigung Deutschlands angeblich nicht behindern werden. In Wirklichkeit jedoch ist es nicht möglich, die friedliebende DDR mit dem militaristischen Westdeutschland zu vereinigen.

Die Interessen der Sicherheit Europas sind sowohl dem Sowjetvolk als auch dem deutschen Volk teuer. Eben deshalb tritt die Sowjetunion als unversöhnlicher Gegner der Militarisierung Deutschlands auf und ist bestrebt, die Entwicklung Deutschlands als einheitlicher, unabhängiger, friedliebender und demokratischer Staat zu gewährleisten. Von dieser Position wird die Sowjetunion auch in Zukunft bei der Regelung der Deutschlandfrage ausgehen.

Ein dauerhafter Frieden in Europa kann nur durch ein System der kollektiven Sicherheit aller europäischen Staaten gewährleistet werden, unabhängig von der Unterschiedlichkeit ihres gesellschaftlichen und staatlichen Aufbaus, unter Beteiligung beider Teile Deutschlands und später auch des vereinigten Deutschlands.

Das Beispiel der österreichisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau hat anschaulich bewiesen, dass eine Lösung strittiger internationaler Fragen auf dem Wege solcher Verhandlungen möglich ist, bei denen die interessierten Seiten in der Tat ein Übereinkommen anstreben und guten Willen zeigen. Dies wird immer mehr von denjenigen Politikern Westdeutschlands begriffen, die auf dem Boden der Tatsachen stehen. Sie sehen, welche günstige Perspektiven sich für die Lösung der Deutschlandfrage eröffnen könnten, wenn die herrschenden Kreise Westdeutschlands statt einer Politik der Remilitarisierung Deutschlands eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern, eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage betreiben würden.

Beziehungen UdSSR - Westdeutschland

Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang die Bemühungen westdeutscher Geschäftskreise, Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion herzustellen. Diese vernünftigen Bemühungen finden ebenso wie der Wunsch nach kulturellen Verbindungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland gebührendes Verständnis seitens der Sowjetunion."

- 41 -

Über die Rolle der DDR im Kampf gegen die Pariser Verträge und in der Frage der Wiedervereinigung führte PERWUCHIN aus:

Der weitere Kampf gegen die Pariser Verträge

"Wer da glaubt, mit einer formalen Billigung der Pariser Verträge durch den westdeutschen Bundestag und dazu noch entgegen dem Willen eines bedeutenden Teils seiner Abgeordneten die Angelegenheiten erledigt zu haben, der befindet sich in einem schweren Irrtum.

Der Kampf der westdeutschen Bevölkerung gegen diese Verträge wird von den breiten Volksmassen in der DDR unterstützt.

Die deutschen Patrioten sind sich dessen bewusst, dass der Bruch mit der Politik der aggressiven militärischen Blöcke in erster Linie durch die Anstrengungen des deutschen Volkes selbst erreicht werden kann. Die DDR ist der wichtigste Faktor in dem gerechten nationalen Kampf des deutschen Volkes für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Werktätigen der DDR kämpfen für die Schaffung der Aktionseinheit aller friedliebenden demokratischen Kräfte Ost- und Westdeutschlands. Die Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland im Kampf für die nationalen Interessen wird von entscheidender Bedeutung für die Regelung der Deutschlandfrage sein."

Zum Abschluss seiner Ansprache erklärte der sowjetische Delegationsführer:

Verhältnis. DDR-Sowjetblock

"Es freut uns zu wissen, dass die DDR einen festen Platz in der Familie der demokratischen friedliebenden Länder eingenommen hat. Seit der Gründung der DDR basieren die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR auf den Grundsätzen der Freundschaft, der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens.

Wir sind überzeugt, dass sich diese Beziehungen auch weiterhin erfolgreich entwickeln werden zum Wohl unserer Völker, im Interesse der Gewährleistung des dauerhaften

- 42 -

Friedens und der Sicherheit in Europa und in der gesamten Welt.

Es lebe die DDR, das zuverlässige Bollwerk des Kampfes für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands."

In seiner kurzen Ansprache auf dem Marx-Engels-Platz in Ostberlin hob PERWUCHIN hervor, die Sowjetregierung zähle die DDR zu ihren "trauen Freunden" und begrüße die Entwicklung in der Sowjetzone, die SED vereine "alle fortschrittlichen Kräfte des Volkes" und die Sowjetregierung sei davon überzeugt, dass es den Werktätigen der DDR und den "fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland" gelingen werde, ein einheitliches und friedliches Deutschland zu schaffen. Diese Erwartung begründete er mit folgendem Satz:

"Mit jedem Tag wird es allen ehrlichen Deutschen immer klarer, dass die DDR die wirkliche Verfechterin der ureigensten Interessen des deutschen Volkes ist."

PERWUCHIN besuchte nach dem 8. Mai verschiedene Orte der Sowjetzone und machte u.a. eigen Besuch im Leuna-Werk, in einem Magdeburger Grossbetrieb, bei einer MTS in Königsborn bei Magdeburg und der LPG "Thomas Münzer" in Wahlitz.

Erklärungen SHUKOWs

In der sowjetamtlichen "Täglichen Rundschau" vom 10. Mai 1955 erschien ein Artikel von Marschall SHUKOW unter dem Titel "Der zehnte Jahrestag des grossen Sieges". Darin wurde behauptet, die UdSSR habe aus eigener Kraft den Hitlerfaschismus militärisch vernichtet, während die Westmächte versucht hätten, die Naziaggression gegen die Sowjetunion zu lenken. Dafür hätten die Westmächte "die Bitterkeit der Niederlage" erfahren - so behauptete SHUKOW weiter - und "erst der siegreiche Kampf der Sowjetunion änderte die Situation grundlegend und rettete England und Frankreich vor der faschistischen Versklavung".

Die Situation nach Kriegsende stellte SHUKOW in folgender Weise dar:

- 43 -

"Sobald aber die Gefahr beseitigt war, die ihnen in Kriege von seiten des faschistischen Blocks drohte, richteten unsere Koalitionspartner ihre Politik gegen die Sowjetunion und gegen jene Länder, deren Völker nach ihrer Befreiung vom faschistischen Joch ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen und ihr Leben auf neu Art aufzubauen begannen.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands, die be fürchteten, auch andere Völker der kapitalistischen Welt könnten dem Beispiel der Völker dieser Länder folgen, nahmen ganz offen Kurs auf die Beseitigung der demokratischen Freiheiten in allen Staaten, die in ihrem Einflussbereich geblieben waren. Zugleich begannen sie mit der Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratien.

Diese Politik der imperialistischen Kreise der USA und Englands brachte die Welt in einen Zustand internationaler Spannung und so tauchte die Gefahr eines neuen Weltkrieges auf."

Weiter behauptete SHUKOW, die Aufnahme Westdeutschlands in die Nato sei ein Teil der Kreisvorbereitungen gegen den Sowjetblock und die Ratifizierung der Pariser Verträge zwinge zu abwehrmassnahmen.

8) GROTEWOHL und ULBRICHT über die Wiedervereinigung und Westberlin

Im Rahmen des Staatsaktes am 7. Mai entwickelte GROTEWOHL im wesentlichen die gleiche Linie, die auch in der Ansprache von PERWUCHIN festzustellen war. Seine Rede unterschied sich hauptsächlich nur durch die zusätzliche Angabe einer Reihe für die Öffentlichkeit bestimmter Zahlen, die dazu dienen sollten, die angeblichen Erfolge auf den Gebieten der Produktion, des Lebensstandards und der kulturellen Entwicklung in der Sowjetzone zu beweisen.

Auf die Frage der Wiedervereinigung eingehend, verwies GROTEWOHL auf die Entwicklung in Österreich und führte weiter aus:

- 44 -

Das Wiedervereinigungsprogramm der SED

"Auch die Lösung des Deutschlandsproblems auf dieser Basis (keine Bindung an westliche Militätpakte), ist möglich, wenn von uns alle Bedingungen dazu geschaffen werden, d.h. für Westdeutschland: Die Durchführung einer selbständigen Politik und die Beseitigung der Pariser Verträge.

Die DDR mobilisiert das ganze deutsche Volk für die Erfüllung und Durchführung einer solchen Politik. Sie ist sich dabei ihrer grossen nationalen Verantwortung bewusst, aus der für sie die Aufgabe erwächst, das Bollwerk gegen das weitere Vordringen der deutschen und amerikanischen Imperialisten zu verteidigen.

Nur eine friedliche Politik wird dem deutschen Volke eine glückliche und friedliche Zukunft garantieren.

Der Weg dahin führt über die Prinzipien, die allein Grundlage für das deutsche Gespräch sind und bleiben werden, weil sie den Frieden bewahren können.

Diese Prinzipien sind:

1. Annullierung der Pariser Verträge als Voraussetzung der Wiedervereinigung Deutschlands.
2. Sofortige Herbeiführung der Verständigung zwischen beiden Teilen Deutschlands zur Beseitigung des Militarismus und zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung.
3. Gemeinsame Forderungen beider Teile Deutschlands an die vier Grossmächte auf beschleunigten Abschluss eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen.
4. Schaffung einer ständigen Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Prüfung aller übrigen Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit.

Das sind Voraussetzungen für Entspannung und Verständigung. Wenn demgegenüber aber die amerikanischen und westdeutschen Militaristen es wagen sollten, ihre aggressiven Absichten in die Tat umzusetzen, werden sie sehen, dass ihr erster Schritt dazu der Schritt zu ihrem Untergang ist.

Die DDR wird im Interesse ihrer Sicherheit alle beschlossenen Massnahmen durchführen. Sie wird die Kasernierte Volkspolizei zu einem wirksamen Instrument der Abwehr jedweder Aggression

- 45 -

entwickeln. Die Arbeiter und die Jugend in den Betrieben schliessen sich gegenwärtig zu Kampfgruppen zusammen und bilden sich auf militärischem Gebiet aus."

In der Ansprache ULBRICHTs beim Aufmarsch auf dem Marx-Engels-Platz standen ebenfalls die Militarisierungsmassnahmen in der Sowjetzone im Mittelpunkt. ULBRICHT erklärte, die Annahme der Pariser Verträge habe eine "neue Lage" geschaffen und mache es notwendig, "die DDR zu einer starken Bastion des Kampfes um die Sicherung des Friedens und für ein einiges demokratisches und friedliebendes Deutschland zu machen".

Über Westberlin sagte ULBRICHT in diesem Zusammenhang:

"Und wenn die Westberliner Militaristen Provokationen versuchen sollten, dann werden sie die Fäuste und die Waffen der Kampfgruppen und der Arbeiter unserer volkseigenen Berliner Betriebe zu spüren bekommen."

Zur Frage der Wiedervereinigung erklärte ULBRICHT u.a.:

"Das österreichische Beispiel zeigt die Richtung, in der auch eine Lösung der deutschen Frage möglich ist. Es ist also notwendig, vorallem eine von den USA unabhängige deutscheussenpolitik zu erzwingen."

An die westdeutsche Sozialdemokratie gewandt, machte ULBRICHT folgende Ausführungen:

Wiedervereinigung und SPD

"Die Sozialdemokratie in Westdeutschland spricht von Wiedervereinigung, aber sie sagt nicht, was sie in Westdeutschland zu tun gedenkt, um die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu schaffen. Wir fragen den Parteivorstand der SPD: Was wollt Ihr für ein Deutschland? Wollt ihr ein friedliebendes, demokratisches Deutschland? Wenn ihr das wollt, dann ist es doch vor allem notwendig, die in der Paulskirche begonnene Bewegung gegen die Pariser Verträge und gegen die Remilitarisierung zu entfachen, um alle Volkskräfte gegen die Herrschaft der Militaristen in Westdeutschland in den Kampf zu führen! Der Kampf gegen den Militarismus in Westdeutschland ist zweifellos ein harter Kampf, der gut organisiert werden muss.

- 46 -

Es ist nicht richtig, wenn Gewerkschaftsfunktionäre erklären: Wir stehen in Westdeutschland wieder wie vor 1933. Zweifellos wollen die westdeutschen Militaristen den Weg von 1933 wiederholen. Aber diesmal haben die Kräfte des Friedens und der Demokratie eine starke Bastion in der DDR. Und die DDR ist brüderlich verbunden mit der mächtigen Sowjetunion und den Staaten des sozialistischen und demokratischen Lagers. Deshalb bestehen alle Aussichten, den Militarismus in Westdeutschland zu isolieren und zurückzuschlagen, wenn sich die deutsche Arbeiterklasse einig ist und der Zusammenschluss aller Friedenskräfte erfolgt."

Auf der Festsitzung des ostberliner Magistrats am 7. Mai beschäftigte sich ULDRICHT in seiner Ansprache hauptsächlich mit der Entwicklung Berlins. Er behauptete, die westberliner SPD habe bei den amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden Schutz gesucht und mitgeholfen in Westberlin wieder die alten politischen Machtverhältnisse herzustellen. Er sagte wörtlich: Die rechten sozialdemokratischen Führer seien auf die Seite der Amerikaner übergegangen und der Reuter-Magistrat hätte den grosskapitalistischen Kreisen eine Konzession nach der anderen gemacht. Dann fuhr er fort:

Über Westberlin

"Heute nach zehn Jahren ist es so weit gekommen, dass in Westberlin die gleichen Kräfte, die mit verantwortlich sind für den Hitlerkrieg - solche Konzern - und Bankherren wie Spennrath, Dr. Ernst und Konsorten - die Macht in den Händen haben. Im Zusammenhang mit der Durchführung der Pariser Kriegsverträge suchen die Machthaber der USA und die Bonner Regierung, Westberlin zum Zentrum von Verbrechen und militaristischen Provokationen gegen die DDR zu machen. Die Kriegstreiber lassen der Bevölkerung in Westberlin keine Ruhe. Es ist selbstverständlich, dass die Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR wirkungsvolle Gegenmassnahmen durchführt.

Wie kann man die jetzige Situation in Westberlin ändern? Eine Änderung der Lage in Berlin ist nur möglich, indem der Kampf gegen die Durchführung der Pariser Kriegsverträge in Westdeutschland und Westberlin geführt wird.

Die Kriegstreiber suchen entsprechend ihren allgemeinen Plänen Westberlin zu einem Zentrum der Verbrechenstätigkeit und militaristischen Provokationen gegen die DDR zu machen.

- 47 -

Solange sich die westberliner Arbeiter und Werktätigen nicht gegen diese verbrecherische Tätigkeit in Westberlin wenden, werden sie unvermeidlich selbst den Schaden von diesen Verbrechen haben.

Eine Wendung der Lage in Berlin kann nur herbeigeführt werden durch die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter, durch die Zusammenarbeit der Gewerkschafter, der sozialdemokratisch organisierten Werktätigen mit den Mitgliedern der SED und durch das aktive Auftreten aller friedliebenden Bürger in Berlin. Die Koalitionspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer ist das grösste Unglück, denn sie bedeutet, dass sich die sozialdemokratische Partei in Westberlin im Schlepptau der Adenauer-Regierung befindet. Die Beseitigung der Koalition und das selbständige Auftreten der Sozialdemokratie, die in Westberlin die Mehrheit hat, würde die Kräfte der Werktätigen verstärken und dem Vormarsch der Reaktion in Westberlin ein Ende machen."

Von ULBRICHT erschien am 7. Mai ein grundlegender Artikel unter dem Titel: Zehn Jahre Kampf um ein einiges, friedliebendes, demokratisches Deutschland.

So weit sich dieser Artikel mit der Sozialdemokratie beschäftigte, was vorwiegend der Fall war, wurde er im Abschnitt 3 dieses Monatsberichts bereits behandelt. Neben den Ausführungen über die SPD enthält ULBRICHTs Artikel im wesentlichen Ausführungen über die sogenannten sozialen Errungenschaften und wirtschaftlichen Erfolge des SED-Regimes. Weiter bezeichnete ULBRICHT in diesem Artikel die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als eine nationale Lebensbedingung des deutschen Volkes.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch eine längere Veröffentlichung der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda unter dem Titel "8. Mai - Tag der Befreiung", die bereits Ende April erfolgte und der propagandistischen Vorbereitung der Kampagne zum 8. Mai diente. Für die Linie dieser Veröffentlichung ist die Gliederung in folgende Abschnitte bezeichnend:

- "I. Die historische Unvermeidlichkeit der Niederlage des deutschen Imperialismus.
- II. Der 8. Mai 1945 - Beginn eines neuen Lebens in Deutschland.

- 48 -

III. Der 8. Mai 1955 - Kampftag gegen die Pariser Verträge."

Der Inhalt entsprach im wesentlichen den Reden, die am 7. und 8. Mai von PERWUCHIN, ULBRICHT und GROTEWOHL gehalten wurden.

9. Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens an 441

Funktionäre

Am 6. Mai 1955 wurde an 441 Funktionäre des SED-Regimes der Vaterländische Verdienstorden verliehen, "als Zeichen der Anerkennung überragender, ausserordentlicher und hervorragender Verdienste oder hervorragender Leistungen im Kampf gegen den Faschismus beim Aufbau und der Festigung der DDR". Den Orden in Gold erhielten im Schloss Niederschönhausen von PIECK überreicht die folgenden neun Funktionäre:

MATERN,	SCHIRDEWAN,
OELSSNER,	LEUSCHNER,
WANDEL,	MARON,
SCHLIMME,	WINZER
DUCHWITZ.	

Der Orden in Silber wurde verliehen an 124 und der Orden in Bronze an 30 8 Funktionäre. Bei diesen Gruppen von Ausgezeichneten handelt es sich bis auf ganz wenige Ausnahmen um kommunistische Funktionäre aus den Partei - und Staatsapparat.

Nur eine ganz geringe Zahl der neuen Ordensträger sind Funktionäre von Satellitenparteien. Sämtliche Namen wurden in der SED-Presse mit Angabe der Funktionen veröffentlicht.

10. Infiltrationsversuche in Westdeutschland und Westberlin

a) Delegationen und Kinderferienlager

Für den 1. Mai hatte die SED einen besonders umfangreichen Austausch von Delegationen propagiert. In der Sowjetzone sollen am 1. Mai nach den Behauptungen der SED 265 Delegationen aus Westdeutschland anwesend gewesen sein, die an den noch verschiedene Orte und Betriebe besucht haben sollen, bevor sie zurückkehrten.

- 49 -

Die SED-Presse berichtete Ende Mai über einen Besuch von 18 Mitgliedern der IG-Bergbau des DGB aus dem Ruhrgebiet im Braunkohlenkombinat Böhlen. Von FDGB im Senftenberger Braunkohlenrevier sollen 500 westdeutsche Kinder, vorwiegend aus dem Ruhrgebiet, zum kostenlosen Ferienaufenthalt in Ferienlagern eingeladen worden sein. Von der kommunistischen "Arbeitsgemeinschaft für die Ferienschickung" wurden im Mai weitere Vorbereitungen für die Verschickung westdeutscher Kinder zum Ferienaufenthalt in der Zone während der grossen Ferien getroffen.

Eine Delegation des kommunistischen Kleinbauernverbandes in Finnland mit 20 Teilnehmern machte im Mai eine Rundreise durch verschiedene Gebiete der Sowjetzone.

Eine westdeutsche Delegation mit 13 Teilnehmern - Bergarbeiter und Angehörige des Mittelstandes - wurden Ende April von der Sowjetzone zu einem Besuch in Polen weitergeleitet, wo sie sich etwa drei Wochen aufhielt. Die Militärmission der "Volksrepublik Polen" in Ostberlin hat im Mai auf Anfragen bekanntgegeben, dass sie Anträge auf Verwandtenbesuche in Polen (bezw. in den deutschen Ostgebieten) entgegennimmt.

Im SED-Funktionärsorgan "Neuer Weg" wurde als "gutes Beispiel" die Westarbeit der Nationalen Front, in Coschütz Krs. Reichenberg geschildert. Danach bestehen "feste Verbindungen" mit der Bevölkerung im westdeutschen Ort Uttingen. Es hiess u.a.: Jeder zweite Einwohner in Coschütz hat feste briefliche Verbindungen, der Bauer mit dem Bauer, die Lehrerin mit ihrer Berufskollegin, der Geschäftsmann, Handwerker, Arbeiter usw. mit seinesgleichen in Uttingen.

Zur Einweihung des Kulturhauses in Coschütz wurden 60 Einwohner aus Uttingen eingeladen.

b) "Komitee für deutsche Genossenschaftssolidarität"

An der Konferenz der sowjetzonalen Konsumgenossenschaften in Leipzig vom 13. bis 15. Mai sollen 500 Genossenschaften aus Westdeutschland teilgenommen haben. Zusammen mit diesen westdeutschen Genossenschaftlern wurde nach der Tagung der sowjetzonalen Konsumgenossenschaften eine "Gesamtdeutsche Konferenz der Konsumgenossenschaften" durchgeführt,

- 50 -

auf der ein "Komitee für deutsche Genossenschaftssolidarität" konstituiert wurde.

c) Kommunistische Aktionen in Westberlin

Am 19. Mai veranstaltete die SED in Westberlin eine sogenannte "Gesamtberliner Begegnung". Sie bestand darin, dass 800 Personen zu einer Dampferfahrt eingeladen worden waren, die zu einem Versammlungsort "in einem westberliner Aussenbezirk" führte, wo dann einige Funktionäre Ansprachen hielten. Weiter wurde die Bildung eines "Komitees zur Vorbereitung einer Volksbefragung in West-Berlin" bekanntgegeben. Das "Komitee für Vorbereitung der Gesamtberliner Begegnung" wurde am 26. Mai in "Komitee für Verständigung aller Gegner der Pariser Verträge" umgebildet.

d) Propaganda für Übersiedlung und Rückwanderung in die DDR

Im Mai brachte die SED-Presse erneut eine Reihe von Berichten über die Zuwanderung und Rückwanderung aus Westdeutschland in die Sowjetzone. Danach sind im Bezirk Magdeburg in den ersten vier Monaten rund 2 000 Flüchtlinge zurückgekehrt und 1 400 Westdeutsche übersiedelt. In die Kreise Bad Doberan, Greifswald, Rostock, Stralsund und Wismar sollen allein im Monat April 240 Flüchtlinge zurückgekehrt sein. In Bezirk Dresden sind angeblich im April 500 und in den Kreisen Gadebusch, Ludwigslust und Schwerin 91 Personen aus Westdeutschland übersiedelt. Im Bezirk Gera sollen von Januar bis April 1955 aus Westdeutschland 1 328 Personen, darunter 443 Jugendliche zugezogen sein.

Die Zuwanderer erhielten je erwachsene Person 1 000 Ostmark zinslosen Kredit auf vier Jahre, Wohnraum und Arbeitsplätze. Besonders über die bevorzugte Zuweisung von Wohnraum herrscht in den betreffenden Orten unter der Bevölkerung grosse Unzufriedenheit. Die Rückkehrer erhielten nur ein Überbrückungsgeld von 50 Ostmark, zinslose Kredite jedoch nur in ganz seltenen Fällen.

11. Strassenbenutzungsgebühren und Reiseverkehr

Am 20. Mai fand auf Ersuchen der westlichen Hohen Kommissare eine Besprechung mit dem Hohen Kommissar der UdSSR, Botschafter PUSCHKIN über die Frage der Zuständigkeit für die Erhöhung der

- 51 -

Strassengebühren statt, in der PUSCHKIN erklärte, diese Frage sei eine innere Angelegenheit der DDR, in die sich die Sowjetregierung nicht einmischen könne, weil sie mit der DDR die gleichen Beziehungen unterhalte wie mit anderen Staaten. PUSCHKIN sagte weiter, dass nach seinen Informationen die Behörden der DDR einer Zusammenkunft von Vertretern der Verkehrsministerien der Bundesrepublik und der DDR vorgeschlagen hätten. Unmittelbar danach, am 22. Mai, veröffentlichte die SED-Presse eine Mitteilung des sowjetzonalen Verkehrsministeriums in der ebenfalls ausgeführt wurde, die Festsetzung der Strassenbenutzungsgebühren sei eine Angelegenheit der Regierung der DDR, man sei jedoch mit einer Erörterung dieser Frage mit Vertretern des westdeutschen Verkehrsministeriums bereit.

Im Mai wurde die Ausstellung von Reisegenehmigungen für Westberliner in den Passierscheinstellen des Sowjetsektors im Vergleich zu den Vormonaten ganz erheblich eingeschränkt. Während zu Beginn des Jahres noch täglich hunderte von Reisegenehmigungen erteilt wurden, waren es im Mai täglich nur wenige Passierscheine. Ablehnungen erfolgten selbst in dringendsten Familienangelegenheiten, wie beim Tode der Angehörigen.

In der Sowjetzone wurden im Mai die Kontrollen in allen nach Berlin fahrenden Zügen verschärft und viele Jugendliche herausgeholt. Fluchtverdächtigen Personen wurden allgemein von der VP die Personalausweise abgenommen, ohne die eine Reise mit der Bahn kaum möglich ist.

11. Die Warschauer Konferenz und die deutsche Frage

Von 11. bis 14. Mai fand in Warschau eine Konferenz von Regierungs-Delegationen des Sowjetblocks einschliesslich der Sowjetzone statt, die als "2. Konferenz Europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa" bezeichnet wurde (als erste Konferenz mit dieser Bezeichnung gilt die Moskauer Konferenz, die vom 29. November bis 2. Dezember 1954 stattfand, auf der militärische Massnahmen des Sowjetblocks im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge angekündigt worden waren).

Zur Delegation der Pankower SED-Regierung gehörten: GROTEWOHL, ULDRICHT, STOPH, BOLZ, NUSCHKE, LOCH, REICHELT und der KVP-Chef Generalleutnant HOFFMANN.

- 52 -

Als Ergebnis dieser Konferenz wurden 1. ein Vertrag über Zusammenarbeit und Beistand, 2. ein Beschluss über ein gemeinsames Oberkommando der Vertragspartner sowie eine Erklärung der DDR-Delegation bekanntgegeben.

a) Der Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand

Der Vertrag, allgemein von kommunistischer Seite als "Warschauer Vertrag" bezeichnet, hat folgenden Titel "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der DDR, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik."

In der Präambel wurde ausgeführt, der Vertrag sei unter Begründung des Strebens der Vertragspartner nach einem System kollektiver Sicherheit sowie unter Berücksichtigung der Lage nach der Annahme der Pariser Verträge und im Interesse der weiteren Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistandes beschlossen worden.

Die elf Artikel des auf 20 Jahre abgeschlossenen Vertrages haben folgenden Wortlaut:

Artikel 1

Die Vertragsschliessenden Seiten verpflichten sich in Übereinstimmung mit den Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten, und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, dass der Weltfriede und die Sicherheit nicht gefährdet werden.

Artikel 2

Die vertragsschliessenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, sich im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen zu beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit ist, und werden alle ihre Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen.

- 53 -

Hierbei werden sich die vertragsschliessenden Seiten dafür einsetzen, in Vereinbarung mit anderen Staaten, die diesbezgl. Zusammenarbeit wünschen, wirksame Massnahmen zur allgemeinen Abrüstung und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen zu ergreifen.

Artikel 3

Die vertragsschliessenden Seiten werden sich in allen wichtigen internationalen Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen betreffen, beraten und sich dabei von den Interessen der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit leiten lassen. Sie werden sich im Interesse der Gewährleistung der gemeinsamen Verteidigung und der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit untereinander unverzüglich jedesmal beraten, wenn nach Meinung einer der Seiten die Gefahr eines bewaffneten Überfalls auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages entsteht.

Artikel 4

Im Falle eines bewaffneten Überfalles in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuelle und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich erscheinen, einschliesslich der Anwendung von militärischen Gewalt, erweisen. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages werden sich unverzüglich über gemeinsame Massnahmen beraten, die zum Zwecke der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit zu ergreifen sind.

Von den Massnahmen, die aufgrund dieses Artikels ergriffen wurden, wird dem Sicherheitsrat entsprechend den Bestimmungen der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen Mitteilung gemacht. Diese Massnahmen werden eingestellt, sobald der Sicherheitsrat die Massnahmen ergreift, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens und der

- 54 -

Sicherheit erforderlich sind.

Artikel 5

Die vertragsschliessenden Seiten kamen überein, ein vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesen aufgrund gemeinsam festgelegten Grundsätzen handelnden Kommandos zur Verfügung gestellt werden. Sie werden auch andere vereinbarte Massnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten.

Artikel 6

Zur Durchführung der in diesem Vertrag vorgesehenen Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages und zur Erörterung von Fragen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieses Vertrages entstehen, wird ein politischer beratender Ausschuss gebildet, in den jeder Teilnehmerstaat des Vertrages ein Regierungsmitglied oder einen anderen besonders ernannten Vertreter delegiert.

Der Ausschuss kann, wenn es erforderlich ist, Hilfsorgane schaffen.

Artikel 7

Die vertragsschliessenden Seiten übernehmen die Verpflichtung, sich an keinen Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschliessen, deren Zielsetzung den Zielen dieses Vertrages widerspricht.

Die vertragsschliessenden Seiten erklären, dass ihre Verpflichtungen aus bestehenden internationalen Verträgen nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages stehen.

Artikel 8

Die vertragsschliessenden Seiten erklären, dass sie im Geiste der Freundschaft und der Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten handeln werden.

- 55 -

Artikel 9

Dieser Vertrag steht anderen Staaten zum Beitritt offen, die, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, ihre Bereitschaft bekunden, durch Teilnahme an diesem Vertrag zur Vereinigung der Anstrengungen der friedliebenden Staaten zum Zwecke der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker beizutragen. Dieser Beitritt wird mit dem Einverständnis der Teilnehmerstaaten des Vertrages nach der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bei der Regierung der Volksrepublik Polen in Kraft treten.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Volksrepublik Polen hinterlegt.

Der Vertrag tritt am Tage der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft. Die Regierung der Volksrepublik Polen wird die anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages von der Hinterlegung einer jeden Ratifikationsurkunde in Kenntnis setzen.

Artikel 11

Dieser Vertrag bleibt 20 Jahre in Kraft. Für die Vertragsabschliessenden Seiten, die ein Jahr vor Ablauf dieser Frist der Regierung der Volksrepublik Polen keine Erklärung über die Kündigung dieses Vertrages übergeben, bleibt er weitere zehn Jahre in Kraft.

Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziele dienenden gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die vertragsschliessenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit.

In diesem Vertrag ist über die Wiedervereinigung Deutschlands über eine Sonderstellung der DDR kein Wort enthalten.

- 56 -

b) Beschluss über ein vereintes Oberkommando und Ausklammerung der DDR

Dagegen enthält der "Beschluss über die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte" eine Sonderregelung für den SED-Staat. Über diesen Beschluss wurde der Öffentlichkeit folgende Mitteilung übergeben:

"In Übereinstimmung mit dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand haben die Teilnehmerstaaten des Vertrages den Beschluss über die Bildung eines vereinten Kommandos der Streitkräfte gefasst.

In diesem Beschluss ist vorgesehen, dass allgemeine Fragen, die die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und die Organisation der vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten betreffen, in politischen Beratungsausschuss erörtert werden, der entsprechende Beschlüsse fassen wird.

Zum Oberkommandierenden der vereinten Streitkräfte, die aus den von den Staaten, die den Vertrag unterschrieben haben, zugeteilten Streitkräften bestehen, wird Marschall der Sowjetunion I.S. KONEW ernannt.

Zu Stellvertretern des Oberkommandierenden der vereinten Streitkräfte werden die Verteidigungsminister oder andere militärische Führer der Teilnehmerstaaten des Vertrages ernannt, die mit dem Kommando der Streitkräfte eines jeden Teilnehmerstaates des Vertrages beauftragt werden, die den vereinten Streitkräften zugeteilt werden.

Die Frage der Teilnahme der DDR an Massnahmen, die die Streitkräfte des vereinten Kommandos betreffen, wird später erörtert. Beim Oberkommandierenden der vereinten Streitkräfte wird ein Stab der vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages gebildet, dem ständig Vertreter der Generalstäbe der Teilnehmerstaaten des Vertrages angehören.

Der Standort des Stabes ist die Stadt Moskau.

Die Standortverteilung der vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des Vertrages wird in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung nach Vereinbarung zwischen diesen Staaten durchgeführt."

Besondere Beachtung verdient hier die Bestimmung, dass die Frage der

- 56 -

Teilnahme der DDR an Massnahmen, die die Streitkräfte des vereinten Kommandos betreffen, wie es wörtlich heisst "später erörtert wird, d.h. praktisch eine Ausklammerung aus dem Vortragswerk.

c) Erklärung der DDR-Delegation zur Unterzeichnung des Vertrages

Bei der Unterzeichnung des Vertrages gab GROTEWOHL als Leiter der DDR-Delegation folgende Erklärung ab, die ohne Zweifel vorher von den anderen Delegationen gebilligt worden war und den Ausführungen BULGANINS zur deutschen Frage entsprach:

"In Hinblick auf das Ziel des Vertrages, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, sieht die Regierung der DDR in dem Vertrag eine grosse Unterstützung des deutschen Volkes in seinem Streben nach friedlicher und demokratischer Wiedervereinigung Deutschlands. Die DDR sieht nach wie vor die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage als ihre und des ganzen deutschen Volkes Hauptaufgabe an und wird alles tun, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu beschleunigen. Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand geht die Regierung der DDR davon aus, dass das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei einwird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist."

Zum Abschluss erfolgte noch eine Erklärung des Vertreters der kommunistischen Regierung in Peking, der Verteidigungsminister Peng-The-huai, dass die "Regierung Volkschinas" den Vertrag voll und ganz unterstütze.

d) Ausführungen BULGANINS zur deutschen Frage

Die wichtigste Rede der Konferenz hielt der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, BULGANIN. Zur deutschen Frage gab er u.a. folgende Erklärung ab:

Pariser Verträge und Westdeutschland

"Durch diese Ratifizierung haben die westdeutschen Militäristen und Revanchepolitiker die Möglichkeit erhalten, offen mit der Aufstellung einer Kadeparmee zu beginnen und sie

- 58 -

mit allen Arten der modernen Waffen, einschliesslich der Atomwaffen, der chemischen und bakteriologischen Kampfmittel auszurüsten. Westdeutschland wird in ein Aufmarschgebiet für die Entfaltung grosser aggressiver Kräfte verwandelt.

Zehn Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wird Westdeutschland mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritanniens und Frankreichs in den Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa verwandelt. Es wird zu einem Glied des aggressiven Nordatlantikblocks sowie der westeuropäischen militärischen Union, die sich gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie richten."

Zur Frage der Wiedervereinigung

"Als wir gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge kämpften, waren wir der Ansicht, wie wir auch jetzt der Auffassung sind, dass die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den Nordatlantikblock das Haupthindernis bei der Wiedererrichtung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ist. Gleichzeitig waren und bleiben wir Verfechter der Wiedererrichtung eines einheitlichen Deutschlands als eines freien, friedliebenden und demokratischen Staates. Die Politik der Sowjetunion in der Deutschlandfrage wird auch in Zukunft von diesen Grundsätzen ausgehen. Dementsprechend ist es notwendig, alle Massnahmen zu ergreifen, um die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus nicht zuzulassen und einen breiten, allseitigen Kampf gegen die Verwirklichung der Pariser Verträge zu führen. Es ist erforderlich, auch unter den neuen Voraussetzungen für die nationale Vereinigung Deutschlands zu kämpfen. Eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung dieser Aufgaben müssen in erster Linie die patriotischen Kräfte des deutschen Volkes selbst spielen, die bestrebt sind, die Remilitarisierung Westdeutschlands nicht zuzulassen. Einen wichtigen Beitrag zur Vereinigung Deutschlands sowie zur Erhaltung des Friedens in Europa kann die Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland und die Milderung der Spannung bilden, die in den Beziehungen zwischen ihnen besteht.

- 59 -

Es ist ausser Zweifel, dass die Herbeiführung gegenseitiger Aktionen der beiden Teile Deutschlands zur Bildung eines geeinten, freien und demokratischen Deutschlands nicht nur notwendig, sondern auch durchaus möglich ist, da das den Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht.

Wir können selbstverständlich den Umstand nicht übersehen, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge für die Regelung der Deutschlandfrage eine neue Lage geschaffen hat, die insgesamt gesehen für das deutsche Volk ungünstig ist.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung in ihren früheren Erklärungen mehrmals auf die Wichtigkeit der Lösung der Frage der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands durch Verhandlungen zwischen den vier Grossmächten unter Teilnahme von Vertretern beider Teile Deutschlands hingewiesen.

Die Sowjetregierung ist bereit, auch weiterhin mit allen Kräften zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland auf annehmbarer Grundlage beizutragen."

Vorschlag auf Abzug der Besatzungstruppen

"Die Sowjetregierung ist der Ansicht, dass der unverzügliche Abzug der Besatzungstruppen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien und Frankreichs vom Territorium Deutschlands, mit Ausnahme streng begrenzter Kontingente der Truppen, die zeitweilig bis zum Abschluss eines Abkommens über ihren völligen Abzug auf deutschem Territorium verbleiben sollen, zur Minderung der internationalen Spannung und zur Schaffung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten beitragen würde."

In seinen weiteren Ausführungen betonte DULGANIN, es sei nach wie vor das Bestreben der Sowjetregierung, sich für ein System der Kollektiven Sicherheit in Europa einzusetzen. Weiter erläuterte er die Deklaration der Sowjetregierung zur Abrüstungsfrage und den Entwurf für den Warschauer Vertrag. Er erwähnte mit keinem Wort eine Sonderstellung der DDR im Rahmen dieses Vertrages und erwähnte die DDR allgemein nur als Teil des demokratischen Lagers und als Vertragspartner.

- 60 -

e) Erklärungen der polnischen und tschechoslowakischen Delegation

Der Leiter der polnischen Delegation, CYRANKIEWICZ, sagte zur deutschen Frage:

"Was die Deutschlandfrage betrifft, so glauben wir nach wie vor, dass diese Frage endgültig auf eine Weise geregelt werden wird, die den Lebensinteressen ganz Europas und damit auch des deutschen Volkes entspricht. Polen hat den Kriegszustand mit Deutschland beendet und damit sein Streben nach Normalisierung der Beziehungen zum ganzen deutschen Volk bezeugt. Das polnische Volk ist sich darüber klar, dass der vorgeschlagene Vertrag die Verteidigungsmöglichkeiten Polens durch die Kräfte seiner Verbündeten mehrt. Die polnische Oder-Neisse-Grenze sowie Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes werden dank diesem Vertrag nicht nur vom polnischen Volk und seinen Streitkräften, sondern auch von der mächtigen Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie, die durch den gemeinsamen Willen zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit vereint sind, geschützt.

Als Partner dieses Vertrages stehen auf der anderen Seite der polnischen Oder-Neisse-Grenze die Friedenskräfte des deutschen Volkes, die bereit sind, gemeinsam mit uns auf gleicher Ebene mit uns den Frieden gegen den deutschen Militarismus zu schützen."

Über die Pariser Verträge machte CYRANKIEWICZ sinngemäss die gleichen Ausführungen wie BULGANIN. Das trifft auch für den Leiter der kommunistischen Regierungsdelegation aus Prag, Ministerpräsident SIROKY, der über die DDR folgendes sagte, zu:

"Gestatten Sie mir deshalb, im Namen der tschechoslowakischen Regierung und des ganztschechoslowakischen Volkes unseren neuen Verbündeten - die DDR - herzlich zu begrüßen. Unser Land verbindet mit der DDR seit mehreren Jahren enge Freundschaftsbände, die unaufhörlich gefestigt worden. Diese unsere brüderlichen Beziehungen finden jetzt ihren Ausdruck in einem Vertrag."

f) Grotewohl über die Entwicklung in Westdeutschland und die DDR
GROTEWOHL machte als Sprecher der Pankower Delegation auf der Warschauer Konferenz u.a. folgende Ausführungen:

- 61 -

"Die DDR und alle deutschen Patrioten werden die Pariser Verträge niemals anerkennen. Sie werden die Massen des deutschen Volkes für den Kampf gegen die Pariser Verträge, für die friedliche Lösung der deutschen Frage mobilisieren, den Kampf organisieren, bis die Pariser Verträge gefallen sind und Deutschland ein einiger, friedliebender, demokratischer Staat ist. Die westdeutschen Monopolkapitalisten wissen auch, dass die DDR bereits heute grossen Einfluss auf die westdeutschen Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz ausübt. Sie wissen, dass eine friedliche Wiedervereinigung der westdeutschen Bevölkerung die Erfolge der DDR allzu deutlich vor Augen führen würde. Sie wissen, dass das deutsche Volk dann willens wäre, den gleichen friedlichen und demokratischen Weg wie die DDR zu gehen. Da sie nicht hoffen können, dass die Werktätigen der DDR ihre Errungenschaften freiwillig abtreten, versuchen sie die friedliche Arbeit zu stören."

Umschwung in Westdeutschland

"Die Volksmassen in Westdeutschland haben ebenfalls die Gefährlichkeit dieser Lage erkannt und beginnen, sich aus der Passivität zu lösen. Ein Umschwung ist eingetreten. Die Arbeiterklasse beginnt sich zu rühren. Sie setzt sich energischer und zielbewusster als bisher gegen die Ausbeutung im Interesse der Rüstungs- und Militarisierungspläne der Unternehmer zur Wehr. Die Arbeiterklasse wehrt sich gegen die Bonner Regierung, gegen die Monopolherren und Junker, von denen sie unterdrückt und ausgeplündert wird. Arbeiter und Jugendliche wenden sich immer mehr gegen die Hetze gegen die DDR und die Sowjetunion und sprechen sich für die Verständigungsvorschläge der DDR und der Sowjetregierung zur Lösung der deutschen Frage aus."

Aktionseinheit wird hergestellt

Viele Kampfaktionen der Arbeiterklasse zeigen, dass sie willens sind, die Einheit der Arbeiterschaft, die von den Kommunisten stets und ständig gefordert wurde, herzustellen und gemeinsam gegen Unternehmerwillkür und Militarisierung zu streiken und zu demonstrieren. Die Arbeiterschaft Westdeutschlands, auch die im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter, erinnern sich ihrer grossen revolutionären Traditionen."

- 62 -

Die deutschen Gewerkschafter fordern Verhandlungen mit der DDR und der SU und die Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichen, demokratischen Wege.

SPD und DDR

Unter den Druck der gegen die Remilitarisierung kämpfenden Volksmassen in Westdeutschland nahmen auch die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei und einer aus vielen Parteien und Gruppen zusammengesetzten Versammlung in Frankfurt am Main und in Bonner Bundestag gegen die Pariser Verträge Stellung. Sie fanden harte Worte gegen die Bonner Militaristen. Ihre Erklärungen aber verloren an Glaubwürdigkeit, als sie im gleichen Atemzuge behaupteten, mit der DDR gäbe es keine Verhandlungen, als sie sich weigerten, die Existenz und das Wirken der DDR anzuerkennen. Aber die Existenz der DDR ist eine Realität.

Die nationale Bewegung hat sich in den letzten Monaten wesentlich verstärkt. Die DDR leistet den westdeutschen patriotischen Kräften jede mögliche Unterstützung."

g) Propagandakampagne mit dem Warschauer Vortrag

Sofort nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Warschauer Konferenz ordnete das SED/ZK an, Versammlungen der Betriebsbelegschaften und Hausgemeinschaften durchzuführen und dort Zustimmungserklärungen annehmen zu lassen. Weiter wurde angewiesen, auf allen Konferenzen und Versammlungen der Organisation solche Zustimmungserklärungen zur Annahme zu bringen.

In die Kampagne wurden die Ausschüsse der Nationalen Front und der "Demokratische Block" der Parteien und Massenorganisationen eingeschaltet. Sie erhielten den Auftrag dafür zu sorgen, dass Flugblätter mit dem Wortlaut des Warschauer Vertrages in jede Wohnung gelangen. Weiter wurde die Massenverbreitung in Westberlin und Westdeutschland beschlossen.

h) Erklärungen vor der Volkskammer über Nichtbeteiligung der DDR an vereinten Kommando

Am 20.5. wurde der Warschauer Vertrag vom Scheinparlament der

- 63 -

Sowjetzone, der sogenannten Volkskammer , gebilligt.

GROTEWOHL erstattete vor der Volkskammer den Bericht über die Warschauer Konferenz und machte darin u.a. folgende Ausführungen:

Über die Ausklammerung aus dem vereinten Kommando

"In einer Übereinkunft der beteiligten Staaten haben die Fragen der Wehrhaftigkeit der DDR durch diesen Vertrag noch keine Regelung gefunden. Es ist vorgesehen, erst in einem späteren Stadium eine endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Das hat der westlichen Presse Anlass gegeben zu erregten Meldungen: 'Sensation in Warschau', 'DDR ausgeschlossen', so orakelten die Überschriften. Die einfache Begründung dafür liegt in der Tatsache, dass die anderen Teilnehmerstaaten bereits über ausgebildete und gut bewaffnete Streitkräfte verfügen, so wie es der Artikel 5 des Vertrages voraussetzt, während die DDR keine Streitkräfte besitzt, sondern lediglich Polizeikräfte. Die Aufstellung nationaler Streitkräfte wird die Voraussetzungen schaffen, um die Mitwirkung der DDR auch an dem gemeinsamen Kommando zu sichern."

GROTEWOHL hob besonders die Erklärung hervor, die er in Warschau bei der Unterzeichnung des Vertrages zur Frage der deutschen Wiedervereinigung abgegeben hatte, sowie die Ausführungen BULGANINS zur deutschen Frage. Weiter führte GROTEWOHL aus:

"Die DDR ist ein fester Bestandteil des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Durch den Vertrag von Warschau wird die DDR politisch und organisatorisch noch fester als gleichberechtigter Teilnehmer in dieses Lager einbezogen und ihr Bestand bis zur Erfüllung ihrer grossen nationalen Aufgaben durch den Beistand ihrer mächtigen Verbündeten gesichert."

Gleichzeitig aber erklärte GROTEWOHL , die "Annäherung zwischen beiden Teilen Deutschlands", die Milderung der bestehenden Spannungen und die Koordinierung bestimmter Aufgaben in Deutschland sei nicht nur möglich sondern auch notwendig. Weiter erklärt er, die Warschauer Konferenz müsse in unmittelbarer Verbindung mit den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen gesehen werden, die eine Entspannung zum Ziele

- 64 -

hätten. Abschliessend führte GROTEWOHL aus:

"Für uns Deutsche ist die Warschauer Konferenz ein neuer Kraftquell und eine grosse Hilfe im Kampf um die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands. Die Konferenz hat uns erneut gezeigt, dass dabei die aktive Mitwirkung der deutschen patriotischen Kräfte von grösster Bedeutung ist.

Die Frage der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands ist und bleibt die Hauptaufgabe für uns.

Die Voraussetzung dafür ist, dass die Pariser Verträge in Westdeutschland beseitigt werden. Die DDR und mit ihr alle Patrioten haben die Verpflichtung, ihren Beitrag zur Erfüllung des Warschauer Vertrages, zur Stärkung des Friedenslagers und zur Festigung der Freundschaft unter den Völkern zu leisten. Die DDR ist der Kern und die Basis eines neuen demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands."

13) Propaganda mit der Sowjetdeklaration über die Abrüstung und der Sowjetnote vom 26. Mai

Das SED-Regime verband die Propagandistische Auswertung der Warschauer Konferenz mit der Propaganda der sowjetischen Deklaration über die Abrüstung, die zu Beginn der Konferenz in Warschau veröffentlicht wurde. Die Sowjetzonenpresse veröffentlichte den vollen Wortlaut der Deklaration und ausserdem wurde die Deklaration in Massen verbreitet. Auch die massenweise Verbreitung in Westberlin und Westdeutschland wurde sofort begonnen. Alle Organisationen in der Sowjetzone erhielten die Anweisung, Zustimmungserklärungen in Versammlungen zu organisieren.

Besonders hervorgehoben wurde der Abschnitt der sowjetischen Deklaration, in dem der UN-Vollversammlung in Bezug auf Deutschland folgender Beschluss vorgeschlagen wird:

"Die Vollversammlung ist der Meinung, dass es zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Herstellung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten beitragen würde, wenn die vier Mächte - die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien und Frankreich - sofort ihre Besatzungstruppen

- 65 -

vom Territorium Deutschlands auf ihr nationales Territorium zurückzögen, mit Ausnahme streng begrenzter Truppenkontingente, die zeitweilig bis zum Abschluss eines Abkommens über ihren restlosen Abzug auf dem Territorium Deutschlands belassen würden. Diesen Zwecken würde auch die Festsetzung streng begrenzter Kontingente lokaler Polizeikräfte in beiden Teilen Deutschlands und die Festsetzung einer gemeinsamen Viernächtekontrolle über die Einhaltung eines diesbezüglichen Abkommens entsprechen. Die Vollversammlung wird auch alle anderen Schritte begrüßen, die von den vier Mächten unternommen werden könnten, um den Abzug ihrer Truppen vom Territorium Deutschlands herbeizuführen sowie die Lösung der Deutschlandfrage im Interesse der europäischen Sicherheit und der nationalen Vereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staat zu erleichtern."

In der SED-Propaganda wurden weiter folgende Vorschläge herausgestellt: Unterbindung von Kriegspropaganda und Völkerferhetzung, Verhandlungen zur friedlichen Regelung von Streitfragen nach dem Beispiel der Verhandlungen über Korea, Indochina und Österreich, Liquidierung militärischer Stützpunkte, Auswertung von Erfahrungen über die friedliche Verwendung der Atomenergie, Regelung der "Ungelösten Fragen im Fernen Osten in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität, Erweiterung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Als Hauptpunkt der sowjetischen Deklaration wurde der Vorschlag für den Abschluss einer internationalen Konvention über die Abrüstung bezeichnet, die folgende Massnahmen vorsehen soll:

- a) völliges Verbot der Kernwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen,
- b) bedeutende Einschränkung sämtlicher Streitkräfte und Waffen,
- c) Gründung eines Kontrollorgans.

Diese Ziele sollen in zwei Perioden erreicht werden:

Erste Periode (1956)

- 1. Die Rüstungen werden nicht über den Stand vom 31. Dezember 1954 hinaus vergrößert.
- 2. Ein koordiniertes Niveau wird vereinbart, auf das die Streitkräfte sämtlicher Staaten reduziert werden (für USA, UdSSR,

- 66 -

China je 1 Million bis 1,5 Millionen Mann, für Grossbritannien und Frankreich je 650 000 Mann). In der ersten Periode werden 50 % der dadurch notwendigen Einschränkungen durchgeführt.

3. Spätestens in der ersten Hälfte 1956 wird eine Weltkonferenz zur allgemeinen Abrüstung einberufen.

4. Die Staaten verpflichten sich, die Experimente mit den Atomwaffen einzustellen.

5. Die Staaten verpflichten sich, von der Kernwaffe keinen Gebrauch zu machen.

6. Die Staaten verpflichten sich, ihre Stützpunkte auf fremden Territorium zu liquidieren.

Zweite Periode (1957)

1. Die Produktion von Atom- und Wasserstoffwaffen wird unverzüglich eingestellt.

2. Die Streitkräfte werden um die restlichen 50 % der vorgesehenen Einschränkungen reduziert.

3. Die Atomwaffen werden vollständig verboten und vernichtet, Atommaterialien werden ausschliesslich zu friedlichen Zwecken verwendet.

4. Die Liquidation der Stützpunkte auf fremdem Territorium wird abgeschlossen.

Während im Wortlaut der Deklaration alle Polemik gegen westliche Staaten vermieden wurde, weil sie in der Form eines Entwurfs für entsprechende Beschlüsse der UN-Vollversammlung gehalten ist, richtete das SED-Regime in seinen Kommentaren die üblichen scharfen Angriffe gegen die USA, die Bundesrepublik und andere westliche Länder, sie hielten sich jedoch im Rahmen der Darstellung, die BULGANIN auf der Warschauer Konferenz von der Weltlage gegeben hatte.

In der Sowjetzone machte die sowjetische Deklaration auf die Bevölkerung nicht mehr Eindruck als ein Propaganda-Dokument, was einmal auf das grundsätzliche Misstrauen zurückzuführen ist und zweitens seine Ursache in hohen Masse auch darin hat, dass das SED-Regime zur gleichen Zeit seine Massnahmen zur totalen Militarisierung der Sowjetzone fortsetzte und verschärfte.

In die Kampagne des Pankower Regimes wurde auch die Sowjetnote von

- 67 -

26. Mai einbezogen, die ebenfalls in vollen Wortlaut veröffentlicht wurde und die allgemeine Zustimmung der Sowjetregierung zur Abhaltung einer Konferenz der Regierungsschefs der 4 Besatzungsmächte enthielt.

14. Pressokonferenz über "Agentenzentralen"

Am 4. Mai fand in Ostberlin eine Pressekonferenz über "Westberliner Agentenzentralen" statt, die von Presseant beim Sowjetzonen-Ministerpräsident veranstaltet war. Als Vertreter des Staatssekretariats für Staatssicherheit gab der SSD-Oberst BORRMANN eine Erklärung ab. Er behauptete, die "Agenten der westberliner Spionageorganisationen hätten nach der Ratifizierung der Pariser Verträge den Auftrag erhalten, zu Terrorakten gegen die DDR und Ostberlin überzugehen. Als angebliches Ergebnis der im April angekündigten Untersuchung über die Tätigkeit der "521 verhafteten Spione und Diver-santen" bezeichnete BORRMANN seine folgende Behauptung:

"Die Tatsachen bezeugen, dass die amerikanischen und englischen Imperialisten zur unmittelbaren Vorbereitung ihres geplanten Krieges übergegangen sind. Ihre verbrecherische Tätigkeit betreiben diese Organisationen, um den bestehenden kalten Krieg der von den gleichen Auftraggebern und Hintermännern geführt wird, in einen heißen Krieg überzuleiten. Dazu verwandeln sie Westberlin in ihr wichtigstes Spionage- und Diversionszentrum.

Die gesamte Tätigkeit der Geheimdienste der Imperialisten und der Agentenorganisationen, wie Gehlen, Ostbüros, Untersuchungsausschüsse, Rias und wie sie sich alle tarnen mögen, dient, welcher Art die Tätigkeit auch ist, der Vorbereitung eines neuen Krieges. Westberlin dient dabei nicht nur als Provokationszentrum gegen die DDR, sondern auch als Sprungbrett für die Vorbereitung von Aggressionsakten gegen die befreundeten Völker, gegen die Nachbarn Deutschlands."

Als Beweis führte BORRMANN die angeblichen Aussagen von etwa zehn Personen an, die vom SSD als Agenten verhaftet wurden. Weiter behauptete er, der SSD habe den hauptamtlichen Mitarbeitern der Gehlen-Organisation, Wilhelm von ACKERN mit seiner 21-köpfigen Gruppe festgenommen und seit der Erklärung des Ministerrates vom

- 68 -

12. April über die Agententätigkeit hätten sich mehr als 80 Agenten dem SSD gestellt und seien straffrei ausgegangen.

Zum Schluss forderte der SSD-Oberst die Auflösung der westberliner Agentenzentralen und führte weiter aus:

"Die zuständigen Organe der DDR können nicht weiter diese Provokationen, die aus Westberlin gestartet werden, dulden und haben alle Massnahmen zum Schutze des Lebens und Eigentums der friedliebenden Bürger und zur Sicherung der Errungenschaften der Werktätigen der DDR getroffen. Niemand möge sich daher beschweren, wenn diese Massnahmen auch Härten für die Westberliner Bevölkerung mit sich bringen."

Vor dem Bezirksgericht in Rostock fand Mitte Mai ein Prozess gegen den Saatzuchtleiter des VE-Saatzuchthauptgutes Bütow Dr. Ulrich BALTZER statt, der beschuldigt wurde, er hätte versucht in Auftrag westdeutscher Stellen die Kartoffelsaatzucht in der Sowjetzone zu vernichten. Der Versuch soll darin bestanden haben, dass der Angeklagte die Schaffung virusfreier Bestände sabotiert habe. BALTZER wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

15. FDGB stärker unter Kontrolle des Parteiapparates

Zur Vorbereitung des IV. FDGB-Kongresses wurde im Mai vom Bundesvorstand der Entwurf für eine neue Satzung veröffentlicht. Die Neufassung enthält eine offenere Unterstellung des FDGB unter den Parteiapparat und bezeichnet die Erhöhung der Arbeitsproduktivität als die Hauptaufgabe der Scheingewerkschaft. Eine Bestimmung in neuen Entwurf lautet:

"Der FDGB bekennt sich zur Politik der SED, der Partei der Arbeiterklasse. Unter Führung der SED arbeiten die Gewerkschaften erfolgreich am Aufbau des Sozialismus in der DDR, in Kampf um die Erhaltung des Friedens und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands."

In einem Kommentar des SED-Zentralorgans von 11. Mai wurde u.a. ausgeführt:

- 69 -

"Das verpflichtet jedes Gewerkschaftsmitglied dazu, an seinem Arbeitsplatz die Hinweise und Richtlinien, die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse in die Tat umzusetzen.

Ebenfalls neu und von besonderer Bedeutung ist, dass in der Satzung davon gesprochen wird, dass die Gewerkschaften für die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität kämpfen, als entscheidendes Mittel für den Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Diese Lehre des Marxismus-Leninismus hat für die tägliche praktische Gewerkschaftsarbeit grosse Bedeutung."

In den Mitgliederversammlungen und Aktivtagungen des FDGB wurde die neue Satzung propagiert.

Nach einem dreiwöchigen Besuch in Maschinenbaubetrieben und auf Baustellen der Sowjetzone gab eine Delegation sowjetischer Gewerkschaftsfunktionäre dem Bundesvorstand des FDGB verschiedene Anweisungen in der Form von Ratschlägen und Hinweisen. Der FDGB soll von den Betriebsleitungen die Aufschlüsselung der Kennziffern für die Planerfüllung auf jede Brigade und jeden Arbeitsplatz fordern und sich für die Hebung der Arbeitsdisziplin einsetzen.

16. Veranstaltungen zum Schiller-Jahr

Am 9. Mai fand im Weimarer Nationaltheater eine Schillerfeier statt in der der Sowjetzonenminister für Kultur J. R. BECHER die Festansprache hielt. Der Redner unternahm den Versuch, die Werke Schillers in Sinne der kommunistischen Wiedervereinigungspolitik in Deutschland auszulegen.

Am 14. 5. hielt ebenfalls in Nationaltheater Weimar Thomas MANN eine Festansprache zur Schiller-Ehrung. Die Ansprache wurde vom sowjetzonalen Kulturbund als Broschüre herausgegeben. Der Sowjetzonenminister für Kultur gab zu Ehren von Thomas MANN ein Bankett, an dem auch drei sowjetische Stalinpreisträger teilnahmen.

- 70 -

17. FDJ in den Dienst der Militarisierung gestellt

In Erfurt fand vom 25. bis zum 27. Mai das 5. Parlament der FDJ statt. Das sogenannte Parlament der FDJ ist nichts anderes als eine Konferenz von Funktionären, die in mehrjährigen Abständen durchgeführt wird und dazu dient, die Generallinie für die Tätigkeit der Organisation für einen längeren Zeitabschnitt bekannt zu geben.

Das 5. Parlament der FDJ diente hauptsächlich dazu, die Organisation auf die Mitwirkung an der totalen Militarisierung in der Sowjetzone auszurichten und sie stärker in den Dienst der kommunistischen Infiltration der westdeutschen und westberliner Jugend zu stellen.

Die wichtigsten Beschlüsse waren die Einführung eines neuen Statuts und die Bekanntgabe eines Manifestes.

a) Neues Statut der FDJ

Im neuen Statut ist für jedes Mitglied der FDJ die Verpflichtung zum Militärdienst in der KVP festgelegt. Im SED-Zentralorgan vom 19. Mai wurde dazu ausgeführt:

"Im Statut wird ferner gesagt, dass die Mitglieder der FDJ den Frieden, ihre Heimat und die Errungenschaften des Arbeiter* und Bauernstaates selbstlos und aufopferungsvoll verteidigen. Diese Verpflichtung ergibt sich insbesondere aus der Tatsache, dass die Pariser Pakte ratifiziert wurden, womit sich die Kriegsgefahr in Europa verschärfte. Für die Mitglieder der FDJ ist es eine Sache der Ehre, sich in der Kasernierten Volkspolizei auf die Verteidigung unserer Heimat vorzubereiten und auch die nichtorganisierten Jugendlichen zu gewinnen, für zwei Jahre das Ehrenkleid unserer bewaffneten Kräfte anzuziehen."

Im neuen Statut wird ausserdem die Unterstellung der FDJ unter die SED noch deutlicher als im alten Statut zum Ausdruck gebracht und die Verpflichtung festgelegt, alle Weisungen und

- 71 -

und Ratschläge der SED durchzuführen und sich allgemein für die Verwirklichung der Beschlüsse der SED einzusetzen.

Als eine der Hauptaufgaben wird im neuen Statut die "Vorstärkung der gesamtdeutschen Arbeit" bezeichnet. Der FDJ wird die Aufgabe gestellt, die kommunistische Infiltrationstätigkeit in Westdeutschland und Westberlin mit allen Mitteln zu unterstützen.

Über die Tätigkeit der FDJ in der sowjetzonalen Wirtschaft enthält das neue Statut ebenfalls weitgehendere Verpflichtungen. Darüber schrieb das Zentralorgan der SED:

"Die Mitglieder der FDJ werden verpflichtet, in Industrie und Landwirtschaft, in Transport und im Handel beispielgebend zu arbeiten, am sozialistischen Wettbewerb teilzunehmen, die fortgeschrittensten Arbeitsmethoden anzuwenden und zu helfen, die Rentabilität der Betriebe zu erhöhen. Besondere Bedeutung gewinnt in dieser Hinsicht die im neuen Statut enthaltene Aufforderung an alle FDJler, die Technik ihres Faches zu meistern und ihr berufliches Können ständig zu verbessern."

b) Manifest des V. Parlaments der FDJ

Im Manifest des V. Parlaments der FDJ wurden an die Jugend in der Sowjetzone die folgenden Aufforderungen gerichtet:

"Lern Wissenschaft und Technik für die Steigerung und Verbesserung der Produktion unserer sozialistischen Betriebe meistern. Seid Kämpfer für strenge Sparsamkeit und die Anwendung von Neuerer-Methoden.

Werdet in Industrie und Landwirtschaft Meister eures Faches und helft den Wohlstand des Volkes durch die Erfüllung der Staatspläne systematisch heben.

Seid Vorbilder beim Lernen in der Schule und an den Universitäten, eignet euch den Reichtum der nationalen Kultur unseres Volkes an....Ein junger Erbauer des Sozialismus beherrscht nicht nur seinen Beruf, sondern auch das Waffenhandwerk. Der Ehrendienst in den bewaffneten Kräften der DDR dient der Erhaltung des Friedens und dem Schutz unserer Errungenschaften. Was wir verteidigen, verteidigen wir für ganz Deutschland.

- 72 -

Das Manifest enthält weiter in der Form von Vorschlägen eine Reihe von Aufgaben und Zielsetzungen für die Tätigkeit unter der Jugend in Westdeutschland und Westberlin. Sie lauten:

"Vorschläge an die deutsche Jugend.

Was ist vor allen zu tun?

Tragt die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion, tragt die Beschlüsse der Warschauer Konferenz bis ins letzte deutsche Haus. Es darf keinen Menschen in unserer Heimat geben, der den Weg, den die demokratischen Staaten zum Frieden weisen, nicht kennt. In der Einnütigkeit unseres Wollens und Handelns liegt die große Kraft, die allen Widerständen zum Trotz alles erreichen kann. Verständigen wir uns in den Lebensfragen unseres Volkes, und unserer Generation über alle weltanschaulichen und konfessionellen Meinungsverschiedenheiten hinweg.

Ist es nicht möglich, daß alle demokratischen Jugendverbände Deutschlands eine gemeinsame Erklärung gegen jede Form der Kriegspropaganda und für den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen abgeben?

Ist es nicht möglich, daß Vertreter aller demokratischen Jugendverbände im Osten und Westen unserer Heimat vor der Jugend ihren Standpunkt über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und die Abwendung der von den Militaristen drohenden Gefahr darlegen?

Ist es nicht möglich, daß alle demokratischen Jugendverbände Deutschlands Vertreter zu einer gemeinsamen Beratung über die Gestaltung des zukünftigen Deutschland, entsprechend den Forderungen des 3. DGB-Jugendkongresses und den Deutschen Jugendkongresses, entsenden?

Ist es nicht möglich, daß Vertreter des Deutschen Bundesjugendringes und des Zentralrates der FDJ die am 17. März in Bad Godesberg beratenen Fragen einer Klärung und Verwirklichung entgegenführen?

Ist es nicht möglich, daß wir unsere freundschaftlichen Beziehungen durch verstärkten Delegationsaustausch über die widernatürlichen Zonengrenzen hinweg weiter vertiefen und das gesamtdeutsche Jugendwandern mit aller Kraft fördern?

Ist es nicht möglich, das zwischen der FDJ und leitenden Funktionären der Falken begonnene Gespräch über eine Annäherung beider Organisationen in der gleichen freundschaftlichen Atmosphäre

- 73 -

weiterzuführen und solche Gespräche auch mit allen anderen Jugendverbänden Westdeutschlands aufzunehmen?"

c) Verlauf des V. Parlaments der FDJ

An der Tagung in Erfurt nahmen 2 500 Delegierte aus der Sowjetzone und Berlin teil. Dazu "viele Gäste aus Westdeutschland und Westberlin". Vom ZK des Komsomol, der sowjetischen Jugendorganisation, war eine Delegation gekommen. Vertreten waren weiter Delegationen der kommunistischen Jugendorganisationen in Polen, der CSR, Rumänien, China, Nordkorea und weiteren Ländern des Sowjetblocks.

Den Rechenschaftsbericht des Zentralrats der FDJ erstattete SED-Politbüromitglied HONECKER. Er führte u. a. aus:

"In Entwurf für das Statut der FDJ wird die Verteidigung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates in Deutschland jedem Mitglied zur Pflicht gemacht. Wir erklären der Jugend ganz Deutschlands: Jeder, der ein Gewehr der Adenauer-Wehrmacht trägt, dient den Zielen der Verräter am deutschen Volk. Deshalb kämpfen wir mit allen Kräften gegen die Zwangsrekrutierung der Jugend in Adenauers Söldnerarmee, die unter amerikanischen Kommando steht und in der die Jugend für die Interessen der Konzern- und Bankherren geopfert werden soll. Jeder, der ein Gewehr der bewaffneten Kräfte der DDR trägt, dient der Verteidigung des Friedens, dem Schutz der Errungenschaften unserer Republik und dem Kampf für das einzige, demokratische, friedliebende Deutschland... Wir rufen die Jugend auf, diszipliniert ihren zweijährigen Dienst in der Kasernierten Volkspolizei ehrenvoll zu leisten, so wie ein Jugendlicher Meister seines Faches im Beruf sein muß."

Über die Tätigkeit der FDJ in der Sowjetzone machte HONECKER u. a. folgende Angaben:

"Von der aktiven Teilnahme der Jugend am Aufbau zeugt die Tatsache, daß 170 769 junge Arbeiter und Arbeiterinnen für ihre Leistungen ausgezeichnet wurden. 36 von ihnen erhielten den Nationalpreis, 7 den Vaterländischen Verdienstorden, 45 wurden Helden der Arbeit, 5 tragen den Orden Banner der Arbeit, 555 sind Verdiente Aktivisten und 77 838 Aktivisten. Über 80 000 Jugend-

- 74 -

liche tragen die Medaille "Für hervorragende Leistungen im Fünfjahrplan".

Mängel in der Berufsausbildung

"Es muß festgestellt werden, daß der Zentralrat und eine Reihe von Bezirksleitungen der FDJ der Berufsausbildung wenig Aufmerksamkeit widmeten.

Das zeigt sich vor allem auch in der bisherigen Durchführung des Berufswettbewerbes. Vielfach ist dieser wichtige Wettbewerb nur eine Angelegenheit der Ausbildungsmeister und Lehrausbilder, nicht aber der Lehrlinge selbst, ganz zu schweigen von den FDJ-Organisationen. Wir fühlen uns auch nicht sehr beunruhigt durch die Tatsache, daß eine Reihe Lehrlinge, z. B. in der Bauindustrie 20,5 %, im Herbst 1954 ihre Facharbeiterprüfung nicht bestanden haben. Wir lassen es zu, daß die Ausbildungsleitungen sehr oft eine ungenügende Hilfe und Anleitung von den Fachministerien, insbesondere auf dem Gebiet des Maschinenbaus, erhalten."

Der Nachwuchsplan für landwirtschaftliche Berufe wurde nur zu 65 % erfüllt.

Aus dem Rechenschaftsbericht ging hervor, daß es der FDJ in der Sowjetzone nicht gelungen ist, die Jugend im Sinne der SED zu beeinflussen und zu aktivieren, und daß in der FDJ selbst eine weitgehende Passivität und Zersetzung zu verzeichnen ist.

An der Diskussion nahmen etwa 40 hauptamtliche Funktionäre teil, die sorgfältig ausgewählt waren. Da alle Delegierten ausgesuchte und meist hauptamtliche Funktionäre in der FDJ oder im Staatsapparat und anderen Institutionen waren, verlief die Tagung planmäßig. Die Annahme der Beschlüsse erfolgte einstimmig.

Nach dem Einmarsch einer aus allen Waffengattungen bestehenden KVP-Abordnung erklärte der KVP-General Heinz KESSLER, daß es für jedes FDJ-Mitglied eine Ehre und Pflicht sei, "die Heimat und die großen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates selbstlos und aufopferungsvoll zu verteidigen."

Zum Abschluß des FDJ-Kongresses fand in Erfurt ein "Fest des Liedes und des Tanzes" statt, an dem 40 000 Jugendliche aus allen Teilen der Zone teilgenommen haben sollen. Es diente vornehmlich der Auswahl

- 75 -

der Kulturgruppen für das Warschauer Festival.

Im Rahmen der Veranstaltungen des V. Parlaments wurde die Siegerliste des FDJ-Wettbewerbs und das Konsomol-Banner bekanntgegeben. An 1. Stelle stand der Bezirk Frankfurt/Oder, an 2. Stelle die Bezirke Halle/Saale und Neubrandenburg.

Am Abend des 2. Pfingsttages fanden in Erfurt eine Abschlußkundgebung statt, an der 120 000 Menschen teilgenommen haben sollen. Die Hauptansprache hielt Politbüro-Mitglied SCHIRDEWAN, der behauptete, daß sich "die Jugend der DDR für die bewaffneten Streitkräfte" entschieden habe.

d) Neuer Vorsitzender der FDJ

HONECKER wurde nicht als Kandidat für die Funktion des FDJ-Vorsitzenden aufgestellt. An seine Stelle trat Karl N. MOKELE, bisher in der SED-Bezirksleitung Rostock tätig. Die drei entscheidenden Funktionen in der FDJ - der 1. Sekretär N. MOKELE, Organisation Werner FELLE und Agit.-Prop. Edith BRANDT - sind mit Funktionären besetzt, die aus dem Apparat der SED kamen (Felle war 1. Kreissekretär der SED in Flöha, Edith Brandt gehörte der SED-Bezirksleitung von Frankfurt/O. an).

HONECKER bestätigt allgemeinen Widerstand der Jugend

Im Rechenschaftsbericht machte HONECKER folgende Eingeständnisse über die wirkliche Einstellung der Jugend in der Sowjetzone und die Erfolglosigkeit der FDJ bei ihren Versuchen, die Jugend für den SED-Staat zu gewinnen:

"Die Organisationen unseres Verbandes an den Hochschulen führen mangelhaft den Kampf um die Hebung des patriotischen Bewußtseins der Studenten und entwickeln ungenügend den wissenschaftlichen Meinungsstreit. Ein Teil der Studenten hält sich vom politischen Leben fern, nimmt wenig Anteil an den großen Aufgaben unseres Aufbaus. Die mangelnde Erziehungsarbeit und die ungenügende Klassenwachsamkeit führten sogar dazu, daß sich an einigen Universitäten, z. B. in Greifswald, Studenten in das Schlepptau der Feinde unserer Republik nehmen ließen.

Wir dürfen nicht übersehen, daß es immer noch einen Teil bzw. Gruppen von Jugendlichen gibt, die zwar alle Vorteile unseres Staates mit Freuden in Anspruch nehmen, aber die Bedeutung der

- 76 -

Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht nicht zu würdigen wissen, weil sie zu einem Zeitpunkt, als die alte Ausbaurordnung im Gebiet der DDR beseitigt wurde, erst 5 bis 10 Jahre alt waren. Sie erlebten auch nicht den Kampf, den ein großer Teil der Jugendlichen, unterstützt von der SED, für die Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation führte. Diese Jugendlichen machen sich keine Bedanken darüber, wie die Jugend früher unter den Bedingungen des Kapitalismus in ganz Deutschland lebte und noch heute im Westen unserer Heimat lebt. Sie machen sich keine Gedanken darüber, daß die Jugend Westdeutschlands gegenwärtig um ihre primitivsten Rechte schwer kämpfen muß.

Wir haben den Jugendlichen, die das Neue in ihrer Lage noch nicht klar erkennen, nicht genügend erklärt, worin das grundlegend Unterschiedliche in der Entwicklung in Deutschland besteht. Ungenügend haben wir verstanden, diesen Mädchen und Jungen am Beispiel der verschiedenen Wege, die im Osten und Westen Deutschlands eingeschlagen wurden, die Vorzüge unserer neuen Gesellschaftsordnung gegenüber der alten, kapitalistischen sichtbar zu machen. So ist es auch nicht verwunderlich, daß es Jugendliche gibt, die dem Einfluß der kapitalistischen Ideologie in Bonn, vom amerikanischen Hetzsender RIAS in Westberlin, von den besoldeten Agenten verbreitet, erliegen. Bei diesen Jugendlichen treten Schwankungen auf, die stellen Fragen, aus denen der Zweifel und mangelnder Glaube an den Sieg unserer gerechten Sache spricht."

e) Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen im Zeichen der Zersetzung

Auf der Bezirksdelegiertentagung für den Bezirk Potsdam, die am 14. und 15. Mai stattfand, erklärte der Bezirkssekretär der FDJ u.a.: der Aufruf der Regierung zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft (Beitritt zur KVP, Agitation, Einsätze und dergl. mehr) sei im Bezirk Potsdam nur mit 49 % erfüllt worden.

Die Anleitung seitens der Bezirksleitung sei denkbar schlecht gewesen. Man habe nicht kontrolliert, was die Funktionäre tun, man habe sich darauf verlassen, daß sie alles richtig tun, aber das sei nicht der Fall gewesen. Einzelne Funktionäre hätten Angst davor, mit den Jugendlichen über die Verteidigungsbereitschaft zu sprechen. Vielfach sei es vorgekommen, daß Funktionäre zur Lüge greifen, um nur nicht für die KVP werben zu müssen!

- 77 -

Ein besonders hartnäckiges Argument der Opponenten sei das der angeblichen Qualifizierung. Das Argument sei feindlich und der Westen habe es eingeschleust. Man solle es nicht für voll nehmen, sondern alle, die so argumentieren, daß sie sich erst qualifizieren wollten, entlarven!

In der MTS Sertze erklärten die Jugendlichen, nicht Mitglied der GST werden zu wollen. Sie führten als Begründung an, daß sie dann schließlich die ersten wären, die in die KVP eintreten müßten, das aber wollten sie nicht.

Im LEW Henningsdorf habe man mit sehr feindlichen Gruppen zu tun gehabt. "Ganz Henningsdorf ist verseucht!" Die Jugendlichen hatten Lösungen abgerissen und Bilder beschädigt.

In der Gartenbauschule in Werder sei es vorgekommen, daß ein Schüler die Werber gefragt habe: "Mein Eintritt in die KVP ist wohl der Preis, den ich für das Studium bezahlen soll?"

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz für den Kreis Königswusterhausen berichtete der FDJ-Sekretär der Forstschule Kleinwasserburg, daß sich einige Schüler strikt geweigert hätten, in die KVP einzutreten. Sie wollten studieren und nicht Soldat spielen.

Eine ähnliche Auffassung hatte auch ein Delegierter auf der Konferenz, dessen Namen nicht bekannt wurde. Er sollte in die neue Leitung gewählt werden, wurde aber schließlich auf Betreiben der hauptamtlichen Sekretäre abgelehnt, weil er sich um einen Beitritt zur KVP drücken wollte.

Eine FDJlerin, die sich von den anderen Delegierten dadurch unterschied, daß sie kein Blauhemd trug, sollte ebenfalls ursprünglich Mitglied der neuen Kreisleitung werden. Befragt, weshalb sie in Zivil gekommen sei, erklärte sie, sie hätte noch nie ein Blauhemd getragen und würde auch kein Blauhemd anziehen, das sei schließlich ihre Sache. Auch sie wurde von der Kandidatenliste gestrichen.

16. Neue Maßnahmen zur Politisierung der Schulen

Im SED-Zentralorgan vom 26. Mai hat der Sowjetzonenminister für Volksbildung, ZK-Mitglied LANGE erklärt, daß neue Maßnahmen zur Politisierung der allgemeinbildenden Schulen im Sinne des Regimes durch-

- 78 -

geführt werden sollen. Er nannte folgende zwei Hauptaufgaben:

"1. Die deutsche demokratische Schule hat die Jugend zu aufrechten Patrioten zu erziehen, die an der Festigung und Verteidigung der DDR, an der Wiederherstellung eines einigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland und an der Vertiefung der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern leidenschaftlich teilnehmen.

2. Die wissenschaftliche Bildung ist so zu verbessern, daß die Schule die Anforderungen der schnell sich entwickelnden Volkswirtschaft erfüllt."

Sowjetzonen-Minister Lange nannte für die Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses folgende Schwerpunktfragen:

"Verbesserung der patriotischen Erziehung, Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus, Steigerung der Schülerleistungen, die politechnische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen, Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Pionierorganisation, Elternbeirat und Patenbetrieben und die Schaffung der zehnklassigen Schulausbildung."

Aus den weiteren Ausführungen ging hervor, daß durch eine "weitgehende Entlastung der Lehrpläne" Zeit für die patriotische Erziehung sowie für sportliche und handwerkliche Ausbildung gewonnen werden soll.

An der Lehrerschaft übte LANGE eine sehr scharfe Kritik. Er führte u. a. aus:

"Als einen ersten Mangel in der Erziehungsarbeit vieler Schulen muß erwähnt werden, daß manche Lehrer ihre Schularbeit isoliert vom gesellschaftlichen Leben leisten, nicht ihre Aufgabe als Funktionär der Arbeiter- und Bauernmacht erkennen und deshalb ihren Auftrag nur ungenügend erfüllen können.

- 79 -

Eine Ursache für die ungenügende patriotische Erziehung liegt darin, daß es noch Lehrer an unserer Schule gibt, die noch keine feste Haltung zu unserem Staate und zur Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben. Die Lehrpläne und Lehrbücher von 1951 haben die Gefahr der Überintellektualisierung des Unterrichts auf Kosten der patriotischen Erziehung gefördert.

Der Unterricht in der russischen Sprache weist ernste Mängel auf. Der Sprachschatz der Schüler nach vieljährigem Russischunterricht, besonders im Hinblick auf die Beherrschung der täglichen Umgangssprache ist völlig unzureichend. Das ideologisch-politische Bewußtsein eines Teiles der Russischlehrer entspricht noch nicht den Anforderungen, die besonders gerade an sie zu stellen sind.

Es kann nicht länger geduldet werden, daß der Lehrplan nicht erfüllt wird, daß die Ordnung und Disziplin in manchen Schulen noch mangelhaft ist und der Prozentsatz der Schüler, die das Klassenziel nicht erreichen, noch zu hoch ist.

Eine andere Ursache für die ungenügende Erziehungsarbeit liegt darin, daß der Unterricht in vielen Schulen langweilig, verbal, ermüdend und deshalb wirkungslos ist. Die Gemüts- und Gefühls-erziehung unserer Jugend im Unterricht und außerhalb des Unterrichts ist bisher ungenügend berücksichtigt worden."

- 80/81 -

Mit dieser scharfen Kritik wurden Maßnahmen zur "politischen Erziehung" und zu neuen Säuberungsaktionen unter der Lehrerschaft eingeleitet.

Beachtung verdient der Hinweis, daß in einer Ministerratsverordnung von 4. März 1954 die gleichen Mängel kritisiert und eine politische Ausrichtung der Lehrerschaft angeordnet worden war, jedoch seither sich die Zustände von Standpunkt des Regimes aus weiter verschlechtert haben. Es ist u. a. vorgesehen, den Funktionärsapparat der SED-Diktatur in den Betrieben im Rahmen von Patenschaften für die Politisierung des Unterrichts und die politische Kontrolle der Lehrer heranzuziehen. Sie sollen Unterrichtsstunden der Patenschulen besuchen, dort Ansprachen halten und auch Schulklassen in das Werk einladen und dort politisch beeinflussen.

II. Wirtschaft

1. Fortdauer der Wirtschafts- und Versorgungskrise

Im Berichtsmonat hat die Wirtschafts- und Versorgungskrise ohne Abschwächung angehalten. Die Materialversorgung der Industrie war weiter ungenügend, stockend und entsprach qualitativ nicht den Anforderungen.

a) Ungenügende Versorgung der Industrie

Die Forderung nach Festsetzung und Anwendung von Materialverbrauchsnormen, die vom SED-ZK auf seiner 21. und 23. Tagung erneut mit Nachdruck erhoben worden war, wurde noch immer nicht erfüllt. Der Hauptgrund war die schlechte Qualität des angelieferten Materials. Die Werkleiter der VE-Betriebe versuchen sich zwangsläufig durch Anforderung einer maximalen Menge einen Ausgleich für die Verluste zu verschaffen, die durch Ausschußproduktion an Material entstehen. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, ZK-Mitglied LEUSCHNER, sagte am 20. Mai in einer Rede vor der Volkskammer über den Wirtschaftsplan 1955, daß viele Betriebe noch immer keine Materialverbrauchsnormen festgelegt haben und soweit solche Normen gemeldet wurden, in diese "noch unzulässige Reserven einkalkuliert" worden sind.

Die Werkleiter befolgten auch nicht die Aufforderung zur Ablieferung von überplanmässigen Lagerbeständen an Material. Diese Überplanbestände sind in den letzten Monaten sogar weiter angestiegen. Sie sind darauf zurückzuführen, daß die Materialanlieferung lückenhaft erfolgt und deshalb manche Teile oder Werkstoffe am Lager gehalten werden müssen, bis die dazu benötigten anderen Materialien eingetroffen sind. Die Werkleiter hüten sich davor, die Lieferungen, die sie erhalten haben, wieder abzugeben, weil sie damit rechnen müssen, daß diese dann gerade fehlen würden und nicht wieder rechtzeitig zu beschaffen sind, wenn inzwischen das andere verzögerte Material eintrifft. Diese Situation veranlaßte die SED-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" vom 2. Juni in folgender Weise gegen die Werkleiter zu polemisieren:

"Da sind z. B. die Überplanbestände, mit deren Beseitigung wir nicht vorangekommen sind. Wie anders wäre es sonst möglich, daß die bereits 1954 vorhandenen erheblichen

Überplanbestände in den ersten Monaten d. J. allein im Maschinenbau um weitere 250 Millionen DM angestiegen sind? Sicher werden viele Betriebsleiter - für ihre Überplanbestände verantwortlich gemacht - sagen: "Kommt doch nur einmal in meinen Betrieb, die ihr so redet; seht euch unser Fertigungsprogramm an, unsere Materialplanung und vergleicht sie mit den Beständen unseres Materiallagers, die ja maßgebend sind für die Materialdisposition zur Fertigung. Ihr könnt euch davon überzeugen, daß wir Überplanbeständen nur an solchen Dingen haben, mit denen wir unser planmässiges Programm nicht erfüllen können."

b) Investitionsrückstände durch Materialmangel

Im gleichen SED-Organ wurde außerdem kritisiert, daß in der Beauftragung der Plansummen für Investitionsbauten die Rückstände zugenommen haben. Diese Rückstände sind ebenfalls ein Zeichen des Krisenzustandes in der sowjetzonalen Industrie, denn die Realisierung der Investitionsbeträge scheitert weitgehend am Materialmangel und anderen Schwierigkeiten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die eingeplanten Investitionsbeträge an sich ein Minimum darstellen und nicht den technischen Notwendigkeiten genügen. Im einzelnen machte die SED-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" über diese Rückstände folgende Angaben:

"Im Vergleich zu 1953 sind bei vielen Planträgern im Planjahr 1954 die materiellen Überhänge im Verhältnis zur Plansumme des betreffenden Jahres (für Investitionsbauten) beträchtlich gestiegen: In der zentralen Industrie von 2,7 auf 4,9 %, darunter im Bereich Kohle um 2,9 %, im Ministerium für Leichtindustrie um 3,1 - hier insbesondere in der Hauptverwaltung Textil um 4,0 - im Ministerium für Lebensmittelindustrie um 4,3 und im Ministerium für Aufbau sogar um 6,6 %. Der materielle Überhang der Bezirke ist von 4,6 auf 5,3 % gestiegen.

Der Investitionsplan wurde im ersten Quartal 1955 gegenüber dem Vorjahr, z. T. durch größere Lieferungen für Ausrüstungen bedingt - im Ministerium für Verkehrswesen betrug der Ausrüstungsanteil 18 % gegenüber 6,6 im Vorjahr - materiell besser erfüllt, insbesondere im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Die Hauptverwal-

- 84 -

tung Bauindustrie erfüllte jedoch ihren Investitionsplan nur mit 9 % (bezogen auf den Jahresplan), die HV Fette und Fleisch mit 7 und die HV Pflanzliche Erzeugnisse sogar nur mit 5 %.

Der durchschnittliche Erfüllungsstand der Bauten in den Bezirken, z. T. infolge der schlechten Witterungsverhältnisse, ist um 2,5 % niedriger als im Vorjahr. Der Bezirk Suhl erfüllte den Bauanteil bis 31. 3. 1955 nur mit 5, Magdeburg, Potsdam und Frankfurt/Oder mit je 8, der Bezirk Gera lediglich mit 2 %. Auch der Umfang der durch Verträge gesicherten Bauten ist in den Bezirken ungenügend. Während das Ministerium für Leichtindustrie bereits über 69 % seines Investitionsplanes mit Verträgen belegt hat, müssen sich u. a. die HV Baustoffindustrie mit 54, die HV Funkwesen mit 28 und das Staatliche Komitee für Körperkultur mit nur 7 % sehr anstrengen, um den Rückstand aufzuholen.

Daß bei der HV Energie 24 % der Plansumme per 31.3.1955 noch nicht beauftragt werden konnten, gibt zu Bedenken hinsichtlich der rechtzeitigen Inbetriebnahme wichtiger Energieanlagen im Planjahr Anlaß. In den Bezirken sind 21 %, in den Ministerien für Handel und Versorgung, für Maschinenbau und in der HV Baustoffindustrie sind rund je 22 %, in der HV Glas und Keramik über 28 % und in der HV Funkwesen sogar über 30 % der Jahresplansumme für Investitionen 1955 noch nicht zur Finanzierung beauftragt."

c) Finanzielle Sanktionen bei Planrückständen und Verlusten

Um die Leitungen der VE-Betriebe zur Durchführung der Maßnahmen des sogenannten "Sparsamkeitsregimes" gegen den Widerstand der Belegschaften zu zwingen, wurden von der Pankower Regierung durch neue Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die neue sowjetzonale Deutsche Notenbank neue Kredit- und Verrechnungsverfahren festgelegt. Über den Zweck der Änderungen der Kredit- und Verrechnungsverfahren gab die SED-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" folgende Erläuterungen:

- 85 -

"Bisher erfolgte die Kreditierung und Verrechnung für gut und schlecht arbeitende Betriebe nach den gleichen Prinzipien. Dieses System trug nicht nur ungenügend dazu bei, daß die Betriebe und die verantwortlichen Hauptverwaltungen wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Überplanbeständen und von schlechten finanziellen Ergebnissen einleiteten, sondern die gut arbeitenden Betriebe wurden sogar durch die Zahlungsschwierigkeiten der schlecht arbeitenden Betriebe finanziell benachteiligt. Gut arbeitende Betriebe gerieten in eine überfällige Verschuldung bei der Ban, weil ihre Abnehmer nicht termingerecht zahlten. Durch den Zahlungsverzug verfügten die schlecht arbeitenden Betriebe über unplanmäßige Umlaufmittel, was die Planwidrigkeiten finanziell nicht dort in Erscheinung treten ließ, wo sie verursacht wurden.

Die neuen Kredit- und Verrechnungsmethoden sind deshalb so differenziert worden, daß sie für gut und schlecht arbeitende Betriebe unterschiedlich angewendet werden können. Demnach wird bei der Kreditausreichung unterschieden in Betriebe, die ihren Akkumulationsplan erfüllt und ihre Umlaufmittel in Ordnung haben und solche, die mit einem nicht geplanten Verlust arbeiten, die nicht über den planmäßigen eigenen Umlaufmittelfonds verfügen und die Kreditdisziplin verletzen. Gegenüber diesen säumigen Betrieben können die Banken ein differenziertes System der Sanktionen anwenden, das dazu dient, die Betriebe zur raschen Beseitigung der Ursachen von Planverstößen zu zwingen."

Diese Sanktionen sollen sich in bestimmten Fällen auch gegen das zuständige Fachministerium richten, wenn die betrieblichen Schwierigkeiten nur mit Hilfe des Ministeriums überwunden werden können, dieses jedoch seine Verpflichtungen nicht einhält. Ein Kredit, der an einen Betrieb auf Grund einer Hilfsverpflichtung des Fachministeriums gegeben wurde, geht in diesem Falle zu Lasten des Reservefonds des Fachministers. Weiter heißt es in den Erläuterungen zu den neuen Verfahren:

"Betriebe, die ständig überplanmäßige Material- und Warenvorräte ansammeln, werden in Zukunft ihre Einkäufe auf der Grundlage eines Strafakkreditivs vornehmen müssen. Vor Eröffnung des Akkreditivs überprüft die Bank die ökonomische Situation des Betriebes und vor allem die Notwendigkeit der beabsichtigten Material- und Wareneinkäufe im Verhältnis zur Planerfüllung. Sollten die eingeleiteten Sanktionen nicht zum gewünschten Erfolg führen, so ist die Bank nach den neuen Bestimmungen berechtigt, bevor sie die Kreditgewährung einstellt, Ordnungsstrafen für verantwortliche Betriebsfunktionäre zu verhängen bzw. gegenüber Verwaltungsfunktionären die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu verlangen."

Diese neuen Maßnahmen bedeuten eine erhebliche Verstärkung des Druckes, den das SED-Regime auf seine Werkleitungen ausübt, um diese zur Durchführung des Sparsamkeitsregimes, vor allem zur Erhöhung der Arbeitsnormen, zu zwingen. Es ist zu beachten, daß vor einigen Monaten schon durch die Änderung der Bestimmungen über den Direktorfond dieser Druck bedeutend verstärkt worden war.

Wie sich die Schwierigkeiten in den einzelnen Betrieben auswirken, zeigt das Beispiel des VEB-Schwermaschinenbau Kirow in Leipzig. Dort wurde der Produktionsplan im I. Quartal 1955 nach offiziellen Angaben nur zu 48,4 % erfüllt.

d) Folgen der Zwangsexporte

Erschwert wird die Situation durch die masslose Überforderung der gegenwärtigen sowjetzonalen Wirtschaftskapazität durch die Zwangsexporte. Ein Beispiel ist die Tatsache, daß es in der Sowjetzone an Kreide mangelt, obwohl dort die größten Kreidevorkommen Europas vorhanden sind. Über diese Frage wurde in der SED-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" vom 19. 5. in einer Zuschrift berichtet:

"Leider wurde der Inlandsanteil in so starkem Maße gedrosselt, daß die kreideverarbeitenden Betriebe, des Ostseebereiches, denen die Kreide sozusagen vor der Tür liegt, große Materialschwierigkeiten haben. Dies ist um so unverständlicher, als diese Betriebe die exportintensiven

- 87 -

Werften und die gesamte Bauindustrie des Bezirkes Rostock beliefern.

Unzweifelhaft sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Exportbindungen zu hoch. Die Abbaukapazität könnte aber um ein Vielfaches gesteigert werden, wenn die Abbau- und Trocknungsanlagen stärker mechanisiert würden. Aber schon im vergangenen Jahr konnten geeignete Maschinen aus der CSR infolge fehlender Mittel nicht bestellt werden, obwohl sie sich durch höheren Devisenerlös sehr bald bezahlt gemacht hätten. Hinzu kommt, daß auch die Arbeitskräfte überaltert sind. Selbstverständlich würde eine Mechanisierung der Arbeiten gleichfalls den Arbeitskräftebedarf reduzieren. All diese Ursachen bewirken einen Kreidemangel.

Man denke dabei auch an die Kleinbetriebe, die mit drei bis zehn Arbeitern Kitt herstellen und die finanzielle Belastung, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergibt, nicht länger tragen können, ganz abgesehen davon, daß ihre Verträge mit der DHZ Baustoffe kaum mehr als Papierwert haben. Die HV Baustoffe des Ministeriums für Aufbau sollte sich ernsthaft Gedanken machen, wie dieser Zustand abgeändert werden kann.

Diese Zuschrift veröffentlichte die SED-Wochenzeitung ohne einen Kommentar.

e) Sammelkarte für Altstoffsammlung

Im Berichtsmonat wurde eine Sammelkarte für Altstoffe herausgegeben. Sie soll bis zum 16. Juli an jeden Haushalt verteilt werden. Auf der Karte gibt es für bestimmte abgelieferte Mengen jeweils einen Stempel. Für je 12 Stempel wird ein Lotterielos ausgegeben. Auf diese Weise hofft das Regime, das Aufkommen an Altstoffen zu erhöhen und die Materialversorgung zu verbessern.

f) Anhalten der Krise in der Lebensmittelversorgung

In der Lebensmittelversorgung war die Lage im Berichtsmonat ebenfalls unverändert. Die einschränkenden Bestimmungen blieben weiter in Kraft und das Schlängestehen nach Mangelwaren hielt in allen Orten der Sowjetzone an.

- 88 -

2. Propagandazahlen im Wirtschaftsplan für 1955

Am 21. Mai wurde in der Volkskammer ein "Beschluß über den Volkswirtschaftsplan 1955" angenommen. Es handelte sich wie üblich wieder um die Veröffentlichung von Zahlen, die in erster Linie der Propaganda dienen.

a) Verschärfter Kurs gegen den privaten Sektor

In einem Punkt verdient die Veröffentlichung besondere Beachtung, weil sie den verschärften Kurs in der Wirtschaftspolitik gegen den privaten Sektor kennzeichnet. Über den Anteil der privaten Betriebe einschließlich des Handwerks an der Produktion wurden folgende Angaben gemacht:

"Der Anteil der sozialistischen Betriebe an der Bruttoproduktion der Industrie betrug 1954 85,0 %, der Anteil der privaten Betriebe 15,0 %. Die Betriebe der zentralgeleiteten Industrie erhöhten ihre Produktion gegenüber 1953 auf 108,2 %, die der volkseigenen örtlichen Industrie auf 115 %, das Handwerk auf 115 % und die private Industrie auf 118 %.

Der Anteil der sozialistischen Betriebe an der Produktion der Industrie beträgt 1955 85,5 %, der privaten Betriebe 14,5 %. Die sozialistischen Betriebe steigern ihre Produktion gegenüber 1954 auf 105,6 %. Den privaten Unternehmern wird die Möglichkeit gegeben, die Produktion ihrer Betriebe auf 102,1 % zu erweitern. Die im Volkswirtschaftsplan festgelegte Entwicklung der Wirtschaft der DDR ermöglicht dem Handwerk eine Steigerung seiner Produktion auf 107,8 %."

b) Angaben über die angebliche Planerfüllung 1954

Über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1954 enthielt die Einleitung zum erwähnten Volkskammerbeschluß u. a. folgende Angaben:

"Industrie

Der Plan der industriellen Bruttonproduktion wurde im Jahre 1954 mit 100,2 % erfüllt. In allen Industriezweigen stieg die Produktion gegenüber 1953 um 10 %.

Der IV. Parteitag der SED stellte die Aufgabe, im Jahre 1954 für 1 Milliarde DM zusätzlich Massenbedarfsgüter

- 89 -

Massenbedarfsgüter zu produzieren. Sie wurde mit 965 Millionen DM erfüllt. Insgesamt stieg die Produktion von Konsumgütern im Jahre 1954 gegenüber dem Vorjahr auf 116 %.

Das Ministerium für Schwermaschinenindustrie steigerte die Produktion von Massenbedarfsgütern gegenüber 1953 auf 114,1 %, das Ministerium für Maschinenbau auf 138 %, und die private Industrie auf 119 %.

Die Energieversorgung ist im Jahre 1954 durch die Inbetriebnahme von 680 MW gegenüber 165 MW im Vorjahr verbessert worden.

Der Industriezweig Metallurgie hat seine Produktion gegenüber 1953 auf 112,4 % gesteigert und den Walzstahlplan mit 25 000 t übererfüllt.

In der metallverarbeitenden Industrie wurde die Produktion gegenüber 1953 auf 112,7 % erhöht. Davon steigerte der Maschinenbau seine Produktion 1954 auf 111,5% und die Feinmechanik/Optik auf 112 %. Obwohl das Ministerium für Maschinenbau seinen Plan mit 102 % erfüllte, wurden wichtige Aufgaben, wie z. B. Exportprogramm nur mit 94 % die Aufgaben für Investitionsgüter nur mit 98 % erreicht. Gegenüber 1953 wurde in der chemischen Industrie die Produktion auf 107 % erhöht.

Gute Erfolge in der Planerfüllung wurden auch in der Leicht- und Lebensmittelindustrie erreicht. Die Leichtindustrie steigerte ihre Produktion gegenüber 1953 um 12,1 und die Lebensmittelindustrie um 7,8 %. Die Bevölkerung erhielt neue Waren aus Perlonseide und -faser.

Landwirtschaft

Auch in der Landwirtschaft wurden 1954 Erfolge erzielt. Die Schweinebestände stiegen gegenüber 1953 um 159 000 Stück, die Hektarerträge bei Zuckerrüben wurden auf 117 bei Kartoffeln auf 120 und bei Futterhackfrüchten auf 128 % gesteigert.

Die Anzahl der LPG hat sich im Jahre 1954 von 4.691 erhöht. Der Anteil der LPG vom Typ III beträgt 3.060.

Versorgung

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industriewaren ist im Jahre 1954 bedeutend verbessert worden. Der Warenumsatzplan ist gegenüber 1953 um 2,3 Milliarden Dm gestiegen.

Transport

Die beförderten Gütermengen sind gegenüber 1953 auf 106 % gestiegen.

Der gewerbliche volkseigene Kraftverkehr transportierte je t-Ladefähigkeit 10 % mehr Güter als 1953. Der Leistungsplan für Post-, Fernmelde- und Funkwesen wurde mit 102 % erfüllt.

Löhne

Die Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie die Steuersenkungen des Jahres 1953 wirkten sich im Jahre 1954 voll aus, so daß das Einkommen der Arbeiter und Angestellten auf 114 % anstieg.

Außenhandel

Der Umsatz des Außenhandels ist im Jahre 1954 stark angestiegen. Er war gegenüber dem Vorjahr um 23 % höher.

Investitionen

Die im Jahre 1954 durchgeführten Investitionen stiegen im Industriezweig Energie auf 157 %, bei Kohle auf 133 %, in der Lebensmittelindustrie auf 156 % und im Wohnungsbauprogramm auf 113 %.

Kultur

Die Zahl der Universitäten, Hochschulen und sonstigen Institute ist auf 46 erhöht worden. Die Zahl der Studenten im Direktstudium ist von 46 844 auf 57 538 und im Fernstudium auf 13 138 von 10 092 gestiegen. 95 % der Studierenden im Direktstudium erhalten Stipendien.

Es wurden 24 öffentliche Polikliniken, 43 Landambulatorien, 3 717 Plätze in Betriebskinderkrippen, errichtet. Weiterhin wurden neu geschaffen: 85 Kultur- und Klubhäuser, 444 öffentliche Bibliotheken einschl. Zweigstellen, 25 Jugendklubhäuser

- 91

und 1 200 Jugendzimmer."

Nach diesen Zahlen hätte z. B. die Lebensmittelversorgung am Ende des Wirtschaftsjahres 1954 besser sein müssen als zum Beginn, sie begann sich jedoch gegen Ende des Planjahres rapid zu verschlechtern und seit Monaten besteht eine Krise in der Lebensmittelversorgung wie im Frühjahr 1953.

c) Die Planziele für 1955

Über die Produktionsziele im Jahre 1955 wurden folgende Angaben gemacht:

"Industrie

Die industrielle Bruttoproduktion ist im Jahre 1955 gegenüber 1954 auf 105,1 % zu erhöhen.

Im Industriezweig Energie ist die Bruttoproduktion auf 112,8 % zu erhöhen. Die Elektroenergie-Erzeugung wird gegenüber 1954 auf 113,7 %, die von Gas auf 110,9 % gesteigert.

Im Bergbau ist die Produktion gegenüber dem Jahre 1954 auf 108,6 % zu erhöhen. Davon wächst die Produktion im Kohlebergbau auf 109,5 %, im Erzbergbau auf 109,8 %.

Die Produktion des Industriezweiges Metallurgie steigt gegenüber 1954 auf 100,2 % B. i. den wichtigsten Erzeugnissen wird folgende Entwicklung festgelegt:

Rohstahl in Blöcken	auf 105, 5 %
Walzstahl	auf 105,7 %
Grober Stabstahl	auf 106,3 %
Feiner Stabstahl	auf 102,2 %
Nahtlose Rohre	auf 141,0 %

Zur Sicherung der Erhöhung der Produktion der Stahl- und Walzwerkerzeugnisse ist die Eisenerzförderung auf 112,3 und die Roheisenproduktion auf 113,8 % zu steigern.

In der eisen- und metallverarbeitenden Industrie ist die Einführung einer höheren Technik und die Konstruktion neuer Maschinen und Ausrüstungen eine vordringliche Aufgabe. Durch Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und Umstellung der Produktion entsprechend den Wünschen

- 92 -

unserer Handelspartner sind die Handelsbeziehungen zu erweitern und zu festigen. Die Produktion wichtiger Erzeugnisse ist wie folgt zu steigern:

Wasserrohr- und Hochdruckkessel	
Über 100-t-Dampf-h	auf 111,0 %
landwirtschaftliche Maschinen	auf 139,6 %
Kartoffelvollerntemaschinen	auf 306,0 %
Mähdrescher	auf 263,3 %
Maschinen und Apprate f.d.	
Textilindustrie	auf 111,6 %
Güterwagen	auf 126,8 %
PKW	auf 110,6 %
LKW H3A	auf 123,9 %
LKW H 6	auf 113,6 %
Motorräder	auf 194,9 %
Fischlogger	auf 126,8 %
Nähmaschinen für den Hausbedarf	auf 114,2 %
elektrische Haus- und Heizgeräte	auf 143,0 %

Im Industriezweig Chemie ist die Produktion gegenüber 1954 auf 103,7 % zu steigern. Die Hauptaufgaben im Jahre 1955 für die chemische Industrie sind die optimale Auslastung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten...und die konsequente Anwendung der neuesten Ergebnisse der Wissenschaft und Technik. Die Produktion der wichtigsten Erzeugnisse ist wie folgt zu steigern:

Schwefel	auf 102,6 %
Schwefelsäure	auf 111,2 %
calc. Soda	auf 120,9 %
Ätznatron	auf 109,2 %
Calciumkarbid	auf 109,7 %
Stickstoffdünger	auf 102,8 %
Phosphordünger	auf 141,8 %
synth. Kautschuk	auf 105,4 %
Perlonseide	auf 109,0 %
Perlonstapelfaser	auf 150,7 %

Um den steigenden Bedarf der Bauwirtschaft, insbesondere für den Wohnungsbau und das ländliche Bauwesen an Baumaterialien zu sichern, ist die Produktion im Industriezweig Baumaterialien

- 93 -

auf 111,4 % zu erhöhen.

Folgende Hauptaufgaben sind in den Industriezweigen der Leichtindustrie zu lösen:

Die Holzverarbeitende Industrie erhöht ihre Produktion auf 103,3 %.

In der Textilindustrie sind die Erzeugnisse wie folgt zu steigern:

Kunstseide insges.	auf 103,5 %
Perlonseide	auf 113,6 %
Perlonfaser	auf 150,7 %
Garne insges.	auf 102,8 %
Gewebe insges.	auf 106,0 %
baumwollartige Gewebe	auf 115,6 %
Kunstseide und Halbkunstseide	auf 113,9 %

Bei einer Reihe von wichtigen Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie ist die Produktion wie folgt zu erhöhen:

Fleisch	auf 105,7 %
Pflanzenöl raff.	auf 135,2 %
Margarine	auf 114,9 %
Fischfang	auf 159,1 %
Kartoffelstärke	auf 192,0 %
Mais- und Weizenstärke	auf 143,6 %
Weißzucker	auf 105,1 %
Kakaoerzeugnisse	auf 115,7 %
Bier	auf 105,1 %

Landwirtschaft

Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft ist gegenüber 1954 auf 117 % zu erhöhen. Die tierische Produktion ist auf 125,2 % und die pflanzliche Produktion auf 109,3 % zu steigern.

Die Viehbestände sind bei

Schweinen	auf 104,0 %
Schafen	auf 116,2 %
Rindern	auf 108,7 %
darunter Milchkühen	auf 109,4 %

zu erhöhen. Die Milchleistung je Kuh ist auf 110,7 % zu steigern.

- 94 -

Die Hektarerträge sind bei den Hauptkulturen gegenüber 1954 wie folgt festzulegen:

Getreide und Hülsenfrüchte	auf 112,7 %
Ölfrüchte	auf 134,8 %
Futterhackfrüchte	auf 100,0 %
Kartoffeln	auf 102,0 %
Zuckerrüben	auf 100,0 %

Die MTS haben die Feldarbeiten gegenüber 1954 weiter zu mechanisieren und die Leistungen in Traktorenarbeiten auf 133,9 %, darunter Feldarbeiten auf 146,0 %, die Leistungen je Traktor 30 PS auf 121,7 % zu erhöhen.

Die Bruttoproduktion der volkseigenen Güter ist auf 105,4 % zu steigern, davon die tierische Produktion auf 109,3 % und die pflanzliche Produktion auf 103,4 %. Die Selbstkosten sind zu senken.

Die Wirtschaftlichkeit der LPG ist weiter zu erhöhen.

Andere Wirtschaftszweige

Die Leistungen der Bauwirtschaft sind gegenüber 1954 auf 106,5 Prozent zu erhöhen.

Der Warenumsatz im Einzelhandel ist 1955 auf 103 % zu erhöhen. Der Anteil der Industriewaren am Gesamtumsatz ist auf 42,3 % zu erhöhen.

Arbeitskräfte

In der gesamten Volkswirtschaft sind im Jahre 1955 71 000 Arbeitskräfte mehr als im Jahre 1954 zu beschäftigen, die vor allem in der Landwirtschaft benötigt werden.

Im Jahre 1955 sind in der gesamten Volkswirtschaft 181 000 Jugendliche in die Berufsausbildung aufzunehmen, um den Facharbeiterbedarf der nächsten Jahre zu sichern.

Selbstkosten

Im Jahre 1955 ist in der zentralgeleiteten Industrie eine Selbstkostensenkung von 4,5 % zu erreichen. In der örtlichen

- 95 -

Industrie sind die Selbstkosten um 3,5 %, in der Bauwirtschaft um 6,6 % und bei der Eisenbahn um 3,7 % zu senken.

Die Senkung der Selbstkosten in der zentralgeleiteten Industrie bedeutet, daß die Materialkosten durchschnittlich um mindestens 4,7 % und die Lohnkosten um mindestens 3,9 % je Erzeugnis gesenkt werden.

Löhne und Arbeitsproduktivität

Der Lohnfonds der gesamten Volkswirtschaft steigt gegenüber 1954 auf 102,8 %.

Die Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter ist in der sozialistischen Industrie im Jahre 1955 auf 105,2 % gegenüber dem Jahre 1954 zu steigern."

+ + +

Kennzeichnend für die vorwiegend propagandistische Bedeutung der zitierten Zahlen ist die Tatsache, daß sie erst am Ende des 5. Monats des Planjahres im Rahmen einer Volkskammersitzung veröffentlicht werden, nachdem also das Planjahr schon fast zur Hälfte verstrichen ist.

3. Staatshaushaltsplan für 1955

In der Volkskammersitzung vom 21. 5. wurde das "Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1955" bekanntgegeben. Für den Gesamtetat wurden folgende Zahlen genannt:

"Einnahmen	38 166,9 Mill. DM
Ausgaben	38 138,1 " "
Überchuß der Einnahmen über Ausgaben des Jahres 1955	28,8 " "
Überchuß aus dem Jahre 1954	1 108,7 " "
Überschuß am Ende des Jahres 1955	1 137,5 Mill. DM"

Die weiteren Bestimmungen des Gesetzes haben folgenden Wortlaut:

- 96 -

" § 2 Bestätigung des Haushaltsplan der Republik

Einnahmen	28 798,5 Mill. DM
Ausgaben	<u>28 790,0 " "</u>
Überschuß der Einnahmen über Ausgaben des Jahres 1955	8,5
Überschuß aus dem Jahre 1954	<u>850,6</u>
Überschuß am Ende des Jahres 1955	859,1 Mill. DM

§ 3 Bestätigung der Haushaltpläne der Bezirke

Die Haushaltpläne der Bezirke für das Jahr 1955 werden wie folgt bestätigt:

für den Bezirk	Einnahmen Mill. DM	Ausgaben Mill. DM	Überschuß am 31. 12. 1955
Rostock	558,4	541,9	16,5
Schwerin	432,9	420,4	12,5
Neubrandenburg	507,1	492,3	14,8
Potsdam	608,2	599,4	18,8
Frankfurt/Oder	392,8	381,1	11,7
Cottbus	369,9	358,6	11,3
Magdeburg	708,5	687,1	21,4
Halle	834,9	808,7	26,2
Erfurt	557,8	539,9	17,9
Gera	338,7	328,1	10,6
Suhl	242,4	234,7	7,7
Dresden	776,5	752,3	24,2
Leipzig	640,5	621,1	19,4
Karl-Marx-Stadt	768,4	744,4	24,0
Berlin	1 889,5	1 848,1	41,4

§ 4 Bestätigung der Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft

Die Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft für das Jahr 1955 werden bestätigt, und zwar

Mill. DM

- a) mit Abführungen an den Staatshaushalt in Höhe von 13 654,6
- b) mit Zuführungen an den Direktorfonds in Höhe von 552,0
- c) mit Zuführungen aus dem Staatshaushalt, insbesondere für Investitionen zur Erweiterung der volkseigenen Wirtschaft, in Höhe von 5 055,1

- 97 -

§ 5 Bestätigung des Haushaltplanes der Sozialversicherung

Der Haushaltplan der Sozialversicherung für das Jahr 1955 wird wie folgt bestätigt:

Einnahmen	5 956,3 Mill. DM
Ausgaben	5 887,9 " "
Zweckgebundener Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Jahres 1955	68,4 " "

§ 6 Bestätigung des Plans für langfristige Kredite

Der Plan für langfristige Kredite wird mit 1 370,0 Millionen DM Bestätigt.

§ 7

Die Deutsche Investitionsbank wird ermächtigt, auf der Grundlage von ihr in Rechtsträgerschaft übertragener Hypotheken Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 700 Millionen DM an die Sparkassen auszugeben und den Gegenwert zur Finanzierung des planmäßigen Wohnungsbaus zu verwenden.

§ 8 Finanzierung der Ausgaben der Bezirke, Kreise und Gemeinden

(1) Zur Finanzierung ihrer Ausgaben, die nicht aus eigenen Einnahmen gedeckt sind, erhalten die Bezirke, Kreise und Gemeinden Anteile an der Produktions- bzw. Dienstleistungsabgabe der örtlichen volkseigenen Wirtschaft, Anteile an Republiksteuern und Zuweisungen aus dem Haushalt der Republik.

(2) Die Nettogewinne, die Körperschafts-, Umsatz- und Gewerbesteuer der örtlichen volkseigenen Wirtschaft bzw. Produktions- und Dienstleistungsabgabe der örtlichen volkseigenen Wirtschaft erhalten in voller Höhe diejenigen örtlichen Organe des Staates, in deren Haushalt die Finanzpläne einbezogen sind.

Der Magistrat von Groß-Berlin erhält von der Produktions- und Dienstleistungsabgabe der örtlichen volkseigenen Wirtschaft einen Anteil von 15 %.

(3) Die Körperschafts-, Umsatz- und Gewerbesteuer der Staatlichen Handelsorganisation (HO) und der Konsumgenossenschaften erhalten die Bezirke in voller Höhe. Die Steuern der übrigen Genossenschaften erhalten die Bezirke ebenfalls in voller Höhe. Die Volksvertretungen der Bezirke sind berechtigt, eine Aufteilung der Steuern der HO, der Konsumgenossenschaften und der

- 98 -

übrigen Genossenschaften auf die Stadt- und Landkreise bzw. die Stadtbezirke zu beschließen.

(4) Zur Finanzierung derjenigen Ausgaben der Bezirke, die nicht aus eigenen Einnahmen und den Anteilen der Steuern der Republik sowie der Produktions- und Dienstleistungsabgabe der örtlichen volkseigenen Wirtschaft nach Abs. 2 und 3 gedeckt sind, erhalten die Bezirke weitere Anteile an Steuern von der privaten Wirtschaft und von den Werktätigen.

Bezirk	Steuern von der priv. Wirtschaft in Prozent	Steuern von den Werktätigen in Prozent
Rostock	100	100
Schwerin	100	100
Neubrandenburg	100	100
Potsdam	100	100
Frankfurt/Oder	100	100
Cottbus	100	100
Magdeburg	100	100
Halle	100	91
Erfurt	100	78
Gera	100	22
Suhl	100	57
Dresden	80	31
Leipzig	75	23
Karl-Marx-Stadt	55	29
Berlin	57	24

Die Stadt- und Landkreise bzw. die Stadtbezirke werden an diesen Steueranteilen beteiligt. Die Höhe der Beteiligung beschließen die Volksvertretungen der Bezirke.

(5) Die Volksvertretungen der Bezirke sind berechtigt, die Beteiligung der Stadt- und Landkreise an den Einnahmen der MTS zu beschließen.

(6) Zur Finanzierung der Ausgaben derjenigen Bezirke, bei denen die eigenen Einnahmen und die aufgeführten Anteile an Steuern der Republik nach Abs. 2, 3 und 4 nicht ausreichen, werden aus

- 99 -

dem Haushalt der Republik Zuweisungen gegeben.

Bezirk	Zuweisungen in Mill. DM
Rostock	195,6
Schwerin	166,0
Neubrandenburg	257,5
Potsdam	103,0
Frankfurt/Oder	147,7
Cottbus	64,9
Magdeburg	89,8

Zur Finanzierung der Ausgaben derjenigen Stadt- und Landkreise, bei denen die eigenen Einnahmen und die ausgeführten Anteile an den Steuern der Republik nach Abs 3 und 4 nicht ausreichen, beschließen die Volksvertretungen der Bezirke Zuweisungen aus dem Haushalt des Bezirks.

§ 9

Die Volksvertretungen der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden sind berechtigt, bei der Beschlußfassung über ihre Haushaltpläne zusätzliche Ausgaben, vor allem für Werterhaltung, zu beschließen, soweit diese Ausgaben durch zusätzliche Einnahmen ihre Deckung finden.

Die festgelegten Überschüsse bzw. Zuschüsse der Haushaltpläne dürfen dadurch nicht verändert und keine zusätzlichen Ausgaben für Investitionen und Personalaufwendungen beschlossen werden.

§ 10

(1) Prämienfonds sind in Verwaltungen und Einrichtungen, in Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft sowie in den Banken, Sparkassen, Versicherungen und volkseigenen Loterien in Höhe von 1½ % des geplanten Lohn- und Gehaltsfonds zu bilden.

(2) Der Prämienfonds kann bis zur Höhe von 1½ % des durch die Registrierorgane des Ministeriums der Finanzen registrierten Lohn- und Gehaltsfonds ausgeschöpft werden.

(3) In örtlichen Versorgungs- und Dienstleistungsbetrieben, die brutto aus dem Haushalt finanziert werden, kann der Prä-

- 100 -

mienfonds in voller Höhe des geplanten Lohn- und Gehaltsfonds in Anspruch genommen werden."

Weitere Angaben wurden nicht veröffentlicht. Damit blieb die Aufgliederung der Einnahmen und Ausgaben wie in den Vorjahren streng gehütetes Partei- und Staatsgeheimnis.

Nur über einige Positionen des Staatshaushaltes machte der Sowjetzonen-Finanzminister LOCH einige für die Öffentlichkeit bestimmte Angaben vor der Volkskammer, von denen die folgenden Beachtung verdienen:

Einnahmen des Staates aus der VE-Wirtschaft

"Nach der Übergabe der 33 SAG-Betriebe am 1. 1. 1954 stieg der Anteil der Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1954 auf 35,7 % der Gesamthaushaltseinnahmen und wird im Jahre 1955 38,3 % betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 11,1 % gegenüber dem Vorjahr. Die Ausgaben des Staatshaushaltes für die Entwicklung unserer volkseigenen Wirtschaft sinken aber im Jahre 1955 um 27,1 %.

Die Gewinne der zentralverwalteten volkseigenen Wirtschaft sollen im Jahre 1955 auf 125,7 % des Vorjahres steigen, und die Verluste sollen um 36,7 % gegenüber dem Jahre 1954 gesenkt werden."

In diesem Zusammenhang forderte LOCH ein "Regime der strengsten Sparsamkeit" in den Betrieben, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch höhere Arbeitsnormen und niedrigere Materialverbrauchsnormen sowie die Verringerung des Anteils des Verwaltungspersonals an der Gesamtbelegschaft. Zum letzten Punkt machte er folgende Angaben:

Anteil der Produktionsarbeiter an der Gesamtbelegschaft

"Damit im Zusammenhang steht auch die Forderung, das Verhältnis der Produktionsarbeiter zu den übrigen Beschäftigten zu verbessern. Während 1954 dieses Verhältnis 2,96 : 1 war, verlangt der Plan 1955 ein Verhältnis von 3,06 : 1."

Weiter machte der Sowjetzonen-Finanzminister folgende Ausführungen über den Staatshaushalt:

T 10 1 -

Anteil der sonstigen Steuern (ohne Abführungen der VE-Wirtschaft) an den Einnahmen

"Gleichzeitig geht 1955 der Anteil der Einnahmen aus den übrigen Steuern zurück und macht im Jahre 1955 nur noch 38,7 % unserer gesamten Einnahmen aus, während es 1953 noch 54,5 % und 1954 noch 42,9 % waren. Der Anteil der Lohnsteuer an den Haushaltseinnahmen sinkt aufgrund der durchgeführten Steuersenkungen und trotz des relativen und absoluten Wachstums der Löhne und Gehälter von 4,5 % im Jahre 1953 auf 3,4 % im Jahre 1955. Das Nationaleinkommen steigt gegenüber 1954 um etwa 8 %. Vergleichbar gerechnet steigt aber der Anteil der staatlichen Einnahmen im Haushalt nur etwa 4,7 %. Gegenüber dem Jahre 1954 wächst das Haushaltsvolumen der Bezirke, Kreise und Gemeinden um 22,6 % und ihr Anteil am Gesamtstaatshaushalt beträgt damit 24,2 %."

Abschluß des Staatshaushaltes für 1954

"In der Haushaltsrechnung für das Jahr 1954 ist nachgewiesen, daß der Haushalt mit einem Überschuß von 76,7 Millionen DM abschließt, während nur ein Überschuß von 14,8 Mill. DM geplant war."

Höhe Verluste der VE-Betriebe

"Die volkseigene Wirtschaft hat im Jahre 1954 bei fast 100 %iger Erfüllung des Produktionsplanes die in den Staatshaushalt fließenden Einnahmen nur mit 92,2 % erfüllt, die Mittel aus dem Staatshaushalt wurden mit 115 % in Anspruch genommen."

Höhere Subventionen an die MTS 1955

"Von ausschlaggebender Bedeutung ist das Anwachsen der Leistungen der MTS. Finanziell wird diese Entwicklung dadurch unterstützt, daß ab 1. 1. 1955 ein neuer Tarif für die Arbeit in der MTS eingeführt wurde, der den Mittelbauern eine Senkung der Tarifsätze um 10 % bringt. Dementsprechend steigen auch die Haushaltszuweisungen für die MTS gegenüber dem Vorjahr um 11,4 %."

Ausgaben Kultur und Gesundheitswesen

"Die Ausgaben für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst, für das Gesundheitswesen und das Sozialwesen steigen gegenüber dem Vorjahr um 2,5 %. Damit ist die im Fünfjahrplan für diese Zwecke vorgesehene Summe mit 111,9 % übererfüllt."

Bezeichnend für den hauptsächlich propagandistischen Charakter der Ausführungen des Sowjetzonenfinanzministers wie überhaupt aller öffentlichen Verlautbarungen über den Etat des SED-Staates, war z. B. die Tatsache, daß über Ausgaben für die KVP kein Wort gesagt wurde, obwohl die gleichzeitige Propaganda für totale Militarisierung eine dringende Veranlassung dazu gewesen wäre.

4. Schaffung von Fischereifahrzeug- und Gerätestationen (FGS)

Die Sowjetzonenregierung ordnete im Mai die Schaffung von Fischereifahrzeug- und Gerätestationen an, die über Kutter und Fanggeräte verfügen und diese gegen Gebühren an Fischwirtschafts-genossenschaften ausleihen sollen. FGS werden in Warnemünde, Wolgast, Stralsund und Wismar eingerichtet. Es soll zwischen ihnen und den Fischwirtschafts-genossenschaften das gleiche Verhältnis bestehen wie zwischen den MTS und LPG.

5. Mangel an Saatgut für den Maisanbau

Der Verwirklichung des Ministerratsbeschlusses "über Maßnahmen zur Steigerung der tierischen und pflanzlichen Produktion" vom 10. 3. 1955 stehen große Schwierigkeiten entgegen. Der Anbau von Mais als Stoppelfrucht soll nach dem Beschluß im Jahre 1955 auf einer Fläche von 120 000 Hektar erfolgen, wofür eine große Propagandaaktion in allen Betrieben der Sowjetzone angelaufen ist.

Die bei der sowjetzonalen "Deutschen Saatzuchtgesellschaft" zur Verfügung stehenden 320 Tonnen Mais-Saatgut reichen jedoch nicht einmal zur Realisierung des Vermehrungsanbauplanes aus, so daß die "Deutsche Saatzuchtgesellschaft" für den Zwischenfruchtanbau nicht zur Verfügung stehen kann.

- 103 -

6. Hoher Ausfall von Landmaschinen und katastrophaler Ersatzteilmangel

Im Mai gab es in den MTS wieder starke Ausfälle von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, weil sie den Anforderungen nicht gewachsen waren und andererseits Reparaturen wegen Mangel an Ersatzteilen nur in sehr geringem Umfang ausgeführt werden konnten.

Mit der schlechten Qualität der Landmaschinen mußte sich sogar das SED-Funktionärsorgan "Neuer Weg" beschäftigen. Dort wurde u. a. geschrieben:

"Im VEB-Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig wurden 1954 für 1,5 Millionen DM Ersatzteile nicht produziert. Das VEB Mähdrescherwerk Weimar stellte die nachgebauten sowjetischen Kartoffelvollerntemaschinen in so schlechter Qualität her, daß die meisten nicht die Probe aushielten."

Als Beispiel für die allgemeine Situation führte die SED-Wochenzeitung "Die Wirtschaft" vom 26. 5. die MTS Dahlewitz an. In einem Bericht über diese MTS hieß es:

"Die Arbeit ginge leichter voran, wenn nicht immer wieder ein Teil der eingesetzten Schlepper RS 15 ausfielen. Nachdem diese Maschinen in der Spezialwerkstatt Nauen generalüberholt wurden, laufen nach kurzem Einsatz die Kurbelwellen fest und die Traktoren fallen aus. Für den RS 15 hat das Bezirkskontor Rahtenow keine Ersatzteile am Lager. Besonders fühlbar macht sich der Mangel an Einspritzpumpen und Reglern bemerkbar. Bei Reparaturen am Regler müssen jeweils die Lichtmaschinen an die Spezialwerkstatt Jüterbog mitgesandt werden und kommen wochenlang nicht zurück. Seit Mitte Februar sind unsere Lichtmaschinen in diesem Werk."

Für die Ersatzteillage gab "Die Wirtschaft" das folgende Beispiel:

"Nach wie vor ist die Kontingentierung der ländlichen Handwerksbetriebe, z. B. der Schmieden mit Rund-, Band- und Stabeisen, völlig unzureichend. Nach einer Übersicht des Schmiedeobermeisters des Kreises Bad Freienwalde

können aus diesem Grund im Kreisgebiet einige hundert Ackerwagen der werktätigen Bauern mit Reifenschäden nicht repariert werden."

Schon in der Ausgabe vom 12. 5. hatte das gleiche SED-Organ berichtet:

"Es ist nicht verständlich, wenn z. B. von den 55 Traktoren der MTS Alt-Rampft die Traktoren vom Typ "Aktivist" nicht eingesetzt werden können, weil Batterien fehlen. Die Tank- und Wohnwagen sowie mehrere Anhänger haben keine Reifen. Da das Bezirkskontor in Fürstenwalde nicht imstande ist, 24 Bolzen zu beschaffen, sind auch einige Kultivatoren und Scheibeneggen lahmgelegt. Auch die Spezialwerkstatt Neuenhagen ist nicht in der Lage, einen Zylinderkopf oder eine Kurbelwelle für den "Aktivist" zu liefern."

7. Einführung eines Sparkaufbriefes

Im Mai wurde mit der Herausgabe eines "Sparkaufbriefes" begonnen, um den Bargeldumlauf einzuschränken. Inhaber von Spar- oder Gehalts- bzw. Lohnkonten erhalten für den Einkauf von Konsumgütern einen Sparkaufbrief auf einen Betrag, der vom Konto abgebucht wird. Damit erfolgt dann der Einkauf beim staatlichen oder privaten Einzelhandel. Bezahlt wird mit Quittungsabschnitten, die der Sparkaufbrief enthält. Der Handel löst die Quittungsabschnitte bei der zuständigen Bank oder Sparkasse ein, d. h. in der Praxis, daß die entsprechenden Beträge dem Konto der Handelsstelle gutgeschrieben werden. Die Propaganda für den Sparkaufbrief arbeitet hauptsächlich mit dem Argument, dadurch könnten weitere Mittel für den Aufbau zur Verfügung gestellt werden."

In seiner Etat-Rede vor der Volkskammer sagte der Sowjetzonen-Finanzminister: "Wir haben unseren Sparkassen und Kreditinstituten für das Jahr 1955 die Aufgabe gestellt, 50 % mehr Mittel anzusammeln als ihnen im Jahre 1954 zugeflossen sind."

- 105 -

8. Konferenz der sowjetzonalen Konsumgenossenschaften

Vom 13. bis 15. Mai fand in Leipzig der "III. Genossenschaftstag des (sowjetzonalen) Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften" statt. Dort wurde die Mitgliederzahl mit 3 Millionen angegeben.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Durchführung des "Sparsamkeitsregimes", weil der Unkostenfaktor sehr hoch ist und die geplanten Kosten bedeutend übersteigt. Die Konsumgenossenschaft Köpenick (Ostberlin) hatte z. B. im letzten Geschäftsjahr einen Verlust von 213 000,- DM. Die Konsumgenossenschaft Halle-Saalekreis hatte in der gleichen Zeit einen Verlust von 168.000,- DM. Ähnlich sah es bisher auch in anderen Orten aus. Den Konsumgenossenschaften wurde weiter die Aufgabe gestellt, den privaten Einzelhandel in den Dörfern weitgehend zu verdrängen und ein enges Netz von Dorfkonsumgenossenschaften, Landwarenhäusern und Landgaststätten zu schaffen.

9. Hohe Verluste im Apparat des staatlichen Groß- und Einzelhandels

Am 17. Mai fand in Ostberlin eine Tagung von 250 Funktionären des staatlichen Groß- und Einzelhandels der DDR statt. Der Sowjetzonenminister für Handel und Versorgung, WACH, referierte über die Durchführung des Sparsamkeitsregimes im Handelsapparat und forderte Verpflichtungen zur Kostensenkung. Als Beispiel für solche Verpflichtungen wurde der HO-Gaststättenbetrieb StalinStadt bei Frankfurt/Oder angeführt, der im vergangenen Jahr 450.000,- DM Verlust hatte und der 1955 rund 80.000,- DM Gewinn erarbeiten soll.

Seit April wurde der private Lebensmittel-Großhandel erneut von der Verteilung von Lebensmitteln auf Karten ausgeschlossen, nachdem er nach dem Juniaufstand 1953 wieder daran beteiligt worden war. Für den privaten Großhandel besteht damit wieder die gleiche Situation wie vor dem "Neuen Kurs", als alle Maßnahmen des Regimes auf eine schnelle Liquidierung des privaten Handels gerichtet waren.

- 106 -

10. Zündhölzer kontingentiert

Die Zündhölzer unterliegen seit Beginn des II. Quartals der Bewirtschaftung und Kontingentierung durch das staatliche Großhandelskontor. Die Zündholzproduktion wird so weitgehend exportiert, daß in der Versorgung der Sowjetzonenbevölkerung mit Zündhölzern große Stockungen eingetreten sind. Darum erfolgt jetzt die Zuteilung an den Einzelhandel über das Staatliche Großhandelskontor.

11. Zentrale Reparaturbrigaden in der Schwerindustrie

Anfang Mai fand eine zentrale Konferenz von Werkleitern, Funktionären und Aktivisten der Schwerindustrie statt, die sich mit Maßnahmen zur Sicherung der Reparaturen beschäftigte. In den einzelnen Zweigen der Schwerindustrie sollen Arbeitskreise gebildet werden, in denen es je einen "Leitbetrieb" gibt, der über Spezialreparaturbrigaden mit den entsprechenden Ausrüstungen verfügen soll. Material für Reparaturen, Ersatzteile und Werkzeuge, sollen in zentralen Reparaturlagern gelagert werden. Die Ursache für diese Maßnahmen sind der Mangel an Ersatzteilen und Reparaturgeräten und -einrichtungen, sowie die enormen Ausfallzeiten infolge der hohen Reparaturanfälligkeit der Maschinen und Anlagen.

12. Neue Maßnahmen gegen die Privatindustrie

Der Leiter der Abteilung Planung und Finanzen im ZK der SED, Dr. Wolfgang BERGER, erklärte am 30. 4. vor Funktionären des Ministeriums für Schwerindustrie, die Politik des "Neuen Kurses" sei darauf abgestimmt gewesen, die Konsumgüterproduktion, die in der Zeit zwischen der 2. Parteikonferenz der SED 1952 und der Verkündung des "Neuen Kurses" im Juni 1953 nicht ausreichte, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, wieder voranzutreiben. Der Staat habe auch auf die Konsumgüterproduktion der kapitalistischen Betriebe zurückgreifen müssen. Er habe damit den privaten Sektor in der Wirtschaft stärken müssen, auch wenn dadurch ein Anwachsen der kapitalistischen Akkumulation eintrat. Berger sagte, dies habe ohne Gefährdung der führenden Rolle des "sozialistischen Sektor" geschehen können, da die staatliche Führung fest in den Händen der "Arbeiterklasse" lag und weil die Schwerpunktbetriebe

in der gesamten Industrie zum "sozialistischen Sektor" der Produktion gehören.

Nach den Erklärungen Dr. Bergers ist diese Periode des "Neuen Kurses" nunmehr beendet. Die VE-Betriebe der Konsumgüterproduktion, die in der Zeit des "Neuen Kurses" z. T. in offener Konkurrenz mit den Betrieben des privat-kapitalistischen Sektors und den sogenannten kleinen Warenproduzenten standen, hätten seither ihre Position so gefestigt, daß sie jetzt im "offenen Klassenkampf" ihre "Überlegenheit" beweisen und die kapitalistischen Elemente in der Wirtschaft zurückdrängen könnten. Schon in diesem Jahr, sagte Dr. Berger, werde sich das eigentliche Ziel, die endgültige Liquidierung der in der DDR-Wirtschaft noch vorhandenen kapitalistischen Betriebe, abzeichnen.

Über die kapitalistischen Betriebe im Maschinenbau und in der Leichtindustrie sagte der ZK-Abteilungsleiter, daß diese, wenn der Staat ihnen keine Möglichkeit mehr gebe, ihre Maschinen zu erneuern und Reparaturen auszuführen und ihnen die Erlaubnis versage, ihre Arbeitskräfte in gleicher Höhe zu entlohnen wie die VE-Betriebe, von ihren Besitzern eines Tages entweder aufgegeben und so dem Staat zur Verfügung gestellt werden müssen. "Die Kapitalisten werden dann froh sein", sagte Dr. Berger wörtlich, "wenn die Arbeiterklasse ihnen überhaupt noch etwas für ihre heruntergewirtschafteten Unternehmen bezahlt." Im übrigen habe der Staat die Möglichkeit, durch Finanz- und Sozialversicherungskontrollen jeden einzelnen kapitalistischen Unternehmer unter Druck zu setzen.

- 108 -

III. Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone

Im Monat Mai war ein weiteres Ansteigen des Flüchtlingsstromes aus der SBZ zu verzeichnen. Im einzelnen wurden in den Notaufnahmелagern folgende Zahlen erfaßt:

Berlin	10.444 gegenüber	9.013	} imApril 1955
Gießen	3.522 gegenüber	4.143	
Uelzen	5.584 gegenüber	4.920	
insges.		19.550 gegenüber	18.076 imApril 1955

Das bedeutet einen Anstieg von rund 1.500 Flüchtlingen, wobei der Hauptgrund für dieses Anwachsen vor allem in den Maßnahmen zur weiteren Remilitarisierung der Zone zu suchen ist. Nachdem ULBRICHT offen angekündigt hat, daß die Jugendlichen mit einer zwei- bis dreijährigen Militärdienstzeit rechnen müssen, zieht es viele Jugendliche vor, die Sowjetzone - auch ohne akute Gefährdung ihrer persönlichen Freiheit - zu verlassen.

So stellten im Mai 4.917 alleinstehende Jugendliche den Antrag auf Notaufnahme, das sind ca. ein Viertel aller Antragsteller; im April waren es 3.973 und im März 3.521.

Es ist anzunehmen, daß die augenblickliche Entwicklung in der Sowjetzone zu einem weiteren Anstieg der Flüchtlingsziffern und besonders der Flucht von Jugendlichen führen wird. Diese Entwicklung sollte nicht nur aus der Perspektive der Flüchtlingsbetreuung, sondern vielmehr auch vom politischen her gesehen werden, vom Aspekt der beginnenden Wiederbewaffnung Westdeutschlands.

7.605 Flüchtlinge = 38,9 % aller Antragsteller reiste im Zuge des Interzonenverkehrs nach dem Bundesgebiet ein. Damit ist der Anteil dieser Personengruppe am Gesamtanlauf der Flüchtlinge erstmalig seit Anfang d. J. wieder im Sinken begriffen, was vor allen Dingen darauf zurückzuführen ist, daß an Jugendliche aus den oben bereits erwähnten Gründen nur noch in den seltensten Fällen die Erlaubnis zur Reise in das Bundesgebiet erteilt wird.

- 109 -

Im Mai wurden von allen Antragstellern 16.257 aufgenommen; 1.438 davon = 8,9 %, weil sie aus der Sowjetzone wegen einer besonderen Zwangslage im Sinne des BVFG flüchten mußten. Von allen im Mai eingewiesenen Flüchtlingen erhielten die Notaufnahme

2.090 aufgrund eines Rechtsanspruchs

3.824 wegen einer ausreichenden Lebensgrundlage im Bundesgebiet

10.260 im Wege des Ermessens.

In der beruflichen Zusammensetzung ergab sich lediglich bei den Flüchtlingen aus Industrie und Handwerk ein leichter Anstieg um rund 4 % gegenüber April, während sich bei der altersmässigen Zusammensetzung vor allem ein Anstieg in den Altersgruppen zwischen 18 und 25 Jahren bemerkbar machte.

Im Berichtsmonat stellten 129 Volkspolizisten den Antrag auf Notaufnahme, das sind 0,7 % aller Antragsteller. 7.174 aufgenommene Flüchtlinge wurden im Mai aus Berlin in das Bundesgebiet geflogen. Ein vorübergehend eingetretener Rückstau in Berlin konnte beseitigt werden. Ende Mai befanden sich z. B. 700 Flüchtlinge in Berlin abflugbereit, was einer normalen Flugquote von zwei Tagen entspricht.

Auch im Mai zeigte sich eine verstärkte Tendenz, viele der bestehenden Flüchtlingslager aufzulösen. So wurde im Berichtsmonat bekanntgegeben, daß bis Ende 1955 z. B. in Niederbayern 13 und in der Oberpfalz 7 Flüchtlingslager aufgelöst werden sollen. Voraussetzung für die weitere und angestrebte restlose Auflösung der Flüchtlingslager ist jedoch eine Verstärkung des Wohnungsbaus für Sowjetzonenflüchtlinge. Die Bundesregierung hat im Mai bekanntgegeben, daß sie zunächst einen Betrag von 81,4 Millionen DM für den Wohnungsbau für SBZ-Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat, und zwar als 1. Rate eines Gesamtbetrages von 150 Millionen DM aus dem Haushaltplan 1955. Bedingung bei der Vergabe dieser Mittel ist, daß die Wohnungen nur an Orten mit ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten errichtet werden dürfen und für die Dauer von 5 Jahren ausschließlich zur Unterbringung von Sowjetzonenflüchtlingen bestimmt sind.

Nach Lage der Dinge dürften die bereitgestellten Mittel jedoch nicht ausreichend sein, um alle in Lagern und Notunterkünften wohnenden Flüchtlinge in menschenwürdigem und ausreichendem Wohnraum unterzubringen.

In der sowj tzonalen Propaganda spielen die Angaben über die angeblich "angewachsene Flucht aus Westdeutschland" nach wie vor eine erhebliche Rolle. So behauptete der Ostberliner Sender am 10. 5. in einer Nachrichtensendung, daß allein 2.200 "Übersiedler" in den ersten drei Monaten dieses Jahres aus Westdeutschland in den Bezirk Leipzig übergesiedelt seien. Unter ihnen - so wird weiter behauptet - "befanden sich viele Jugendliche bis zu 25 Jahren, die sich der drohenden Zwangsrekrutierung für Adenauers Söldnerarmee entziehen wollten."

Durch diese Propagandatricks will man einmal von der verstärkten Flucht aus Mitteldeutschland und zum anderen von den verschärften Maßnahmen zur Rekrutierung der Jugend in der SBZ ablenken.

Nach vorliegenden Berechnungen haben in den vergangenen drei Jahren fast zehnmal soviel Menschen ihren Wohnsitz von der Sowjetzone in die Bundesrepublik verlegt, als umgekehrt. Von 1952 bis Ende 1954 wurden im Bundesgebiet 537 865 Flüchtlinge aus der Sowjetzone aufgenommen, während nach amtlichen Zählungen nur 58 640 Menschen in die Sowjetzone verzogen sind. Unter diesen in die Sowjetzone Abgewanderten befanden sich 47,4 % ursprüngliche Bewohner der Sowjetzone; 33,1 % mit Wohnsitz im Bundesgebiet, die aus verschiedenen Gründen in die Sowjetzone verzogen und 19,5 % Heimatvertriebene.

Besondere Aufmerksamkeit wurde auch im Mai den Ferienaktionen gewidmet, die von sowjetzonaler Seite durchgeführt werden, um möglichst viele Kinder aus Westdeutschland unter fadenscheinigen Versprechungen in die Sowjetzone zu locken. Wir wiesen bereits im letzten Monatsbericht auf die politischen Hintergründe und Absichten dieser Aktionen hin. Demgegenüber stehen jetzt die Bemühungen westdeutscher Organisationen, einmal Kindern und Jugendlichen aus der SBZ und zum anderen Flüchtlingskindern - vor allem aus Lagern, Notunterkünften usw. - einen Ferienaufenthalt zu verschaffen.

- 111 -

Gesamtübersicht über die Ergebnisse des Notaufnahmeverfahrens
Berlin

I.	Anlauf in der Flüchtlingsdienststelle des Berliner Senats	12 740
II.	Antragstellung im Notaufnahmeverfahren	10 444
III.	Im Verfahren abschließend behandelt:	
	1. In den Aufnahme-Ausschüssen	7 394
	a) aufgenommen	4 670
	b) abgelehnt	2 441
	c) auf sonstige Weise erledigt	<u>283</u>
	2. In den Beschwerde-Ausschüssen	1 993
	a) aufgenommen	716
	b) zurückgewiesen	1 207
	c) auf sonstige Weise erledigt	<u>70</u>
IV.	Verteiler	
	1. Eingewiesen durch die Ländervertreter insgesamt	5 392
	2. abzüglich Einweisungen Berlin	<u>1 328</u>
	3. Eingewiesen in die Länder der Bundes- republik	4 064
	4. zuzüglich in Jugendlager Eingewiesene	<u>2 629</u>
	5. Zum Abflug zur Verfügung gestellt	6 693
V.	Noch im Aufnahmeverfahren	2 770

- 112 -

Die gesamten Antragsteller in Berlin, Gießen und Uelzen
nach Altersgruppen:

Altersgruppen	April 1955		Mai 1955	
	Anz.	%	Anz.	%
unter 6 Jahren	1.305	7,2	1.493	7,6
6 bis unter 14 Jahren	1.921	10,6	1.779	9,1
14 " " 18 "	1.565	8,7	1.532	7,9
18 " " 21 "	2.472	13,7	3.054	15,6
21 " " 25 "	1.872	10,4	2.236	11,4
25 " " 45 "	4.989	27,6	5.151	26,4
45 " " 65 "	3.277	18,1	3.506	17,9
65 Jahre und älter	675	3,7	799	4,1
Zusammen:	18.076	100,0	19.550	100,0
=====				

Die gesamten Antragsteller in Berlin, Gießen und Uelzen
nach der beruflichen Gliederung:

Berufsgruppen	April 1955		Mai 1955	
	Anz.	%	Anz.	%
1. Berufe des Pflanzenbaus und d. Tierwirtsch.	1.382	7,7	1.295	6,6
2. Industrie und Handw.	3.528	19,5	4.555	23,3
3. Technische Berufe	367	2,0	403	2,1
4. Handels- u. Verkehrs- berufe	1.957	10,8	2.169	11,1
5. Haushalts-, Gesund- heitsd. u. Volkspflege- berufe	718	,40	853	4,4
6. Verwaltungs- u. Rechts- wesen	534	3,0	580	3,0
7. Berufe d. Geistes- u. Kunstlebens	323	1,8	285	1,4
8. Berufstätige mit unbe- stimmten Berufen	1.887	10,4	1.952	10,5
Erwerbspersonen insges.	10.676	59,2	12.092	61,9
9. Pensions- u. Renten- empfänger	752	4,2	835	4,3
10. Hausfrauen	2.315	12,8	2.433	12,4
11. Kinder und Schüler	4.086	22,6	3.990	20,4
12. Studenten	277	1,2	200	1,0